

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung -

der 60. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Freitag, dem 15. März 2013, 9 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 80
- MDg'n Christine Hammann, BMI	1
- Bundesminister a. D. Otto Schily	25

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
Freitag, 15. März 2013, 09:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens	Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Schuster (Weil am Rhein), Armin	Schön (St. Wendel), Nadine
Stracke, Stephan	Winkelmeier-Becker, Elisabeth
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian	Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.	Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan	Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	Schulz, Jimmy
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra	Wawzyniak, Halina
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang	Ströbele, Hans-Christian
Memet KILIC		

2. Untersuchungsausschuss

off

Freitag, 15. März 2013, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:


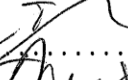
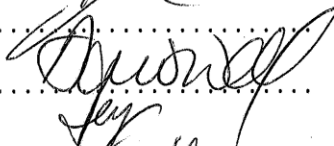



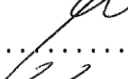


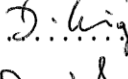
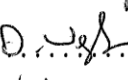
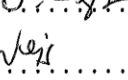
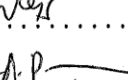
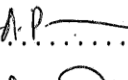
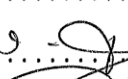
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

REICHELT	SPD	
Borghorst	SPD	
HAWXWELL	SPD	
MEYER	SPD	
Wock	SPD	
Nolsberger	CDU/CSU	
Winkel	Linke	
Krüger	SPD	
Wepfinge	SPD	
Wes	SPD	
Panse	SPD	
VON SIEBENT	FDP	
Lenz	SPD	
Scharlau	FDP	
Klein	FDP	

2. Untersuchungsausschuss

of

Freitag, 15. März 2013, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

A. Ullrich

linke

A. Ullrich

Kant

Grüne

Kant

D. Heren

CDU/CSU

D. Heren

Lehmann

LINKE

Lehmann

Lana Petrović

Linke

Lana Petrović

Schuparis

SPD

Schuparis

Lange

FDP

Lange

L. H. H. H.

B90/Grüne

L. H. H. H.

van Brossen

FDP

van Brossen

D. D. D.

CDU/CSU

D. D. D.

Freitag, 15. März 2013, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMV	HUFMANN	SA	Hufmann
BMI	STEINBERG	POI'in	Steinberg
BVg	WITZ	Sondersee	Witz
BMVg	TOMBERS	Ref	Tombers
BMVg	FRINGS	SR	Frings
BMVg	Grefmann	MR	Grefmann
BMVg	NIEBEN	StA'in	Nieben
BWA	Gronow	WR	Gronow
BKA	Sittlerma	EKPK	Sittlerma
GBA	Christelesi	StA b. BGA	Christelesi
BND	Liebl	DIAA	Liebl
BMI	Henke	TBe	Henke
BK	Renschmann	RD	Renschmann
BK	Hoffmann	SR	Hoffmann
BMI	Boyer	RI	Boyer
BMI	Höner	RR	Höner
BML	Schäfer	HOR	Schäfer
BMI	Witz	RD	Witz

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Meibert	Meibert	RD'in	Brandenburg
Brandenburg	Brandenburg	ORL in	HH
Bernd	Bernd	RR'in	RP
NITZSCHE	Nitzsche	RR	LSA
Stempert	Stempert	Beauftragte	BW
Dr. Fahnwe	Fahnwe	OR	SH
Falk	Falk	HL	XI
FIEBICH	Fiebich	RO	BY
Mathias	Mathias	RI	NRW
SCHIOBER	Schöber	MR	BY
LAUTSCH	E. Lautsch	IPa	NRW

(Beginn: 09.02 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit wir die 60. Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses eröffnen können, ist es erforderlich, dass die Kamerateams und die Fotografen den unteren Teil des Sitzungssaales bitte verlassen mögen. Wie üblich darf ich darauf hinweisen, dass Bild-, Ton- und Filmaufnahmen nicht zulässig sind während der Sitzung, selbstverständlich auch nicht zulässig sind, wenn sie auf der Presse- oder Besuchertribüne angefertigt werden. Ich bitte Sie, dies zu beachten und, sofern Ihre Funktelefone noch nicht ausgeschaltet sind, diese zu deaktivieren, da andernfalls die Möglichkeit besteht, dass eine Übertragung aus dem Sitzungssaal nach außen erfolgt bzw. eine Aufzeichnung über Mobiltelefongeräte bewerkstelligt wird. Das gilt jedenfalls für die Nichtmedienvertreter in jedem Fall.

Bevor wir zum offiziellen Teil kommen, nämlich zur ersten Zeugenvernehmung - mittlerweile darf ich auch die Sitzung für eröffnet erklären -, möchte ich einleitend einen Dank aussprechen, einen Dank an Herrn Professor von Heintschel-Heinegg und sein Team.

(Beifall)

Herr von Heintschel-Heinegg und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Herr Dr. Lutz, Herr Knispel, Herr Bohm, Frau Schneider und Frau Sintara waren beginnend im März 2012 - noch bis Ende des Monats wird das andauern - für uns tätig. Sie haben uns sehr geholfen bei der Bewältigung unserer Arbeit. Ich glaube, man kann sagen, dass Herr von Heintschel-Heinegg und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter sehr deutlich unterstrichen haben, wie sinnvoll das Instrument des Ermittlungsbeauftragten ist für die Arbeit eines Bundestagsuntersuchungsausschusses, gerade in Fällen wie bei uns, wo eine sehr komplexe Materie innerhalb eines sehr begrenzten Zeitraumes zu bearbeiten ist. Herr von Heintschel-Heinegg und seine Unterstützerinnen und Unterstützer haben Akten ausgewertet aus dem Bereich der Generalbundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes, mehrerer Landeskriminalämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Das war ein Volumen von ungefähr 4 700 Stehordnern, habe ich mir berichten

lassen. Wir sind laufend beliefert worden mit Fundstellen, mit Erkenntnissen, die uns sehr geholfen haben bei der Arbeit, und ich möchte gerne die Gelegenheit heute wahrnehmen, in öffentlicher Sitzung Ihnen, Herr von Heintschel-Heinegg, und Ihrem Team unseren herzlichen Dank auszusprechen und Ihnen zugleich alles Gute für Ihren weiteren Weg zu wünschen.

(Beifall - Zuruf des Ermittlungsbeauftragten Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg)

- Natürlich haben Sie das Wort, Herr von Heintschel-Heinegg.

Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Untersuchungsausschusses! Es gebührt die Höflichkeit, mich zu bedanken für Ihre freundlichen Worte. Ich habe die Arbeit sehr gerne gemacht, bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen und hoffe, dass der Ausschuss zu einem guten Abschluss kommt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank.

Die heutige Sitzung findet statt in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme durch Vernehmung von einer Zeugin und einem Zeugen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- MDG'n Christine Hammann, BMI
- Bundesminister a. D. Otto Schily

Ich begrüße als Zeugin hier heute Morgen Frau Ministerialdirigentin Christine Hammann.

**Vernehmung der Zeugin
Christine Hammann**

Frau Hammann, ich will Sie zunächst darauf hinweisen, dass die Verwaltung des Bundestages von Ihrer Vernehmung eine Tonbandaufzeichnung fertigt, die allerdings lediglich dazu dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern; das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das vorläufige Protokoll wird Ihnen übermittelt. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen gegenzulesen und gegebenenfalls

Änderungs- oder Ergänzungswünsche geltend zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 5. März 2013 erhalten. Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums des Innern vor. Diese Genehmigung datiert vom 6. März 2013.

Ich habe Sie vor Ihrer Vernehmung formal wie folgt zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten, Frau Hammann, Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin Christine Hammann: Keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist nicht der Fall. - Dann darf ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss kurz mit Namen, Alter und Berufsangabe vorzustellen.

Zeugin Christine Hammann: Ja, das tue ich gerne. - Mein Name ist Christine Hammann. Ich bin derzeit tätig als Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium des Innern. Der Bereich, den ich leite, betrifft den Verfassungsschutz. Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus, dass die ladungsfähige Anschrift die Dienstadresse des Bundesinnenministeriums ist.

Zeugin Christine Hammann: Korrekt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Hammann, Sie haben die Möglichkeit - wenn Sie davon Gebrauch machen wollen - nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes, sich vor Ihrer Vernehmung zum Sachverhalt, der Gegenstand unserer Untersuchungen ist, zu äußern. Möchten Sie das tun?

Zeugin Christine Hammann: Darauf möchte ich verzichten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann würden wir direkt mit der Befragung beginnen.

Ich hätte einige einleitende Fragen an Sie. Das Erste ist: Wir haben ja diesen Zeitraum 1998 bis 2011, der den Gegenstand absteckt zeitlich, um den wir uns hier in Sachen Aufklärung bemühen. Können Sie uns sagen, welche Funktionen Sie in dieser Zeit, 98 bis 2011, wahrgenommen haben dienstlich?

Zeugin Christine Hammann: Ja, ich versuche das. - 98 war ich tätig im Bereich der Rückkehrförderung und Rückführung, also nicht in einem Sicherheitsbereich tätig. Ich bin in den Sicherheitsbereich eingerückt im Juli 2000, damals in das Referat, das zuständig war für Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung, wobei Terrorismusbekämpfung im Jahr 2000 eigentlich nur ein Platzhalter war. Ich war dann in diesem Referat zunächst als Referentin bis zum Jahr 2002, März 2002, habe dann das aus dem Referat herausgelöste Teilreferat für Terrorismusbekämpfung übernommen, habe dieses geleitet bis - ich versuche, das zu rekapitulieren - Anfang 2003, bin dann Anfang 2003 gewechselt in ein Referat, welches sich

befasst hat mit politisch motivierter Kriminalität rechts/links, Fachaufsicht BKA, und bin dann im Juli 2006 gewechselt in den Bereich Rechtsextremismus, Fachaufsicht BfV. Dort war ich jetzt bis September tätig und bin dann in meine jetzige Funktion eingewechselt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Hammann, es gibt sicherlich viele Themen, die man ansprechen könnte. Ich will einige wenige Fragen stellen zu zwei Bereichen, von denen ich auch annehme, dass Sie davon ausgegangen sind, dass Sie hier dazu befragt werden. Das eine ist das Thema „Anschlag in der Keupstraße in Köln, 9. Juni 2004“, und das andere ist das Thema „Verbot der neonazistischen Organisation ‚Blood & Honour‘“. Ich will Sie vorab fragen, ob Sie zur Vorbereitung auf Ihre heutige Zeugenvernehmung sich noch einmal, was diese beiden Vorgänge betrifft jedenfalls, die Akten im Haus angeschaut haben.

Zeugin Christine Hammann: Ich habe mir, was diese beiden Vorgänge anbelangt, diejenigen Aktenstücke angesehen, mit denen ich persönlich befasst war und für die ich auch mitverantwortlich war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich zunächst fragen, auch mit Blick auf den zweiten Zeugen. Wir haben ja den früheren Bundesinnenminister Otto Schily hier, der dieses Amt von 1998 bis 2005 innehatte, also in einem Zeitraum, in dem sich der Anschlag in der Keupstraße ereignet hatte. Herr Schily hat sich zu diesem Geschehen in der Keupstraße am Folgetag öffentlich geäußert. Können Sie uns berichten als damalige Referatsleiterin, wie die Vorbereitung der Unterlagen gestaltet war, die letztendlich dann die Grundlage waren auch für die Meinungsbildung des Bundesinnenministers?

Zeugin Christine Hammann: Die erste Vorbereitung, die aus meinem Referat erstellt wurde, wurde erst am 11.06. erstellt. Am 10.06. gab es nach meiner Kenntnis noch keine Sachstandsmitteilung aus dem Referat an die Hausleitung. Wir haben am 11.06. informiert auf der Grundlage eines BKA-Berichts, der uns an diesem Tag zugegangen war, haben kurz den Tatverlauf umrissen und haben dann unsere vorliegenden Erkenntnisse dergestalt zusammengefasst, dass es keine Informationen gab im Hinblick auf ei-

nen möglichen Täter oder im Hinblick auf ein mögliches Tatmotiv, dass uns auch hier der verwendete Sprengstoff, der Sprengsatz und die Zusammensetzung des Brandsatzes keine Aufschlüsse geben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun hat sich aber gleichwohl der Bundesinnenminister ja am 10. Juni bereits geäußert, unter anderem in einem Beitrag der *Tagesschau*. Ich darf das zitieren. Das war die *Tagesschau* vom 10. Juni 2004, 20 Uhr. Der Bundesinnenminister hat gesagt:

Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu. Aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, sodass ich eine abschließende Beurteilung dieses Ereignisses nicht vornehmen kann.

Ich gehe mal davon aus, dass der Minister bei einem so großen Haus, wenn er sich öffentlich äußert zu einer Straftat, die zu Recht breite öffentliche Beachtung gefunden hat, dies nicht tut, ohne eine Grundlage zu haben. Können Sie uns etwas zu dieser Grundlage berichten?

Zeugin Christine Hammann: Ich kann Ihnen nichts zu der Grundlage berichten. Ich kann nur wiederholen, dass unsere Information am 11.06. an die Hausleitung abgegangen ist. Für den 10.06. hatte ich keine vorbereitende Unterlage erstellt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun finden wir in den Akten eine Lageübersicht des Bundesinnenministeriums. Diese datiert vom 10. Juni 2004. Jetzt muss ich mal kurz gucken, dass ich mir hier auch den richtigen Ordner greife. - Das ist - fürs Protokoll - zu finden in MAT A BMI-4/57 e, Paginierung ist laufende Seite 72.

Berlin, den 10. Juni 2004

LAGEÜBERSICHT

Berichtszeitraum: 09.06.04, 06:00 Uhr,

- morgens -

bis 10.06.04, 06:00 Uhr

- morgens.

Da finden sich Punkt 1 und Punkt 2.

Bei Punkt 1 geht es um politisch motivierte Straftaten. Darunter steht nichts; also offenkundig war die Einschätzung derer, die diese Lageübersicht erstellt haben, dass es keine nennenswerten politisch motivierten Straftaten festzustellen gab an diesem Tag, also 09.06. morgens bis 10.06. morgens.

Und der zweite Punkt hat die Überschrift „Organisierte und allgemeine Kriminalität“, und da wird Bezug genommen auf den Anschlag in der Keupstraße vom Vortag, also vom 09.06. Da heißt es - das ist jetzt nicht so lang; das kann ich kurz vortragen -:

Unbekannte Täter verübten gegen 16.00 Uhr einen Anschlag in einer Wohn- und Geschäftsstraße im Ortsteil Mühlheim.

- Also in Köln. -

Vor einem Friseurgeschäft explodierte ein offenbar mit Nägeln gefüllter Sprengsatz. Dabei wurden bisher 22 Menschen verletzt, drei davon schwer, eine Person lebensgefährlich. Erste Ermittlungen haben ergeben, dass ein Metallbehälter mit mehreren hundert Nägeln zur Detonation gebracht wurde. Über Täter oder ...hintergrund liegen bisher keine Erkenntnisse vor. Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.

Also Schlusssatz: „Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.“ Waren Sie an der Erstellung dieses Lageberichts beteiligt, Frau Hammann?

Zeugin Christine Hammann: Nein, war ich nicht. Die Lageberichte wurden eigenständig im Lagezentrum erstellt und basierten auf den Zulieferungen der Polizeibehörden aus Bund und Ländern. Das Fachreferat war bei der Erstellung nicht eingebunden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zu welchem Zeitpunkt bzw. wann waren Sie denn selber in Kenntnis gesetzt worden, dass sich da etwas in Köln am 09.06. ereignet hat?

Zeugin Christine Hammann: Das kann ich Ihnen so nicht sagen, wann meine erste Information war. Ich kann nur mehr nachverfolgen anhand der schriftlichen Aktenstücke, dass ich am 11.06. einen Bericht des Bundeskriminalamts bekommen habe, den ich logischerweise demzufolge einen Tag,

vielleicht auch schon am 09.06., vorher angefordert habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wie und in welchem Zusammenhang Sie Kenntnis erlangt haben, das können Sie nicht mehr rekonstruieren?

Zeugin Christine Hammann: Nein, kann ich nicht mehr. Tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Kollegin Högl möchte eine Zwischenfrage stellen. - Bitte sehr.

Dr. Eva Högl (SPD): Guten Morgen, Frau Hammann! Danke schön, dass ich eine Zwischenfrage stellen darf. - Wir haben in unseren Unterlagen - das ist für das Protokoll MAT A BMI-4/57 e, Seite 57 f. - einen Mailverkehr, auf dem Sie auch als Adressatin sind. Vielleicht haben Sie sich das auch angesehen. Der datiert vom 9. Juni, 17.46 Uhr. Da sind Sie informiert worden über den Anschlag in der Keupstraße. Deswegen wundere ich mich das jetzt ein bisschen, dass Sie sich daran nicht mehr erinnern können, wann Sie informiert wurden und wie da der Austausch der Informationen war.

Zeugin Christine Hammann: Ich hatte gesagt, dass ich versucht habe, mir den Sachverhalt aufgrund der Aktenstücke wieder in Erinnerung zu rufen. Diese E-Mail habe ich so nicht in Erinnerung. Ich habe sie nicht gesehen jetzt im Zuge der Vorbereitung. Aber es macht ja nur so Sinn, wenn ich am 11. einen Bericht des BKA auf einen Erlass hin erhalten habe, dass ich eine Vorinformation hatte, auch wenn ich jetzt nicht mehr sagen kann, wann die genau passiert ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Es wundert nur - wenn ich die eine Zwischenfrage noch stellen darf -, Frau Hammann, dass Sie dann nicht am 9. Juni direkt tätig werden, wenn Sie so eine Information bekommen um 17.46 Uhr per Mail. Also, was ist dann zwischen 9. Juni - - Warum warten Sie bis zum 11. Juni? Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeugin Christine Hammann: Ich habe nicht bis zum 11. Juni gewartet, um tätig zu werden. Ich habe - ob noch am 09.06. oder 10.06., darauf kann ich mich nicht festlegen -

einen Erlass mit der Bitte um Berichterstattung an das BKA abgesetzt. So ist der reguläre Gang. Die Berichterstattung ging am 11.06. ein und wurde dann von uns eben aufbereitet und an die Hausleitung transportiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Hammann - - Wollen Sie noch weiterfragen, Frau Högl?

Dr. Eva Högl (SPD): Wenn ich noch eine stellen darf. - Genau. Auf diesem E-Mail-Verkehr ist ja handschriftlich auch etwas vermerkt. Da ist meine Frage, ob das Ihre Schrift ist, Ihre Handschrift.

Zeugin Christine Hammann: Frau Abgeordnete, ich kenne die Mail nicht. Dann müsste ich mir die angucken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, selbstverständlich, Frau Zeugin. Kleinen Augenblick!

Dr. Eva Högl (SPD): Wird gerade gebracht.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Christine Hammann: Ja, das ist meine Handschrift.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt wäre es natürlich interessant, zu wissen, was da steht. - Frau Högl, ist die lesbar, die Handschrift? Ich habe es jetzt nicht vorliegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das ist sehr gut lesbar. Das ist eben dieser E-Mail-Verkehr. - Frau Hammann, Sie sehen das selbst. Sie können natürlich auch selbst vorlesen; Sie kennen Ihre Handschrift am besten. Aber ich kann es auch gut lesen, was da steht. Aber vielleicht können Sie sich jetzt daran erinnern, wie das kommt, dass Sie da etwas notiert haben. Und wenn ich noch darf, Herr Vorsitzender, würde ich gleich die Frage anschließen: Frau Hammann, wäre das nicht Anlass gewesen, den Minister direkt zu informieren?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mögen Sie es vortragen eben?

Zeugin Christine Hammann: Ja.- Also, ich kann mich auch nach Vorlage jetzt dieses Erlasses oder dieses Mailverkehrs nicht mehr daran erinnern. Und Anlass für die Unterrichtung des Ministers oder Grundlage ist bei uns immer ein Bericht des BKA, den ich erst dazu einholen muss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Jetzt wissen wir immer noch nicht, was da steht.

Zeugin Christine Hammann: Das kann ich Ihnen gerne vorlesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeugin Christine Hammann: Handschriftlich notiert:

- 2 Geschäfte betroffen (Friseur, Juwelier)
- 10 - 15 Verletzte
- 1 Detonation?
- Keupstr. (türkisches Wohn- und Geschäftsviertel)
- Umfeld hoher allg. Krim.
- Zimmermannsnägel

Das ist alles.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das steht auf einer E-Mail, weil Sie im Verteiler - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal fragen? Ich habe das akustisch nicht verstanden!)

Zeugin Christine Hammann: Umfeld hoher allgemeiner Kriminalität.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, das soll wohl heißen, dass die polizeiliche Einschätzung war, dass es in der Keupstraße öfter zu kriminellen Akten kommt. So verstehe ich das jetzt.

Frau Hammann, nur wenn Sie das so aufschreiben auf einer E-Mail: Das kann ja eigentlich nur den Schluss zulassen, dass Sie aufgrund der E-Mail noch mal, telefonisch wahrscheinlich, Rücksprache gehalten haben mit jemandem.

Zeugin Christine Hammann: Das würde ich auch so sagen. Denn es bezieht sich hier auf eine Vorgangsmail, in der sich nur Teile der Informationen finden, die ich dann handschriftlich fixiert habe, aber - soweit ich jetzt beim Durchsehen sehe - beispielsweise keine Bemerkung in dieser Mail im Hinblick auf die Kriminalitätsbelastung. Also, das kann ich sicher nur durch eine Nachfrage in Erfahrung gebracht haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit wem Sie telefoniert haben, haben Sie nicht in Erinnerung?

Zeugin Christine Hammann: Nein, tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer ist denn Nasiste, Platz 1 oder Platz 3?

Zeugin Christine Hammann: Das ist das Lagezentrum. Das ist aufgeteilt in Aufnahmeplätze, und Nasiste, Platz 1 ist einer dieser Aufnahmeplätze der Nachrichten, des Nachrichteneingangs.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist das Lagezentrum des BMI.

Zeugin Christine Hammann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Wie ist noch mal die genaue Referatsbezeichnung gewesen, das Referat, das Sie geleitet haben?

Zeugin Christine Hammann: Die damalige Referatsbezeichnung zu diesem Zeitpunkt - wir befinden uns 2004 - war: Nationale Angelegenheiten der Bekämpfung von Terrorismus und politisch motivierter Kriminalität.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, jetzt erfahren Sie: Da hat es eine Explosion gegeben in Köln am 9. Juni mit zum Teil schwer verletzten Personen, insgesamt über 20 Verletzte. Dass es sich um einen Anschlag gehandelt hat, das war relativ früh klar, wenn auch die Hintergründe letztlich über Jahre, wie wir aus den Polizeiakten auch sehen können, nicht geklärt werden oder vielleicht auch nicht geklärt werden konnten. Wie viele vergleichbare Straftatgeschehen hat es denn, was Anschläge betrifft,

gegeben in dem Zeitraum, in dem Sie dieses Referat geleitet haben?

Zeugin Christine Hammann: Das ist schwer zu sagen. Also, in Erinnerung ist mir nach 2003 der Komplex „Wiese“ als größerer Sachverhalt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, da ist es aber nicht zur Explosion gekommen, sondern da ist eine Straftat vorbereitet gewesen. Die konnte verhindert werden. Hat es ähnliches Anschlagsgeschehen jemals gegeben?

Zeugin Christine Hammann: In Deutschland nein, so nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hätte das nicht Anlass gegeben für Sie als damals zuständige Referatsleiterin, mit viel Intensität sich an die Recherche zu machen und eine Masse an Rückfragen zu stellen?

Zeugin Christine Hammann: Es gab sicher einen Bedarf, etwas zu unternehmen. Da gebe ich Ihnen recht. Die Erkenntnislage am Anfang war unklar. So würde ich das sagen. Der Verteilerkreis dieser Mail, wenn Sie gucken, ist umschrieben mit „Amerika Arbeit“. Das war ein Verteilerkreis, der nach 2001 eingesetzt worden ist und alle Referate des Polizeibereiches umfasst hat. Das heißt, der Umstand, dass ich dieses Ding mit bekommen habe, lässt noch nicht den Rückschluss zu, dass wir es in den Bereich der politisch motivierten Kriminalität eingeordnet haben. Es lässt die Möglichkeit zu, dass es so ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Hammann, die E-Mail, auf der sich im Ausdruck, wie Sie selber gesagt haben, Ihre Handschrift findet, wo Sie selber sagen, sehr wahrscheinlich haben Sie diese Notizen gemacht, nachdem Sie noch mal Rückfrage gestellt haben, war Ausgang LKA Nordrhein-Westfalen. Können Sie uns kurz sagen -- Haben Sie das noch vorliegen?

Zeugin Christine Hammann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie uns kurz sagen, die Ausgangs-E-Mail, was die für eine Betreffzeile hatte? Die findet sich auf Seite 2.

Zeugin Christine Hammann: „terroristische gewaltkriminalitaet, anschlag auf zwei geschaeft in koeln ...“.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie bekommen als Referatsleiterin Terrorismus im BMI eine E-Mail mit der Betreffzeile „Terroristische Gewaltkriminalität“. Daran können Sie sich heute nicht mehr erinnern?

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Hammann, das wundert mich. Wie viele E-Mails mit der Betreffzeile „Terroristische Gewaltkriminalität“ haben Sie denn bekommen in Ihrer Amtszeit?

Zeugin Christine Hammann: Auch daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann ist Ihnen wahrscheinlich auch nicht erinnerlich, dass im weiteren E-Mail-Verkehr dieser Begriff nicht mehr auftauchte bzw. sogar ausdrücklich in einer eine halbe Stunde später versandten E-Mail. Also, die Ausgangs-E-Mail war von 17.04 Uhr. Um 17.45 Uhr gab es eine weitere E-Mail. Da heißt es:

die im bezug genannte lageerst-meldung wird korrigiert. bisher liegen keine hinweise auf terroristische gewaltkriminalitaet vor.

Können Sie sich an diese E-Mail erinnern?

Zeugin Christine Hammann: Nein, ebenso wenig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Also, wir wissen aus den Akten: Das Lagezentrum Nordrhein-Westfalen hat das LKA gebeten, die Bezeichnung „Terroristische Gewaltkriminalität“ zu revidieren aus Gründen, die aus meiner Sicht jedenfalls nach wie vor nicht ganz klar sind, möglicherweise aus politischer Motivation heraus. Dafür gibt es Indizien. Verifizieren kann man das wahrscheinlich letzten Endes nicht. Aber das ist Ihnen auch nicht erinnerlich?

Zeugin Christine Hammann: Nein. Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen und

Kollegen zu dem Sachverhalt noch einige Nachfragen haben.

Ich will dann zum zweiten Punkt übergehen, der mich interessiert. Das ist das Thema „Blood & Honour“. Da hat es ja auch unter Ihrer Einbeziehung eine Diskussion gegeben, 2005 und dann auch ein Jahr später. Der Sachverhalt war - korrigieren Sie mich, wenn ich es falsch darstelle - grob gesagt 2000 die Verbotsverfügung des Bundesinnenministers. 2001 wurde diese rechtswirksam, was die Auflösung, was das Verbot dieser neonazistischen Organisation, dieses Netzwerkes in Deutschland betrifft, „Blood & Honour“, und auch das Verbot der Jugendorganisation; „White Youth“ hießen die. Und da hat man festgestellt in den Folgejahren nach 2000/2001: Es gibt Bestrebungen eines Wiederauflebens, und zwar nicht nur regional begrenzt, sondern in verschiedenen Bundesländern, dass Leute versuchen, dort sozusagen eine verbotene Organisation wieder entstehen zu lassen. Können Sie uns kurz etwas sagen über die Diskussionen im Bereich des Bundesinnenministeriums bezüglich der Frage, wie man mit solchen Entwicklungen umgehen sollte?

Zeugin Christine Hammann: Ja. - Es trifft zu, dass wir in den Jahren nach dem Verbot aus verschiedenen Ländern Meldungen, Verdachtsmeldungen, bekommen haben, die auf eine Fortführung der Tätigkeit von „Blood & Honour“ hindeuteten. Es wurden Ermittlungsverfahren - ich meine, in drei Ländern; genau kann ich mich da nicht mehr festlegen - eingeleitet. Die Ermittlungsverfahren taten sich im Grunde schwer, jedes für sich darzulegen, dass es Teil eines strukturierten Wiederaufbaus der Organisation war.

Vor dem Hintergrund hatten wir im BMI 2005 uns an den BMJ gewandt mit der Bitte, zu prüfen, ob der GBA im Auftrag BMJ die Übernahme solcher Verfahren erwägen könnte. Die Antwort darauf war negativ. Der GBA hat die grundsätzliche Bedeutung verneint oder den besonders schweren Fall verneint, indem er sagte: Es gibt im Grunde zu wenig Anhaltspunkte dafür, dass das eben nicht nur Einzelhandlungen sind, sondern Teil eines strukturierten Ganzen.

Wir haben dann polizeiseitig die Ermittlungen fortgesetzt und haben uns dann für das Jahr 2006 verständigt auf eine konzertrierte Aktion, in der in, meine ich, sieben Ländern Exekutivmaßnahmen in relativ großem Umfang durchgeführt worden sind, um

aus dieser konzertierten Aktion im Grunde Puzzlestücke zu bekommen, die sich dann zu einem Ganzen zusammenfügen. Und aufgrund dieser Funde und dieser Aktion sind wir dann im Jahr 2006 noch mal an das BMJ herangetreten mit der Bitte um Übernahme durch den GBA.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und das Ergebnis war wieder abschlägig.

Zeugin Christine Hammann: Das Ergebnis habe ich dann nicht mehr bekommen. Ich bin vor Eingang des Ergebnisses dann gewechselt in einen anderen Bereich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich kann Ihnen mitteilen, dass das Ergebnis wieder abschlägig war. Die Generalbundesanwaltschaft hat nach wie vor keine Zuständigkeit gesehen, weil die besondere Bedeutung nicht gegeben sei, und das Bundesjustizministerium hat diese Einschätzung nach einem Vermerk geteilt.

Wir wissen ja nun heute, dass es sowohl Bezüge des Trios gab zu Veröffentlichungen, aber auch zu Personen, die im Bereich von „Blood & Honour“ tätig gewesen sind. Wir wissen auch, dass ein erheblicher Teil der Diskussionen innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Deutschland über die Anwendung von Gewalt zur Erreichung oder zumindest zur Demonstration von politischen Zielen maßgeblich auch in diesen Zirkeln „Blood & Honour“ geführt worden sind. Den Akten kann ich jedenfalls entnehmen, dass diese Bestrebungen, als verbotene Organisation gleichwohl tätig zu bleiben, vom Bundesinnenministerium sehr wohl sehr ernst genommen worden sind.

Zeugin Christine Hammann: Das sind sie, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie hatten selber - das finden wir in MAT A BMI-4/37, Blatt 390* -, anders als Sie es gerade gesagt haben, 2005 nicht gebeten, ob man vielleicht prüfen könnte seitens der Generalbundesanwaltschaft, die Ermittlungsverfahren federführend zu übernehmen, sondern Sie haben Folgendes geschrieben:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundestelle lautet: MAT A BMI-4/37, Blatt 160.

Aufgrund der bundesweiten zu verzeichnenden Aktivitäten möglicher Blood & Honour-Strukturen wird vor dem Hintergrund der Verbotsverfügung ... die Prüfung der Übernahme geeigneter Blood & Honour-Verfahren durch den GBA angeregt.

Also, Sie haben es angeregt. Das wurde abgelehnt. Dann gab es 2006 diverse Exekutivmaßnahmen. Gefunden wurden in verschiedenen Bundesländern Waffen, eine Handgranate, ein Schussapparat. Daraufhin hat man sich 2006 erneut an das BMJ gewandt. Das ist wieder abgelehnt worden.

Was mich interessieren würde, abschließend jedenfalls meiner Befragung: Ihrer Erinnerung nach: Ist zu irgendeinem Zeitpunkt über diesen Vorgang - - Und wenn man das Begehren stellt oder die Anregung, wie Sie es formuliert haben, an die Generalbundesanwaltschaft, aus Sicherheitserkenntnissen des BMI heraus Ermittlungen zu übernehmen im Bereich der Neonaziszene: Wann und in welchem Umfang und in welcher Form ist der damalige Bundesinnenminister Otto Schily über diese Vorgänge unterrichtet worden?

Zeugin Christine Hammann: Ich habe keine Unterrichtung in Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe eine allerletzte Frage. Sie haben ja gesagt, Sie hätten am 11. Juni einen Bericht geschrieben zur Keupstraße, 11. Juni 2004. Wissen Sie noch, was mit diesem Bericht passiert ist?

Zeugin Christine Hammann: Ja. Der Bericht hat das Referat am 14. - das müsste dann der Montag gewesen sein - wieder erreicht. Er hatte die Hausleitung nicht erreicht gehabt. Das war den Unterschriften zu entnehmen. Er war vom damaligen Unterabteilungsleiter mit der Bemerkung versehen worden - sinngemäß -, dass der Sachverhalt bekannt sei. Und das ist dann am Montag auch vom damaligen Abteilungsleiter so bestätigt worden, und uns ist dann der Vorgang zurückgegeben worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur ganz kurz - das ist MAT A BMI-4/57 e - ein Vermerk von Ihnen, als Unterrichtung deklariert, 11. Juni 2004. In diesem Vermerk schreiben Sie übrigens mit Blick auf die Keupstraße:

Derzeit liegen keine Erkenntnisse über Motive oder Täter vor, insbesondere sind keinerlei Anhaltspunkte für einen etwaigen terroristischen Hintergrund vorhanden.

Was sich nicht deckt mit den Polizeiakten.

Woher kamen diese Information „insbesondere keinerlei Anhaltspunkte für einen etwaigen terroristischen Hintergrund“?

Zeugin Christine Hammann: Ich meine, die zu haben aus dem BKA-Bericht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hatten hier den BKA-Vizepräsidenten, der uns gesagt hat, er hätte sofort an eine fremdenfeindlich motivierte Straftat gedacht.

Zeugin Christine Hammann: Herr Vorsitzender, ich nehme an, dass Ihnen der BKA-Bericht vorliegt, der meiner Vorlage zugrunde liegt. Es würde mich wundern, wenn ich sozusagen abweichend vom BKA hier ein anderes Votum abgeben hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, dass Sie mit irgendjemand noch mal Rücksprache gehalten haben, als Sie die Vorlage geschrieben haben?

Zeugin Christine Hammann: Nein, keine Rücksprache.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das Ihre Aufgabe als Referatsleiterin Terrorismus, sozusagen Exzerpte von BKA-Berichten zu verfassen?

Zeugin Christine Hammann: Ja, das ist es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Braucht man dafür eine Referatsleiterin, oder könnte man dafür einen Sachbearbeiter bestellen, der einigermaßen sprachlich gewandt ist?

Zeugin Christine Hammann: Da kann man mit Sicherheit einen Sachbearbeiter bestellen. Das schließt auch nicht aus, dass ein Sachbearbeiter diesen Text aufgesetzt hat. In der Unterzeichnung ist immer der Referatsleiter zuständig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Finden Sie, dass Sie damals mit dem Sachverhalt

angemessen umgegangen sind? Sie bekommen einen Hinweis, einen ersten Hinweis, das erste Mal, das einzige Mal, Betreffzeile „Terroristische Gewaltkriminalität“. Dann schreiben Sie zwei Tage später Ihrer Erinnerung nach das erste Mal einen Vermerk. Sie können sich gar nicht mehr erinnern, dass Sie am 09.06. bereits informiert worden sind, obwohl Sie zuständige Referatsleiterin waren. Dann sagen Sie uns hier, dass Sie sozusagen diesen Vermerk ohne eigene Recherchen oder Rücksprache geschrieben haben. Ist das richtig?

Zeugin Christine Hammann: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann kommt der Vermerk zurück. Das heißt, er hat den Minister gar nicht erreicht. Und da steht dann - das wird wahrscheinlich Unterabteilungsleiter oder Abteilungsleiter gewesen sein - handschriftlich:

Ich kann Notwendigkeit der Vorlage nicht erkennen.

Eine anderer:

Vorlage wird ... nicht als erforderlich angesehen

Sachverhalt bekannt

Und dann nehmen Sie das zur Kenntnis. Sie kriegen also den Rücklauf: Wird dem Minister nicht vorgelegt, ist nicht relevant genug. - Hat Sie das gewundert?

Zeugin Christine Hammann: Nein, das hat mich nicht gewundert. Ich gehe davon aus, dass bei solchen Sachverhalten auch ein ständiger Kontakt des Ministers mit dem Lagezentrum besteht, gegebenenfalls auch mit der BKA-Hausleitung oder BfV-Hausleitung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie schreiben dann wenige Tage später, nachdem Sie die Nachricht bekommen, dass Ihre Unterrichtung dem Minister nicht vorgelegt wird, weil sie nicht als relevant von Ihren Vorgesetzten betrachtet wird, also auf der Zwischenebene zwischen Ihnen als Referatsleiterin und dem Ministerbüro, am 14. Juni, eine E-Mail an einen Herrn Ronald Bernd. Wer war denn Ronald Bernd?

Zeugin Christine Hammann: Ronald Bernd war Sachbearbeiter in dem Referat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da schreiben Sie, 14. Juni, 14.41 Uhr:

Dann nichts wie ab in die Registratur mit dem Vorgang.

- Dann nichts wie ab in die Registratur. -

Wir sollten den Vorgang aber weiter mitverfolgen um mögliche Anzeichen für einen doch irgendwie gearteten staatschutzrelevanten Hintergrund frühzeitig zu bemerken.

Meine abschließende Frage an Sie, Frau Hammann, ist: Was haben Sie denn getan in Sachen Mitverfolgung des Vorgangs, um mögliche Anzeichen für einen doch irgendwie gearteten staatschutzrelevanten Hintergrund frühzeitig zu bemerken? Also, ich sage mal so: Wenn Sie sich an den Vorgang nur noch grob erinnern, entsteht bei mir nicht der Eindruck, dass Sie nach dem 14. Juni 2004 die Sache noch mal angefasst haben. Oder sehe ich das falsch?

Zeugin Christine Hammann: Das kann ich Ihnen so nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wissen Sie nicht mehr.

Zeugin Christine Hammann: Nein.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich habe eine Frage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen, es sei denn, Herr Ströbele kann es gar nicht ertragen, warten zu müssen, bis das Fragerecht bei Bündnis 90/Die Grünen ist. Dann würde ich mit Zustimmung von Herrn Binninger, weil ich nämlich jetzt fertig bin mit meinen Fragen, Ihnen das Wort erteilen. - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr. - Ihnen ist bisher immer vorgehalten worden, was BKA meldet usw., und Sie sagen, Sie hatten keine Anhaltspunkte. Aber Sie haben ja vorher selber Ihren handschriftlichen Vermerk vorgelesen. Danach war da eine Bombe, offenbar mit Zimmermannsnägeln. War das für Sie kein Anhaltspunkt? Es geht ja hier nicht

um Indizien oder Informationen, sondern was konnte es denn anders sein, wenn da ein Sprengkörper mit Zimmermannsnägeln explodiert mit damals 10, 15 Verletzten, als ein terroristischer Hintergrund? Das ist mir schwer nachvollziehbar. Wie haben Sie sich das denn erklärt? Welche Möglichkeit hätte es denn sonst noch gegeben?

Zeugin Christine Hammann: Jetzt im Nachhinein - da gebe ich Ihnen recht - sieht das natürlich ziemlich albern aus, wenn man dann dieses Ding weglegt. Zu der damaligen Zeit hatten wir keine Erkenntnisse. Wir hatten nichts, was auf einen bestimmten Täter hindeutet, und wir hatten nichts, was auf ein bestimmtes Motiv hindeutet. Und bei dieser Art von Sachlage, dann können Sie im Grunde zu dem Zeitpunkt noch nichts ausschließen, Sie können aber auch nicht eine bestimmte Wahrscheinlichkeit in eine Richtung begründen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Anhaltspunkte waren doch die Tatbegehung, die Art der Tatbegehung.

Zeugin Christine Hammann: Die Art der Tatbegehung deutet auf einen Anschlag hin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Terroristisch.

Zeugin Christine Hammann: Aber sie deutet noch nicht auf ein Tatmotiv hin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber jetzt sind wir eigentlich so weit, dass wir mit der Berliner Runde beginnen können. Wenn Sie einverstanden sind, machen wir das.

Frau Högl, wenn Sie noch eine Frage stellen möchten und Herr Binninger einverstanden ist, geht das natürlich. Bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielleicht kann Frau Hammann das mal - - Vielleicht dient es der allgemeinen Wahrheitsfindung hier, wenn Frau Hammann mal sagt, was Terror ihrer Meinung nach ist. Denn das ist ja das, worauf Herr Ströbele auch hinauswollte. Also, ist das nicht unabhängig von dem Motiv in jedem Fall Terror, wenn so ein Sprengstoffanschlag stattfindet?

Zeugin Christine Hammann: Ich glaube, im allgemeinen Sprachgebrauch können Sie das sehr wohl als Terror bezeichnen. Terrorismus ist eine Begehung von Straftaten zu dem Zweck, auf den Staat Einfluss zu nehmen durch die Bedrohung der Bevölkerung aus politischen Motiven heraus. Beispielsweise ein nicht politisch motivierter Täter geht in eine Bank, zündet dort einen Sprengsatz. Er hat im Grunde Ärger gehabt mit dem Bankangestellten und geht da hin. Dann würde ich sagen: Es ist Terror, aber es ist nicht Terrorismus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darüber kann man sicherlich noch lange reden, aber ich würde es begrüßen, wenn wir jetzt in das reguläre Befragungsverfahren eintreten könnten. - Das Fragerecht hat zunächst 23 Minuten lang die CDU/CSU-Fraktion. Es fragt der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Hammann, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich war jetzt ein bisschen irritiert und will Sie deshalb auch noch mal fragen: Für mich ist jetzt fast so ein bisschen unerschwinglich der Eindruck erzeugt worden, wenn ein Terroranschlag irgendwo in Deutschland passiert, das örtliche Landeskriminalamt in Düsseldorf und die Polizei in Köln zunächst zuständig sind, das BKA von dort auch nur die Informationen aus zweiter Hand bekommt, sie an das Lagezentrum, das rund um die Uhr besetzt ist, im Innenministerium weitergibt, die sie dann quasi aus dritter Hand gibt, und Sie bekommen es vom Lagezentrum aus vierter Hand, dass ausgerechnet Sie, die als Letzte in der Kette und aus vierter Hand Informationen bekommen, dass Sie für die umfassende Lageanalyse und Information des Ministers zuständig sind, und zwar sofort. Täuscht mich dieser Eindruck? Das würde mich sehr überraschen, wenn das so wäre. Da würde ich mir echt Sorgen machen, wenn das Referat im Innenministerium dafür zuständig wäre.

Zeugin Christine Hammann: Ich denke, es laufen parallel verschiedene Informationsstränge ab. Wir haben einen bürokratischen Informationsstrang; der mag hier etwas schildkrötenhaft erscheinen. Das ist sozusagen der Strang über das Referat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wir sind ja jetzt nicht 14 Tage nach einer Tat,

wir sind quasi noch mitten in der heißen Phase, wie man so nennt, der Tatortarbeit. Man weiß gerade mal eine Stunde, dass man von einem Anschlag ausgeht und nicht von einer irgendwie gearteten Explosion im Haus. Also, wer ist denn in dieser Phase, wo Tatortarbeit läuft, wo man sich erst mal einen Überblick verschaffen muss, wer ist denn in dieser Phase überhaupt in der Lage, einen Minister, egal ob er Behrens oder Schily heißt, einigermaßen auf die Schnelle solide zu informieren? Sind Sie das, oder sind es das BKA und das Lagezentrum?

Zeugin Christine Hammann: Das bin ganz sicher nicht ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Christine Hammann: Das ist immer sehr geprägt von der Mentalität auch des jeweiligen Ministers.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und von der Hierarchie her in Ihrem Haus: Sie waren Referatsleiterin damals. Dann kommt über Ihnen zunächst ein Unterabteilungsleiter.

Zeugin Christine Hammann: Richtig. Dann kommt ein Abteilungsleiter - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann kommt der Abteilungsleiter, dann kommt der beamtete Staatssekretär, dann kommt der Minister.

Zeugin Christine Hammann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie wahrscheinlich ist es, dass in einer heißen Phase nach einer Tat in den ersten zwei, drei Stunden - wir reden hier über eine Mail von 17.40 Uhr -, wie wahrscheinlich und lebensnah ist es, dass ausgerechnet die Referatsleiterin genau in diesem Moment den direkten Kontakt zum Minister bekommt und ihn informiert über einen Vorgang, den sie auch nur aus vierter Hand hat? Wäre das auch klug, es so zu machen?

Zeugin Christine Hammann: Es ist mehr als unwahrscheinlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut, das reicht mir mal für den Moment. - Jetzt

sind Sie ja tätig geworden, so wie es Ihre Aufgabe war. Und ich würde Ihnen gern den Vermerk, den der Vorsitzende auch schon zitiert hat, kurz noch mal vorbringen lassen. Ich habe drei Markierungen nebendran gesetzt - 1, 2, 3; die sind von mir -, und ich würde Sie nur bitten, uns zu benennen, wer das damals war, weil Sie ja - - am 09. hatten Sie die Information zuerst, am 10. haben Sie das BKA über das Lagezentrum oder wie auch immer um eine umfassende Stellungnahme gebeten - Sie selber waren ja nicht vor Ort bei der Tatortaufnahme -, haben die dann bekommen, haben daraus Ihren Bericht gemacht, der im gesamten Haus irgendwie auf Widerstand gestoßen ist und man alles getan hat, dass er nicht beim Minister anlandet, warum auch immer. Das kann man vielleicht nachher noch mit dem zweiten Zeugen besprechen. Ich würde es Ihnen kurz vorgeben und Sie nur bitten: Wer hat diese Bemerkungen - - wer war das?

Zeugin Christine Hammann: Gerne.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Links oben steht:

Ich kann Notwendigkeit der Vorlage nicht erkennen.*

Zeugin Christine Hammann: Genau. Das ist die Signatur des damaligen Unterabteilungsleiters. Herr Peters, meine ich, war das damals. Und der hatte das am 11.06., wenn ich das richtig sehe, abgezeichnet. Die Ziffer 3, ich bleibe jetzt mal in der Chronologie - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die sind von mir. Nicht dass die Kollegen durcheinanderkommen. Das habe ich jetzt, damit Sie sich orientieren - - 1 war links oben, und dann kommt - -

Zeugin Christine Hammann: Von der Chronologie her käme dann die Ziffer 3.

Clemens Binninger (CDU/CSU): 11.06., ja.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 95.

Zeugin Christine Hammann: „Sachverhalt ist bekannt“; das ist dann der Abteilungsleiter, Herr Krause, mit einer Signatur vom 14.06., und dann meine Signatur, als mich im Grunde der Rücklauf erreichte:

Vorlage wurde seitens UAL P I/ALP als nicht erforderlich angesehen und deshalb an P II 5 zurückgegeben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, Ihre Vorgesetzten und noch die Ebene darüber haben Ihnen quasi gesagt: Hören Sie mal auf, zu arbeiten, das brauchen wir nicht; wir kennen den Sachverhalt, und wir erkennen keine Notwendigkeit.

Zeugin Christine Hammann: Na ja, ob sie sagen: „Hören Sie auf, zu arbeiten“, weiß ich nicht, aber sie sagen mir sicher - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Höflich formuliert: Als nicht erforderlich angesehen - -

Zeugin Christine Hammann: Die Vorlage war damals als nicht erforderlich angesehen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum kann das sein? Weil man gesagt hat: „Wir haben den Minister schon informiert, er weiß über alles Bescheid“? So lese ich das ja. „Ich kann Notwendigkeit der Vorlage nicht erkennen“, schreibt der eine. Der andere sagt: „Sachverhalt ist bekannt“. Es sollte ja an den Minister gehen von Ihnen. Das war ja Ihre durchaus sehr gute Idee, den Minister noch mal darauf hinzuweisen, dass man eben auch Fremdenfeindlichkeit im Blick behalten sollte. Und dann schreiben drei Ihrer Vorgesetzten eben solche Zusätze wie: keine Notwendigkeit, der Sachverhalt ist bekannt - also dem Minister muss es bekannt sein -, und noch der Zusatz: Die Vorlage wird als nicht erforderlich angesehen, sprich: weil die Informationen schon da sind.

Muss man das so lesen, also dass der Minister seitens Ihrer Vorgesetzten offensichtlich so umfassend informiert war, dass eine weitere Zuarbeit durch das Referat nicht notwendig ist?

Zeugin Christine Hammann: Ich interpretiere das auch dahin gehend, dass der

Minister bereits informiert war, durch wen auch immer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur zu dem Vorhalt des Kollegen Binninger anmerken: Herr Binninger, in dem Vermerk vom 11. Juni findet sich ein Hinweis auf einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund überhaupt nicht. Er findet sich dann in der Mail vom 14.11. [sic!], die aber innerhalb des Referats versandt worden ist. Selbst wenn diese Unterrichtung dem Minister vorgelegt worden wäre, hätte sich daraus überhaupt nicht ergeben, dass auch nur ansatzweise fachlich in Erwägung gezogen worden ist, es könnte einen politischen Hintergrund geben bei dem Anschlag in der Keupstraße.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Gegenteil!)

Das nur zur Klarstellung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach so. Dann haben alle im Haus geahnt, dass es Fremdenfeindlichkeit ist, und haben gerade noch das Schlimmste vom Minister ferngehalten. Da bin ich ja gespannt, was wir nachher hören. Da bin ich aber echt gespannt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Binninger, da ist noch eine Signatur, wenn wir schon dabei sind, ganz rechts, irgendwie Blatt 15 [sic!], und dann ist da noch mal - - Können wir auch mal fragen, wer das ist?

Zeugin Christine Hammann: Wo sind Sie gerade?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 11. Juni, noch mal bei diesem Vermerk, wo dieser Rücklauf drauf ist und, und, und. Und da ist bei mir noch zu allem rechts neben dem Blatt 15 [sic!] eine Signatur vom 14.11. [sic!], die nicht Ihre ist.

Zeugin Christine Hammann: Genau. Es ist eine Ziffer 1 mit Klammer: „H. Bernd, H. Sander z. KN“, zur Kenntnisnahme. Das ist jeweils bestätigt dann. Und dann ist „2) zdA“ vom 14.06., das ist meine Signatur.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist die Bestätigung der Kenntnisnahme durch die Herren Bernd und Sander, wenn ich es richtig sehe.

Zeugin Christine Hammann: Genau, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist noch Herr Binninger dran. - Herr Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Eine Zwischenfrage. Frau Hammann, Sie haben ja ein zutreffendes Gefühl gehabt, wenn man sieht - der Vorsitzende hat Ihnen das schon vorgehalten -, dass Sie irgendwann gesagt haben auf dem Weg zur Registratur: Halt. - Also, das klang so nach: Regelmäßige Wiedervorlage, es könnte ja etwas Fremdenfeindliches sein. - Das erscheint mir so, als wäre das Ihre eigene Bewertung gewesen, die ja goldrichtig war. Aber sie steht nicht in der Vorlage, die Sie an den Minister schicken wollten.

Jetzt frage ich Sie mal ganz persönlich: Ich habe so einen Eindruck, wenn man als Referatsleiterin eine Vorlage vom Bundeskriminalamt bekommt mit der Anzahl von Experten, die da sitzt, und die treffen diese Bewertung nicht, und Sie haben sie aber ganz persönlich, könnte es dann sein, dass Sie trotzdem eine Vorlage an den Minister machen, die sich komplett auf den fachlichen Inhalt der Experten stützt aus dem Bundeskriminalamt, und Sie lassen Ihren eigenen Gedanken weg, obwohl er da ist?

Zeugin Christine Hammann: Also, meine Aufgabe ist es im Grunde nicht, Spekulationen an die Hausleitung heranzutragen. Ich habe Anhaltspunkte an die Hausleitung heranzutragen und den Sachverhalt so weiterzugeben, wie er mir auch dargestellt ist, es sei denn, ich sehe irgendwelche Widersprüche. Zu dem Zeitpunkt lagen keine Anhaltspunkte vor. Das heißt, ich kann weder in die eine noch in die andere Richtung definitiv sagen: Da liegt die Lösung.

Das Gefährliche in dem Zeitpunkt ist, dass man dann beginnt, Dinge auszuschließen. Das habe ich nicht gemacht. Aber ich habe auch nicht in eine Richtung geschoben, ich habe nur gesagt: Sollte sich etwas verdichten in diese Richtung, dann Vorsicht, aufmerken.

Das ist auch in der Wiedergabe in der Öffentlichkeit immer so ein ganz schmaler Grat. Der eine sagt: „Es liegen keine Anhaltspunkte vor“, der andere geht ein Stück weiter und schließt aus. Es scheint sehr wenig, aber es ist sehr viel dazwischen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Hammann, Sie haben das Verfahren beschrieben, so wie Sie eben auch die Informationen aus zweiter, dritter, vierter Hand bekommen, die dann bewerten, es dann wieder den Gang im Ministerium nach oben geht. Ihre Vorgesetzten haben gesagt: Das brauchen wir nicht; der Minister weiß alles, was er wissen muss.

Daraus schließe ich: Sie hatten in dieser ganzen Frühphase, also Tattag und die Tage danach, nie direkten Kontakt mit dem Minister, und Ihr Wissen, das Sie aufbereitet haben, hat den Minister auch nicht erreicht, offenkundig, anhand dieser Vermerke.

Zeugin Christine Hammann: So ist es. Ich hatte keinen direkten Kontakt mit dem Minister. Die Vorlage hatte ihn nicht erreicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, alle Einschätzungen, die er getroffen hat, sei es am 9. Juni, am 10. Juni oder danach, muss er aus anderen Informationsquellen gehabt haben, woher auch immer, Lagezentrum, BKA, Staatssekretär, Innenminister Behrens.

Zeugin Christine Hammann: So ist das zu sehen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Danke. Dann habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen aus der Unionsfraktion? - Nicht der Fall. Dann hat die SPD-Fraktion das Fragerecht. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Hammann, Sie haben ja gesagt, das Sie Ihre Erinnerung auch aufgefrischt haben anhand des Studiums von Akten und sich die Unterlagen angeschaut haben, mit denen Sie persönlich befasst waren. Hatten Sie denn in der Zwischenzeit, bevor Sie hier in den Untersuchungsausschuss kommen sollten, in den Jahren danach noch Erinnerung an diesen Sprengstoffanschlag in Köln, mit dem Sie auch dienstlich befasst waren?

Zeugin Christine Hammann: Nein, mir kam die Erinnerung im Grunde erst wieder mit Aufdecken des NSU.

Dr. Eva Högl (SPD): Also im November 2011, als bekannt wurde, dass der NSU, das Trio, das sich selbst so nannte, dafür verantwortlich war. Was haben Sie denn da gedacht?

Zeugin Christine Hammann: Ich war ziemlich betroffen. Es war für mich im Grunde vergleichbar, jedenfalls vom Gefühl her, wie ich die Anschläge 11.09.2001 erlebt habe. Es war verbunden - nicht sofort, aber dann - mit dem Aufkommen der Erkenntnisse und der Zusammenhänge, dass es uns sozusagen ein zweites Mal passiert war, dass wir Gefahren nicht erkannt hatten.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie auch einen Bezug hergestellt zu Ihrer Arbeit damals oder zu dem, wie Sie damit befasst waren oder so? Jetzt nicht unmittelbar; Sie waren ja nicht an der Aufklärung des Anschlags beteiligt, aber doch im Ministerium für Terrorismus zuständig, für politisch motivierte Kriminalität.

Zeugin Christine Hammann: Ich habe mir daraufhin die Akte nicht geholt, nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Womit waren Sie denn 2004, als der Anschlag war - - Sie haben ja gesagt, Sie waren nicht diejenige Person, die den Minister informiert hat. Also, die Arbeit lag nicht unmittelbar bei Ihnen. Der Minister ist anders informiert worden. Darauf kommen wir gleich noch. Aber womit waren Sie denn hauptsächlich - können Sie sich daran noch erinnern? - 2004, in der Zeit befasst?

Zeugin Christine Hammann: Also, ich weiß, dass 2004 - - Im Grunde vom Referat her war ich in erster Linie befasst mit der Fachaufsicht über die Abteilung Staatsschutz. Themen, die damals beispielsweise eine Rolle spielten, waren Erfassung von Straftaten - das sind Felder, die mir präsent sind -, Vorbereitung von Großveranstaltungen, solche Dinge.

Dr. Eva Högl (SPD): Als Expertin für den Bereich Terrorismus - - Sie haben ja vorher geschildert, wie Ihr Weg im Ministerium auch war; da hatten Sie ja schon Minimum vier Jahre auch verantwortliche Funktionen im Bereich Terrorismusbekämpfung. Dann passiert so ein Anschlag, und Sie bekommen das auf den Schreibtisch als zuständige

Referatsleiterin. Ich möchte noch mal in Erinnerung rufen, was das für ein Anschlag war - das ist ja auch schon gesagt worden -: 800 Zimmermannsnägel, 10 Zentimeter lang, in einer Straße geprägt von türkischen Geschäften und Restaurants, 22 zum Teil schwer verletzte Personen, die zum Teil, wie wir wissen, auch heute noch unter ihren Verletzungen leiden.

Ist das nicht etwas, was eine Referatsleiterin - jetzt mal unabhängig davon, ob Sie diejenige sind, die direkten Kontakt zum Minister hat oder so - - wenn Sie das als Zuständige auf Ihren Schreibtisch bekommen, was sozusagen Sie alles stehen und liegen lässt und das dann weiter verfolgen lässt, Sie telefonieren lässt und, und, und, also nicht in Ruhe lässt?

Zeugin Christine Hammann: In der Retrospektive, ja, haben wir dem Sachverhalt ganz sicher zu wenig Bedeutung zugemessen.

Dr. Eva Högl (SPD): Damals war das nicht so.

Zeugin Christine Hammann: Im laufenden Geschäft, sage ich mal, ohne dass ich das despektierlich meine, war die Ersteinschätzung: Es gibt keine Anhaltspunkte. Es ist nicht auszuschließen, aber es ist sozusagen im Moment - - es führt uns keine Spur konkret hin.

Dr. Eva Högl (SPD): Frau Hammann, Sie werden verstehen, dass das etwas ist, was wir hier miteinander nicht nachvollziehen können. Wir beschäftigen uns ja intensiv natürlich mit dem Ganzen. Woran hat das gelegen, dass ein solcher Anschlag, der ja ein so singuläres Ereignis ist - glücklicherweise hat sich nie wieder so ein fürchterlicher Anschlag ereignet und auch davor nicht -, also wirklich ein Einschnitt auch, dass der nicht alle in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt und alle elektrisiert und alles Engagement dann darauf - - sondern sozusagen auch nicht in seiner Bedeutung richtig eingeschätzt wird, ist etwas, was man zumindest im Nachhinein nicht versteht, aber auch in der Situation damals nicht wirklich versteht.

Ich möchte Sie noch mal gern etwas fragen zur Information des Ministers. Wenn so eine Leitungsvorlage, die Sie geschrieben haben, nicht den Minister erreicht, gibt es

dann noch eine Kommunikation im Innenministerium oder gab es die damals, also ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter: Warum leitet ihr die nicht hoch? Das ist doch wichtig, das war doch ein schlimmer Anschlag. - Gibt es da noch einen Dialog, oder können Sie sich erinnern, dass es den damals gegeben hat?

Zeugin Christine Hammann: Ich kann mich nicht erinnern, dass es ihn damals gegeben hat. Aus meiner Erfahrung kann ich Ihnen sagen: Wenn die Vorlage kommentarlos zurückkommt, dann hake ich nach, dann frage ich nach beim Abteilungsleiter, was dazu geführt hat. Wenn sich der Rücklauf zu erklären scheint aus den Bemerkungen, dann belasse ich es dabei.

Dr. Eva Högl (SPD): Frau Hammann, jetzt möchte ich Sie noch mal fragen - der Herr Vorsitzende hat es eben schon angesprochen -: In einer E-Mail, in der Sie sagen, Vorlage in die Registratur - das ist ja das normale Geschehen, wenn so eine Leitungsvorlage nicht hochgegangen ist: kommt zum Vorgang -, schreiben Sie: Wir wollen das weiter im Blick behalten. - Also, das zeigt ja doch eine Form von Engagement für den Sachverhalt auch. Können Sie uns mal sagen, was dann getan wurde oder was Sie hätten tun sollen oder was Sie im Blick hatten, als Sie gesagt haben: „Wir wollen das weiter verfolgen, ob das staatschutzrelevant ist“?

Zeugin Christine Hammann: Als ich das geschrieben habe, habe ich ganz sicher im Blick gehabt, dass es möglicherweise staatschutzrelevant werden könnte in der Verdichtung der Information. Ich habe auch gesehen bei der Durchsicht der Akten - kann aber Ihnen dazu auch aus der Erinnerung nichts mehr sagen -, dass es noch einen Vermerk gegeben hat, wonach offenbar noch ein Telefonat stattgefunden hat mit dem BKA, ob neue Hinweise vorliegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie sich erinnern - oder haben Sie das in den Akten studiert -, dass es eine Fallanalyse des Bundeskriminalamts gab zu dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße? Für das Protokoll: Das ist MAT A GBA 4/7 a, Seite 98 f. Die Fallanalyse ist gemacht worden im Februar 2005, der Anschlag war im Juni 2004, 21. bis 25. Februar. Frau Hammann, ich darf daraus

mal zitieren, und dann sagen Sie mir, ob Sie das damals auch registriert haben:

Es sollten so viele türkische Personen wie möglich getroffen werden, ob diese Personen dabei verletzt oder getötet werden, bzw. um welche Personen es sich ... handelte, war den Tätern gleichgültig.

Die Wirkungsweise des Tatmittels

- ich sagte das schon: 800 Zimmermannsnägel, 10 Zentimeter lang -

drückt eine hohe Menschenverachtung aus.

Dann wird außerdem noch gesagt, dass möglichst viele Türkinnen und Türken getroffen werden sollten usw.

Diese Fallanalyse ist sehr deutlich in ihrer Sprache. Kennen Sie diese Fallanalyse? Also, haben Sie sie damals zur Kenntnis genommen? Können Sie sich daran erinnern und uns mal sagen, wie mit dieser Fallanalyse umgegangen wurde? Sie waren ja auch für das Bundeskriminalamt zuständig.

Zeugin Christine Hammann: Ich kann mich nicht erinnern an die Fallanalyse.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie das aus heutiger Sicht mal bewerten? Ich meine, es ist - - Sie wollen den Staatsschutzhintergrund weiter verfolgen, Sie sind die zuständige Referatsleiterin mit Terrorismuserfahrung, Sie sind für das Bundeskriminalamt zuständig, und das Bundeskriminalamt, Ihr Bundeskriminalamt, legt Ihnen - - Die Fallanalyse muss Sie ja erreicht haben. Als zuständige Referatsleiterin liegt Ihnen das auf dem Tisch, und das hat keine Konsequenz, für niemanden. Können Sie sich das mit dem Blick von heute auf die Situation damals erklären?

Zeugin Christine Hammann: Ich kann mich nicht erinnern, dass diese Fallanalyse mich erreicht hat. Haben Sie denn entsprechende Versendungshinweise?

Dr. Eva Högl (SPD): Nein. Ich frage mich nur: Welchen Weg geht sonst eine Fallanalyse des Bundeskriminalamts, wenn sie nicht das Innenministerium in dem entsprechenden Referat erreicht?

Zeugin Christine Hammann: Das kommt darauf an. Sie müssten gucken, wo diese

Fallanalyse erstellt worden ist im BKA. Die Fachaufsicht, die in meinem Referat lag, ging nicht über das BKA insgesamt, es geht in einen bestimmten Teilbereich.

Dr. Eva Högl (SPD): Frau Hammann, das kann ich alles so weit nachvollziehen, wie so ein - Sie haben ja gesagt - bürokratischer Weg dann auch ist. Das ist auch überhaupt nicht im Einzelnen zu kritisieren. Meine Frage ist nur - deswegen habe ich es in diesen Kontext gestellt -: Sie selbst hatten gesagt: Lassen Sie uns bitte gemeinsam dranbleiben und einen Staatsschutzhintergrund anschauen. - Und dann kommt so eine Fallanalyse. Dann frage ich mich, ob man nicht mal nachhakt, wie das so geht. Weil was soll sonst „Lassen Sie uns dranbleiben“ heißen? Aber dieser Punkt ist damit nicht zufriedenstellend, aber jedenfalls umkreist.

Dann will ich noch mal eine andere Sache fragen. Und zwar aus Ihrem Referat ist eine Vorbereitung für den Minister erstellt worden. Ich weiß nicht, ob Sie das auch gesehen haben. Also Referat P II 5 vom 17. Juni 2004. Für das Protokoll: Das ist MAT A BMI-4/57 e, Seite 136. Da geht es um ein Gespräch des Ministers mit Vertretern der Wirtschaft am 18. Juni 2004. Wenn Sie das nicht haben, können wir das vielleicht mal vorlegen. Da wollte ich Sie mal ganz kurz fragen, ob Sie die Vorlage erstellt haben oder wer das sonst erstellt hat. Da steht nämlich drin zu dem Anschlag in der Keupstraße:

Nach Zeugenaussagen soll ein 25 bis 30 Jahre alter Mann mit blonden Haaren das Fahrrad abgestellt haben.

Können Sie sich daran erinnern?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Christine Hammann: An die Vorlage kann ich mich nicht erinnern, nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber die ist offensichtlich in Ihrem Referat erstellt worden. Wer könnte das sonst erstellt haben in Ihrem Referat?

Zeugin Christine Hammann: Sie trägt das Aktenzeichen des Referats, eine Unterschrift darauf sehe ich nicht, und sie vermerkt, dass Anhaltspunkte für einen terroristischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund zurzeit nicht vorliegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. Darauf wollte ich jetzt gar nicht hinaus - das haben wir ja schon erörtert, wie das alles zustande kam -, sondern ich wollte das mit den blonden Haaren noch mal herausarbeiten, ob Sie das nicht gewundert hat, ob Ihnen das aufgefallen ist.

Zeugin Christine Hammann: Also, der Umstand mit diesem Täter oder mit diesem Täterhinweis, der resultiert, jedenfalls jetzt danach, wie ich es aus der Aktenlage wieder rekonstruieren konnte, aus einem Fahndungsplakat, das im Land Nordrhein-Westfalen erstellt wurde. Es gibt dazu dann einen Vermerk dieses Bearbeiters Herrn Bernd, der noch mal nachgefragt hat, ob es entsprechende neue Hinweise gibt. Das ist dann seitens BKA verneint worden. Also die Nachfrage; dazu wurde vermerkt: Es gibt keine Erkenntnisse.

Dr. Eva Högl (SPD): Das war mir nämlich aufgefallen. Da wollte ich nur noch mal nachfragen, ob Sie darüber gestolpert sind.

Ich habe noch eine abschließende Frage oder zwei noch ganz kurz, und zwar: Sie haben ja auf diese Vorlage geschrieben: Umfeld hoher allgemeiner Kriminalität. - Wenn Sie das jetzt noch mal wieder lesen, und Sie haben sich nicht erinnern können, mit wem Sie telefoniert haben: Mit wem könnten Sie denn telefoniert haben? Wo könnte das denn herkommen: BKA, Nordrhein-Westfalen? Wer könnte so was gesagt haben? Jemand in Köln? Wen könnten Sie angerufen haben?

Zeugin Christine Hammann: Theoretisch könnte ich jeden angerufen haben, den Sie genannt haben. Ich könnte in Nordrhein-Westfalen angerufen haben. Ist unwahrscheinlich, dass man dann unmittelbar Kontakt aufnimmt mit der Landesbehörde. Ich könnte im BKA - in der Abteilung OA war es angelagert - angerufen haben. Das ist alles denkbar.

Dr. Eva Högl (SPD): Kann das sein, dass so eine Bemerkung „Umfeld hoher allg. Krim.“ auch eine falsche Blickrichtung auf so einen Sprengstoffanschlag leitet, wenn man so was notiert und jemand einem so was sagt?

Zeugin Christine Hammann: Ja, könnte sein.

Dr. Eva Högl (SPD): Könnte auch ein Fehler für die falsche Einschätzung drin liegen?

Zeugin Christine Hammann: Es könnte ein Anhaltspunkt sein, und man sollte sich nie von einem Anhaltspunkt leiten lassen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das wäre etwas, was wir zumindest lernen könnten aus diesem Sachverhalt. - Ich bedanke mich, Frau Hammann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Frau Hammann, was haben Sie eigentlich gedacht, als der damalige Innenminister statt der Aussage: „Wir haben keine Anhaltspunkte“, sich für die Aussage entschied: „Wir schließen aus“?

Zeugin Christine Hammann: Aus den Akten kenne ich nur die Aussage: Wir haben keine Anhaltspunkte. Die Aussage: „schließen aus“ - - selbst jetzt nicht nachvollziehbar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die hatten wir im *Kölner Stadt-Anzeiger* am 11.06. und in der *Welt* am 11.06. so.

Zeugin Christine Hammann: Das ist sozusagen dieser besagte schmale Grat, von dem ich gesprochen habe, den man sehr schnell dann überschreitet.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie wollen es jetzt nicht weiter bewerten, persönlich?

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde mal interessieren: Wenn Sie so ein Ereignis, ein trauriges Ereignis, erfahren: Wie reagieren Sie da normalerweise? Gibt es da normale Abläufe?

Zeugin Christine Hammann: Der normale Ablauf ist, dass wir Kontakt zum BKA aufnehmen, um dort nachzuhören, ob dort

Näheres bekannt ist. Das kann mündlich passieren, das kann schriftlich passieren.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was heißt „wir“? Das sind dann Sie und Ihr Referat?

Zeugin Christine Hammann: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie viele Mitarbeiter waren damals beteiligt?

Zeugin Christine Hammann: In dem Vorgang selbst waren - das sehe ich jedenfalls aus meinen Anmerkungen den Rücklauf verfügend - drei Personen mit beteiligt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn dann eine Diskussion im Referat darüber? Und war jemand, weil Sie selber sagten, es ist da ein bisschen - - Sie wollten es noch nachverfolgen. Es ist ja dann nicht ganz so geschehen. Gab es jemand anderes in Ihrem Referat damals, der das dann weiter verfolgt hat? Oder gab es ein Unbehagen, was dann später an die Hausspitze kommuniziert wurde?

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine Nachverfolgung in der Richtung?

Zeugin Christine Hammann: Kein Unbehagen in der Richtung. Die Nachverfolgung: Von mir ist keine Nachverfolgung mehr vorgenommen worden. Ich habe das verfügt an den damaligen Bearbeiter, und ich finde keine weiteren Spuren in der Akte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn - - Gehört denn zum Beispiel auch dazu, hier auf betroffene Länder bzw. weitere Länder zuzugehen? Ich meine, ein Bombenanschlag ist ja jetzt nicht etwas, was nur allein möglicherweise ein Bundesland betreffen kann - natürlich das Bundesland, in dem es stattfindet, vordergründig. Aber gab es damals für Sie einen Anlass, auch bei anderen Ländern nachzufragen bzw. dort auch die bestehenden Strukturen, Sondergruppen, BAOs möglicherweise, die existierten, mal abzufragen?

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also Sie haben jetzt nicht die Zentralstellenfunktion des BMI gesehen?

Zeugin Christine Hammann: Es gibt keine Zentralstellenfunktion des BMI in dem Sinne. Es gibt die Zentralstellenfunktion des BKA.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, gut, Fach- und Rechtsaufsicht ist natürlich schon existent. Das heißt, einen Impuls ins BKA zu geben, zu sagen, möglicherweise hier in anderen Ländern noch mal nachzufragen, möglicherweise bestehende Strukturen der Aufklärung von vergleichbaren Fällen, gegebenenfalls sogar international, siehe „Combat 18“ in Großbritannien - - Da gab es keinen Impuls?

Zeugin Christine Hammann: Es gab keinen Impuls.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Würden Sie das jetzt anders machen? Würden Sie jetzt sagen: „Vielleicht müsste man an der Stelle, insbesondere wenn solche doch sehr einschneidenden Anschläge stattfinden, vielleicht an den Systemen etwas ändern, an den Abläufen etwas ändern, vielleicht auch früher die Länder einbinden auf Fachebene, nicht nur über das BKA, vielleicht auch politisch“?

Zeugin Christine Hammann: Also, ich denke, dass wir im Moment daran arbeiten, sehr viel näher an unsere Behörden heranzukommen. Das empfinde ich schon so. Ich versuche, mehr Kontakt zu halten jetzt in die gemeinsamen Abwehrzentren als zu der damaligen Zeit.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

Serkan Tören (FDP): Noch einmal zur Äußerung von Schily dann gegenüber der Presse, dass er ausschließt. Sie haben jetzt vorhin gesagt, Sie wollten da keine Bewertung vornehmen, haben von einem schmalen Grat gesprochen. Wenn ein Dienstvorgesetzter sich in der Öffentlichkeit derart äußert: Würden Sie sagen, das hat Einfluss auf die Mitarbeiter, auf die Ermittlungen als solche und vielleicht auch Einfluss bei Ihnen gehabt? Würden Sie das sagen?

Zeugin Christine Hammann: Also, den Einfluss bei mir kann ich ausschließen. Für die anderen kann ich - -

Serkan Tören (FDP): Im Hause?

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Würden Sie gestatten, dass die Frau Dr. Högl nur noch eine Bemerkung dazu macht?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Moment! Die Antwort noch abwarten! Entschuldigung, aber sie hat nur gesagt, bei ihr nicht. Aber generell?

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Ja. - Bitte, Frau Zeugin.

Zeugin Christine Hammann: Es ist mir jedenfalls nichts zu Ohren gekommen, dass sich irgendjemand unter Druck gesetzt gefühlt hat.

Serkan Tören (FDP): Na ja, wenn ein Dienstvorgesetzter eine Äußerung trifft: Hat das keine Bedeutung im Haus? Hören Sie dann weg, wenn der Innenminister was sagt?

Zeugin Christine Hammann: Nein, ich höre nicht hin, aber - -

(Heiterkeit)

- Also, ich höre nicht nicht [sic!] weg, aber es ist für mich nicht so, dass ich dann aufhöre, für mich zu denken.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Tören, würden Sie eine kurze Bemerkung von der Frau Dr. Högl gestatten? - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich wollte nur die lieben Kollegen von der FDP darauf hinweisen, dass - wir kommen ja gleich bei der Befragung von Herrn Schily dazu - er nicht ausgeschlossen hat. Wir kommen ja gleich noch dazu. Nur dass wir ihn richtig zitieren, wenn wir ihn zitieren! Ich könnte es gerne vorlesen; wir haben es alle da. Aber dass wir es wenigstens - das hat ja Frau Hammann auch entsprechend geantwortet - korrekt wiedergeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, ich denke auch, hier kommt es mal auf den Wortlaut an.

(Dr. Eva Högl (SPD): Das sehe ich ganz genau so!)

Und der Herr Edathy hatte es korrekt aus der *Tagesschau* zitiert. Wir können es gerne noch mal wiederholen. Bevor man mit Pressezitaten kommt, müsste man dann auch „laut Presse“ sagen, weil wir zum Beispiel von Herrn Behrens gehört haben - er hat uns hier erklärt -, er habe nie dergleichen gesagt und auch nie mit Schily zusammen was erklärt.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Der Herr Binninger möchte kurz noch intervenieren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir werden es in der Tat nachher noch mal deutlich haben, und es gibt diesen Satz am Ende seines Statements, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, sinngemäß, man in alle Richtungen prüft; das ist ja eine völlige Selbstverständlichkeit. Aber es gibt - - Herr Kollege Wieland, es kommt in der Tat auf den Wortlaut an, und da werden solche Worte fallen: „nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu“. Und dieser Halbsatz ist der dramatische.

(Zurufe)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Wort „Ausschluss“ taucht nicht auf. Da hat die Zeugin völlig recht. Da hat die Zeugin wirklich mal recht, dass zwischen - -

(Heiterkeit)

- Ja, sie sagt immer die Wahrheit. Aber hier hat sie ja auch mal gewertet, dass zwischen „keinen Hinweis“ und „wir schließen aus“ Welten liegen, und darauf müssen wir beharren.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Lieber Herr Wieland, nur als Ergänzung dazu: Wenn ich sage, die andere Richtung ist entscheidend, kann man sich das durchaus auch so vorstellen, dass es auch entsprechend angekommen ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt habe ich gerade festgestellt, ich habe die spannendsten Momente der internen Diskussion drei Minuten lang verpasst. Das tut mir natürlich sehr leid.

Ich stelle fest, die FDP hat keine weiteren Fragen an dieser Stelle. Dann wechselt das Fragerecht zur Linksfraktion. Frau Kollegin Pau oder Herr Petermann? - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Frau Hammann, ich habe nur ganz wenige Fragen.

Sie merken, die Kollegen laufen sich schon warm für den nächsten Zeugen, aber ich hätte gerne von Ihnen noch mal eine Beschreibung der Stimmungslage im BMI im Juni 2004. Die Anschläge vom 11. September 2001 waren noch nicht lange vorbei, die Anschläge in Madrid vom März 2004 waren sicherlich noch frisch im Gedächtnis von allen. Wir finden das ja auch in der Lageübersicht des BKA vom 10.06.

Kann es da sein, dass die Möglichkeit, dass es rechten Terrorismus gibt, gar nicht mehr präsent war, jedenfalls in der Breite des Hauses? Ich frage das auch vor einem ganz persönlichen Hintergrund. Ich bin seit 1998 Mitglied des Bundestages und habe noch sehr präsent das Jahr 2000, wo dann die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus oder angenommenem Rechtsextremismus im sogenannten Aufstand der Anständigen gipfelte. Können Sie uns noch mal was zur Stimmungslage sagen?

Zeugin Christine Hammann: 2004 war für den Bereich Rechtsextremismus sozusagen das Jahr nach Wiese. Dieses Jahr 2003, die Vereitelung des Sprengstoffanschlags in der rechtsextremistischen Szene, hat schon gerüttelt, hat auch wachgerüttelt.

Wir haben auch daraufhin die Ausführungen in den Verfassungsschutzberichten etwas vorsichtiger formuliert. Wir hatten vorher immer gesagt: Es gibt keine rechtsextremistischen Strukturen. - Wir hatten dann ein Verfahren in dieser Sache, und wir haben dann modifiziert, indem wir sagten, wir haben keine Anhaltspunkte mehr für terroristische Strukturen. Also, es war schon eine Wachsamkeit da, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Sie sagen, es war eine Wachsamkeit da. Wir finden in unseren Unterlagen, in MAT A BfV-4/20, Blatt

23 ff.*, eine Analyse, ein Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Nagelbombenanschlag in Köln im Jahr 2004. Da geht es darum, dass man im Bundesamt Parallelen zur Neonazigruppierung „Combat 18“ zieht und zu Anschlägen in London, die um die Jahrtausendwende stattgefunden haben. Haben Sie damals in irgendeiner Weise Kenntnis von dieser Analyse bekommen?

Zeugin Christine Hammann: Nein, ich hatte keine Kenntnis. Mein Fachaufsichtsbezug bezog sich zu der Zeit auf das BKA, nicht auf das BfV.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist mir schon klar, aber ich meine, wir sind ja hier damit konfrontiert worden, dass das BfV von sich aus aktiv geworden ist, eine der wenigen Ausnahmen, und dass man dort sehr wohl die Möglichkeit einer solchen rechtsterroristischen Gefahr auf dem Schirm hatte und auch die Strategien, die nicht nur in Großbritannien debattiert wurden, sondern man ist ja sogar aktiv geworden und hat geschaut: Wer sind die Sympathisanten im Umfeld von Köln? Wer ist auf den Internetseiten, wo diese Strategien und Bombenbauanleitungen debattiert werden, von unseren einschlägig bekannten Rechtsextremisten unterwegs?

Da stellt sich ja schon die Frage: Warum sind diese Expertise und dieser Hinweis, von dem wir heute wissen, dass er zielgenau war, dass sich die drei sehr wohl daran orientiert haben, nicht eingeflossen in die Ermittlungen in Nordrhein-Westfalen, aber auch nicht eingeflossen in die Lageeinschätzungen bis hin ins BMI? Da stellt sich für mich einfach die Frage: Wie sind da sowohl die bürokratischen Abläufe, aber auch die Abläufe im richtigen Leben, die das verhindert haben, dass das in die Lageeinschätzung, beispielsweise dann auch in die nachrichtendienstlichen Lagen und anderes geraten ist?

Zeugin Christine Hammann: Ich kann Ihnen nicht sagen, warum mich das damals nicht erreicht hat. Ich kann Ihnen sagen, dass damals wirklich mit der Trennung auch der Fachaufsicht, die schärfer war, als sie im Moment heute ist - - Damals waren die Fachaufsichten über BKA und BfV in zwei

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BfV-4, Blatt 35 ff.

verschiedenen Abteilungen gelegen. Das heißt im Grunde, die Wege und auch die Abstände der Einzelnen zueinander waren deutlich länger. Das ist besser geworden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Frau Hammann, Sie haben ja recht, dass man mit der Wortwahl sehr sorgfältig sein muss, und das ist ja genau unser Problem bei dieser stillen Post, die dann irgendwann mal zu ganz falschen Worten führte. Denn auch wenn der Minister nicht von „Ausschluss“ gesprochen hat, eine Äußerung wie - ich zitiere -:

Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu ...

Wir haben bisher noch niemanden gefunden bei den Sicherheitsbehörden, der uns das so gesagt hat, dass er derartige Erkenntnisse hatte am 10.06. Aber wir haben viele Zwischenglieder, die leider sehr schnell in diese Richtungen gingen, insbesondere das, was das Lagezentrum Ihres Hauses aufgeschrieben hat. Es wurde Ihnen schon vorgehalten. Können Sie uns denn sagen, wer das dort im Lagezentrum gemacht hat?

Zeugin Christine Hammann: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wird Ihnen das bekannt gegeben, was das Lagezentrum zu Papier bringt - als Referatsleiterin oder als damals Tätige?

Zeugin Christine Hammann: Ja. Die Lageberichte des Lagezentrums werden einmal täglich - in der Regel, meine ich, war das morgens - gesteuert, hausweit, in einem sehr weiten Verteiler, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen das denn aufgefallen, dass diese Meldung, wo nun tatsächlich von einem Ausschluss die Rede ist, nicht mit den sonstigen Erkenntnislagen übereinstimmt?

Zeugin Christine Hammann: Nein, ist mir nicht aufgefallen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl Sie den Unterschied, wie Sie ja gerade sagten, kennen und handhaben. Darf ich mal fragen: Sind Sie Juristin von der Ausbildung her?

Zeugin Christin Hammann: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erst recht kennen und in Ihrem täglichen Arbeiten auch gewählt haben.

Also da heißt es - ich darf es Ihnen noch mal vorlesen:

LAGEÜBERSICHT

Berichtszeitraum: 09.06.04, 06:00
Uhr, bis 10.06.04, 06:00 Uhr

Und da ist das gleich in die Rubrik „Organisierte und allgemeine Kriminalität“ aufgenommen worden, als Bezugsquellen Innenministerium Nordrhein-Westfalen, BKA - - Und der letzte Satz ist:

Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.

So. Und dann sage ich mal: Auch was vom BKA kommt, haben Sie, wenn auch in Nuancen, noch weiter in Richtung krimineller Hintergrund gesteuert - sicherlich unbewusst. Auch das BKA hatte zunächst - das wurde uns diese Woche nachgereicht - eine völlig neutrale Lagebeurteilung. Ich weiß nicht, ob Ihnen die seinerzeit zur Kenntnis gebracht wurde. Ich fürchte fast, nein.

Da ist das Ganze weder eingeordnet unter a - Organisierte und allgemeine Kriminalität -, da steht es nicht; es steht nicht bei b - Politisch motivierte Kriminalität -, es steht bei e: Sonstige bedeutsame Ereignisse. Korrekt; korrekt und neutral.

Bei dem, was Sie zitieren, was Ihnen direkt zugesandt wurde, hat das BKA schon eine Version mit diesem „Insbesondere ... liegen nicht vor“. Ja, auch das ärgert mich schon, sage ich Ihnen. Da ist die Neutralität schon an dieser Stelle verlassen. „Wir haben keinerlei Hinweise“: Das wäre die richtige Aussage gewesen. Sehen Sie das auch so?

Zeugin Christine Hammann: Da haben Sie recht, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und dann hat das BKA aber immerhin noch gesagt:

Nach Rücksprache mit der Abteilung ST

- ich nehme an, Staatsschutz -
und OA

- Organisierte und allgemeine Kriminalität -
bearbeitet OA weiter. (?)

Das fällt bei Ihnen auch weg, dass man da wenigstens drüber geredet hat mit Staatsschutz. Sie schreiben nur: OA bearbeitet.

So. Ich will das nicht überbewerten, aber bei diesem, was wir immer feststellen: „Immer weiter hin zu organisierter Kriminalität und immer weiter weg von der Möglichkeit, es könnte auch politisch motivierter Terrorismus sein“, sind das meines Erachtens jeweils kleine Bausteine, und wir sollen ja lernen daraus, auch im Hinblick jetzt auf Backnang und andere Ereignisse. Wir sollen ja wirklich lernen.

Deswegen muss ich sagen: Das gefiel mir nicht - auch in Ihrer Tätigkeit. Aber dann müssen Sie doch auch mitbekommen haben - und das haben Sie mitbekommen; jedenfalls ist es Ihnen nach unseren Akten zugesandt worden -, dass jedenfalls in den Medien das Bundesamt für Verfassungsschutz auch so zitiert wird von der Nachrichtenagentur Reuters, wonach der Verfassungsschutz davon ausgeht, es handelt sich um Taten im kriminellen Milieu. Das muss Ihnen auch nach unseren Akten auf den Schreibtisch gekommen sein.

Ich kann es Ihnen gerne vorlegen. Es wurde von Nasiste, Platz 2 an alle und auch an P II 5 gesendet. Da heißt es - wörtliches Zitat -:

„Die Ermittlungen gehen nach wie vor in Richtung Organisierte Kriminalität“, sagte ein Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz am Donnerstag.

Also am 10. Juni.

Nun nehmen wir mal an, die haben das richtig zitiert: Hätte Ihnen das nicht auch auffallen müssen? Hilfe, das Bundesamt, für das ich ja auch irgendwie zuständig bin als Fachaufsicht - -

Zeugin Christine Hammann: Ich war zu dem Zeitpunkt nicht Fachaufsicht über das Bundesamt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie nicht in Person, aber

das Bundesinnenministerium als die Behörde, in der Sie tätig waren.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das müssen wir den Minister fragen!)

- Da weiß ich doch gar nicht, ob er das hatte. Sie hat es doch bekommen laut Steuerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wort hat der Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann muss der Kollege Binninger eine Zwischenfrage - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie war nicht zuständig für die Fachaufsicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber sie hat doch eine Beurteilung, die jedenfalls deutlich vorsichtiger war als das, was hier zitiert wird vom Bundesamt. Wir haben schon gesagt, dass auch der Minister sich viel weitgehender geäußert hat im Fernsehen, und deswegen sind meine Fragen, wenn das alles sozusagen um Sie herum nun weitergehend gewertet wurde in Richtung organisierte Kriminalität: Erstens. Können Sie sich erinnern, ob Sie das bemerkt haben, ob Ihnen das zur Kenntnis gelangt ist? Zweitens. Wäre das nicht ein Grund gewesen, nun noch mal Ihre Version auch tatsächlich an die Hausspitze, an den Minister, zu bringen?

Zeugin Christine Hammann: Was ich ja auch versucht habe mit der Vorlage vom 11.06.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber auch da haben wir, wenn ich Sie unterbrechen darf, einen E-Mail-Verkehr, wonach durchaus aus Ihrem Referat heraus immer noch mal gesagt wurde von einer Frau Hartwich - ich darf zitieren -:

Das Referat P II 5 hat sicherlich keine Zuständigkeit für den Fall Köln, jedoch wäre es doch eine gute Gelegenheit unsere Ministervorlage an die Hausleitung zu bringen, oder??

Das fragt diese Frau Hartwich am 15. Juni. Das heißt, in Ihrem Referat muss es noch im Kopf gewesen sein: Unsere Minister-vorlage hat es gar nicht weiter als zum Abteilungsleiter gebracht. Ja!

Zeugin Christine Hammann: Möglich, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich, wenn ich das -

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nein - so sage, dass die Frau Hartwich Sie so direkt angemailt hat?

Zeugin Christine Hammann: Ja, aber ich habe dazu keine Erinnerung mehr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also - - Sie selber - - Gut, der Vorsitzende sagt wieder, die Zeit ist um.

Ich will nur noch mal sagen: Sie selber schreiben eine Vorlage, die bedingt vorsichtig ist in der Einschätzung, bekommen mit, die geht nicht bis ganz oben, bekommen, denke ich, auch mit, dass allgemein das Ganze immer mehr in der Öffentlichkeit verschoben wird, auch vom Minister, in Richtung organisierte Kriminalität: Müssten Sie dann nicht wirklich sich noch mal einen Kopf gemacht haben: „Kann ich da ein Warnsignal entsenden, dass die Faktenlage nicht so ist, wie es jetzt kommuniziert wird?“?

Zeugin Christine Hammann: Im Nachhinein ja, ganz sicher. Zur damaligen Zeit hielt ich das ganz offensichtlich nicht für erforderlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe gesehen, es gibt noch eine Frage bei der FDP mindestens. Haben noch weitere Fraktionen Fragen an die Zeugin?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe nur eine direkt anschließend an das, was Herr Wieland ausgeführt hat. Frau Hammann, ist Ihnen ein Schreiben des Bundeskriminalamtes vom 16.06.2004 an Herrn

Bernd bekannt geworden? Das war ja ein Mitarbeiter von Ihnen.

Zeugin Christine Hammann: Hm.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist BMI-4/57 e, 127. Da teilt - also genau eine Woche nach dem Anschlag in der Keupstraße - das BKA Ihrem Referat Folgendes mit:

Die Abteilung OA

- also die BKA-Abteilung Organisierte und allgemeine Kriminalität -

koordiniert unter dem Ansatz „türkische OK“ bis auf weiteres alle in diesem Fall eingehenden Anfragen bzw. Ersuchen ...

Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Christine Hammann: Nein, ich kann mich nicht erinnern. Aber ich kann mich erinnern, dass ich von der Zuweisung an die Abteilung Organisierte Kriminalität wusste, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur, Frau Hammann, wenn Sie selber in einer E-Mail innerhalb Ihres Referates am 14. Juni schreiben: „Lasst uns die Augen aufhalten, ob es vielleicht doch noch Hinweise gibt auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund“, zwei Tage später schreibt Ihnen das BKA: „Ja, wir sind als BKA beteiligt, Abteilung Organisierte und allgemeine Kriminalität, aber nicht so allgemein, dann doch wieder nicht, sondern türkische organisierte Kriminalität“: Hat Sie das erreicht? Hat das nicht bei Ihnen zu Stirnrünzeln geführt, dass man da vielleicht mal nachfragt, warum jetzt diese Spezifizierung?

Zeugin Christine Hammann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein. - Herr Wolff hat noch eine Frage.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil ich ja auch ein großer Anhänger des Wortlautes bin, lieber Kollege Wieland, Frau Zeugin: In MAT A GBA-3-0003* findet sich in dem Artikel *Kölner Stadt-Anzeiger* Folgendes:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3-0003, Blatt 25.

Ersten Ermittlungen zufolge hatte der Anschlag keinen terroristischen Hintergrund. Das hatte Bundesinnenminister Otto Schily ... am Donnerstag bestätigt.

Und zwei Sätze weiter:

Die Ermittler in Köln schlossen am Donnerstag ... ein fremdenfeindliches Motiv aus.

Frau Zeugin, wissen Sie, ob es ein Dementi gab?

Zeugin Christine Hammann: Mir ist kein Dementi bekannt, nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, gut, jetzt will ich nicht die Frage aufwerfen, ob das die Aufgabe von Frau Hammann war, darauf zu achten, ob zu einer Meldung des *Kölner Stadt-Anzeigers* ein Dementi von wem auch immer abgegeben wird; aber gut.

Wir sind, wie ich feststelle, am Ende der Befragung von Frau Hammann.

Herzlichen Dank, dass Sie sich -- „Als Zeugin zur Verfügung gestellt haben“ ist ein bisschen blöd formuliert, weil wir einen Anspruch darauf haben, Sie hier laden zu können. Trotzdem vielen Dank für die Zeit.

Wir sind am Schluss der Befragung der Zeugin Hammann.

Wir unterbrechen jetzt kurz für Statements gegenüber der Presse bzw. sonstigen Medienvertretern draußen. Wir werden beginnen mit der Befragung des Zeugen Schily, würde ich vermuten, realistischweise gegen 11.30 Uhr. Wir schauen mal. Ich sage gerne einen früheren Zeitpunkt, aber ich sage Ihnen, es wird auf 11.30 Uhr hinauslaufen.

(Zurufe)

- Ja, dann sagen wir 11.15 Uhr. Konsens.

(Unterbrechung von 10.42 bis 11.09
Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, um die Beweis-
aufnahmesitzung fortsetzen zu können, ist es
erforderlich, dass die Kamerteams den Saal
verlassen. Ich bitte, dem Rechnung zu tra-
gen.

Während der Prozess, den ich eben
angeregt habe, noch läuft, darf ich auch mit
Blick auf die Anwesenden auf der Tribüne
den ausdrücklichen Hinweis geben, dass die
Fertigung von Ton-, Bild- und Filmaufnahmen
untersagt ist. Eine Missachtung dieser Re-
gelung kann zum Ausschluss von der Sit-
zung führen, im Extremfall sogar strafrecht-
liche Konsequenzen nach sich ziehen.

**Vernehmung des Zeugen
Otto Schily**

Ich begrüße als Zeugen den Bundes-
minister a. D. Otto Schily. Herr Schily, der
Deutsche Bundestag, das heißt die Verwal-
tung des Bundestages, fertigt eine Tonband-
aufnahme der heutigen Vernehmung an. Das
dient allerdings ausschließlich dem Zweck,
die Erstellung des Stenografischen Protokolls
zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll
gefertigt ist, dann wird die Aufnahme ge-
löscht. Sie erhalten das vorläufige Protokoll
mit der Post, mit der Möglichkeit verbunden,
innerhalb von zwei Wochen möglicherweise
Änderungswünsche oder Korrekturbedarf
geltend zu machen.

Ich stelle fest, Herr Schily, dass Sie
ordnungsgemäß geladen worden sind. Die
Ladung haben Sie am 8. März 2013 erhalten.
Es liegt eine Aussagegenehmigung der Bun-
desregierung vor. Diese datiert vom 13. März
2013.

Ich habe Sie vor Ihren Ausführungen bzw.
vor der Befragung zunächst formal zu be-
lehren. Sie sind als Zeuge geladen worden.
Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen.
Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig
sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur
Sache gehört, und nichts hinzufügen, was
der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche
Folgen eines Verstoßes gegen die Wahr-
heitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Un-
tersuchungsausschuss des Deutschen Bun-
destages uneidlich falsch aussagt, kann
gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit
Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf
Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsaus-
schussgesetzes des Bundes können Sie die

Auskunft auf Fragen verweigern, deren Be-
antwortung Sie selbst oder Angehörige im
Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozess-
ordnung der Gefahr aussetzen würde, einer
Untersuchung nach einem gesetzlich geord-
neten Verfahren, insbesondere wegen einer
Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber
auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren
ausgesetzt zu werden.

Sollten, Herr Schily, Teile Ihrer Aussage
aus Gründen des Schutzes von Dienst-,
Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in
einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sit-
zung möglich sein, bitte ich Sie um einen
Hinweis, damit der Ausschuss dann gege-
benenfalls einen entsprechenden Beschluss
fassen kann.

Haben Sie Fragen zu dem von mir bisher
Vorgetragenen?

Zeuge Otto Schily: Nein. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da das
nicht der Fall ist, darf ich Sie bitten, sich dem
Ausschuss kurz mit vollständigem Namen,
Alters- und Berufsangabe vorzustellen und
das Mikrofon vorher einzuschalten.

Zeuge Otto Schily: Mein Name ist Otto
Schily. Ich bin 80 Jahre alt, von Beruf
Rechtsanwalt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich
nehme an, dass die ladungsfähige Anschrift
nach wie vor die ist, die wir verwandt haben.

Zeuge Otto Schily: So ist es, Herr Vor-
sitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr
Schily, nach § 24 Abs. 4 des Untersu-
chungsausschussgesetzes haben Sie die
Möglichkeit, sich vor Ihrer Befragung zum
Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich
habe Sie vorab gefragt, ob Sie davon Ge-
brauch machen möchten. Das haben Sie
bejaht. Insofern erteile ich Ihnen hiermit das
Wort.

Zeuge Otto Schily: Vielen Dank, Herr
Vorsitzender. - Ich möchte einige knappe
einleitende Bemerkungen machen.

Dass es den Sicherheitsbehörden nicht
gelungen ist, der Mörderbande, die sich den
Titel „Nationalsozialistischer Untergrund“ zu-
gelegt hat, frühzeitig auf die Spur zu kommen

und deren Verbrechen zu verhindern, ist ein höchst schockierender und äußerst bedrückender Sachverhalt, für den ich als Bundesminister des Innern ebenso wie die Länderinnenminister die politische Verantwortung trage. Sie können mir abnehmen, dass mich das sehr belastet.

Den Angehörigen der Opfer der Mordtaten gebühren unsere Anteilnahme und unsere Unterstützung, wie das dankenswerterweise in vielfacher Form, allen voran durch Bundespräsident Gauck, zum Ausdruck gebracht worden ist.

Der absolute Misserfolg unserer Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen berührt mich in besonderer Weise in mehrfacher Hinsicht. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus, insbesondere des gewaltbereiten und gewalttätigen Rechtsextremismus, war eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben im rot-grünen Regierungsprogramm und auch - das darf ich sagen - mein vorrangiges persönliches Anliegen. Es gibt dafür auch eine Reihe von Beispielen, in denen das zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich erinnere daran, dass wir das Bündnis für Demokratie und gegen Gewalt und Extremismus gegründet haben, dass wir eine Aussteigerinitiative beim Bundeskriminalamt ins Werk gesetzt haben und vieles andere.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren Abgeordneten, Herr Vorsitzender, ist es besonders deprimierend und bitter, dass den Ermittlungsbehörden die Urhebererschaft der rechtsextremistischen NSU-Gruppe an zahlreichen Kapitalverbrechen über einen sehr langen Zeitraum verborgen geblieben ist und die Mordtaten nicht verhindert werden konnten.

Ein ebenso wichtiger Programmpunkt der rot-grünen Bundesregierung und zugleich mein vorrangiges Anliegen war die Verbesserung der Situation der Bürgerinnen und Bürger, die als Zuwanderer zu uns nach Deutschland gekommen sind. Der Misserfolg bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen ist leider geeignet, das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in die Zuverlässigkeit und Effizienz unserer Sicherheitsstrukturen erheblich zu beeinträchtigen.

Objektiv gesehen haben unsere Sicherheitsstrukturen ungeachtet der hohen fachlichen Kompetenz und des großen Engagements der in den Sicherheitsbehörden tätigen Staatsanwälte und Polizeibeamten und

Verfassungsschutzbeamten bei der Frühaufklärung der mörderischen Aktionen des NSU offensichtlich versagt.

Ob dazu individuelle Versäumnisse, Fehler und Irrtümer im Einzelfall beigetragen haben, kann ich ohne Kenntnis der Details der einzelnen Ermittlungsverfahren nicht beurteilen. Ich vermute aber aufgrund dessen, was ich inzwischen in der Presse gelesen habe, dass es erhebliche strukturell bedingte Kommunikationsdefizite besonders im Bereich des Verfassungsschutzes gegeben haben könnten, die sich sehr nachteilig ausgewirkt haben.

Das bestärkt mich in meiner Meinung, dass wir besser die einzelnen Landesämter für Verfassungsschutz in das Bundesamt für Verfassungsschutz eingliedern sollten und dass die Möglichkeiten des Bundeskriminalamts bei der Kriminalprävention und der Verbrechensaufklärung stärker genutzt werden sollten als bisher.

Die von Bundesminister Friedrich getroffenen Maßnahmen - Schaffung eines gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sowie die Einrichtung der Rechtsextremisdatei für Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder - sind aus meiner Sicht sehr positiv zu bewerten.

Meine Damen und Herren, während meiner Amtszeit wurde mir kontinuierlich berichtet - wie auch in den jeweiligen Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nachzulesen ist -, dass es in Deutschland in der rechtsextremistischen Szene keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und kein Konzept für einen zielgerichteten bewaffneten Kampf gebe. Das ist etwa die Formulierung aus dem Bundesverfassungsschutzbericht von 2001. Das hat sich in den nachfolgenden Verfassungsschutzberichten in ähnlichen Formulierungen immer wiederholt. Allerdings hat der Generalbundesanwalt im Jahr 2003 erstmals Anklage gegen mehrere Angehörige einer rechtsextremistischen Gruppierung wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung erhoben. Es handelte sich um die sogenannte „Kameradschaft Süd“ um Martin Wiese, die einen Anschlag im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung für die neue Münchner Synagoge am 09.11.2003 geplant hatte.

In dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2003 wurde dieser Fall erwähnt, aber mit dem Zusatz versehen - ich zitiere -:

Anhaltspunkte für terroristische Aktivitäten anderer Rechtsextremisten lagen im Jahr 2003 nicht vor.

Ende des Zitats.

Der Sachstand in dem Ermittlungsverfahren gegen Martin Wiese und andere ist mir in einer Vorlage des Referats P II 5 vom 14.09.2003 ausführlich dargelegt worden. Diese Vorlage ist mir vom Bundesministerium des Innern freundlicherweise in dieser Woche, also vor wenigen Tagen, zur Vorbereitung auf meine Aussage zur Verfügung gestellt worden.

Die Vorlage ist allerdings VS-NfD eingestuft. Deshalb kann ich entsprechend den Beschränkungen der mir erteilten Aussagegenehmigung darüber nur in nichtöffentlicher Sitzung sprechen, es sei denn, der Vertreter der Bundesregierung kann sich dazu verstehen, die Einstufung aufzuheben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schily, die Praxis ist hier, dass wir mit Billigung der Bundesregierung aus VS-NfD zitieren können.

Zeuge Otto Schily: Innerhalb der öffentlichen Sitzung?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Innerhalb der öffentlichen Sitzung. - Die Regierungsvertreter nicken auch ausdrücklich.

Zeuge Otto Schily: Gut, dann können wir vielleicht nachher auf diese Vorlage noch mal eingehen. - Generell bestanden jedoch nach der übereinstimmenden Lagebeurteilung der Sicherheitsbehörden während meiner gesamten Amtszeit, abgesehen von dem Fall „Kameradschaft Süd“, keine rechtsterroristischen Strukturen oder Gruppen. Allerdings wurde zugleich stets die Gefahr hervorgehoben, dass Einzelpersonen oder Kleinstgruppen auch schwere Anschläge mit der Absicht begehen, eine politische Fanalwirkung zu erzielen. Das ist etwa eine Formulierung aus dem Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2002.

Mir ist mit einer Ausnahme nicht erinnerlich, ob mir über Ermittlungsverfahren hinsichtlich Verbrechenstatbeständen, die heute nachweislich der Gruppe NSU zuzuordnen sind, berichtet worden ist. Die Ausnahme betrifft den Kölner Nagelbombenanschlag aus dem Jahre 2004.

Am Tag nach dem Anschlag, einem Donnerstag, hatte ich ein Zusammentreffen mit meinem französischen Amtskollegen Dominique de Villepin im deutsch-französischen Polizeizentrum in Kehl. Im Rahmen dieses Treffens hat am Mittag eine Pressekonferenz stattgefunden. Ich vermute, ohne dass ich daran eine konkrete Erinnerung habe, dass ich während dieser Pressekonferenz auf den Kölner Anschlag angesprochen wurde.

Über diesen Anschlag muss ich zuvor einen Bericht erhalten haben, entweder über das Lagezentrum oder über meinen Pressesprecher oder auf andere Weise. In dem Bericht hieß es, soweit ich das aus der Presseberichterstattung heute rekonstruieren kann - ich habe dazu leider keine Unterlagen -, dass es ersten Ermittlungen zufolge für die Tat keinen terroristischen Hintergrund gebe, und zwar ist das damals offenbar allgemein formuliert worden, jeweils welcher terroristische Hintergrund dabei in Betracht kam, islamistisch oder rechtsextremistisch.

Bei der Beantwortung der entsprechenden Fragen in der Pressekonferenz habe ich diese vorläufige Bewertung der Sicherheitsbehörden mitgeteilt, aber vorsichtshalber hinzugefügt, dass es für eine abschließende Beurteilung sicherlich noch zu früh sei. Das ergibt sich aus einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Juni 2004.

Ich muss dazu betonen, dass ich keine eigene Bewertung des Anschlags vorgenommen, sondern lediglich die vorläufige Bewertung der Sicherheitsbehörden wiedergegeben habe. Ich habe nach meiner Erinnerung auch keinen terroristischen oder fremdenfeindlichen Zusammenhang ausgeschlossen, wie es später in Presseberichten behauptet wurde. Heute wissen wir, dass die anfängliche Einschätzung der Sicherheitsbehörden, es gebe für die Tat keinen terroristischen Hintergrund, ein schwerwiegender Irrtum war.

Meine Damen und Herren, der vollständige Misserfolg der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen ist eine schwere Niederlage des Rechtsstaates, dessen vornehmste Aufgabe es ist, die Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen zu schützen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit unserer Sicherheitsinstitutionen sowie durch Straffung und Reorganisation unserer Sicherheitsstrukturen der Gefahr rechtsextremistischer Gewaltverbrecher besser und wir-

kungsvoller begegnen können. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schily, wir kommen dann zur Befragung. Ich habe die Möglichkeit, bevor wir die Fragen durch die Fraktionen erfolgen lassen, einige einleitende Fragen an Sie zu stellen.

Sie haben Verantwortung getragen für die innere Sicherheit, damit natürlich auch für die Extremismusbekämpfung, in einem Zeitraum von rund sieben Jahren, 1998 bis 2005. In diesen Zeitraum fällt - 2000 war das - der erste Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren, der ja auch von der Bundesregierung nach vorne gebracht worden ist. Sie haben 2005 ein Verbot der Neonaziorganisation „Blood & Honour“ und der zugehörigen Jugendorganisation - „White Youth“, „Weiße Jugend“, hieß die - verfügt.

Bevor wir zu einzelnen Aspekten kommen, würde ich von Ihnen als jemandem, der über diese lange Zeit an federführender Stelle in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung getragen hat, gerne wissen: Was hätte man, im Nachhinein betrachtet, besser machen können? Hatten wir zu wenig Analysekraft im Bereich der Sicherheitsbehörden, zum Beispiel im Bereich des Verfassungsschutzes, um doch besser informiert zu sein, dass Neonazis zum Beispiel Waffenlager anlegen, dass Diskussionen über die Anwendung von Gewalt, auch der systematischen Anwendung von Gewalt, sehr wohl geführt werden? Hätte man nach Ihrer Expertise etwas anders machen können, um erfolgreicher zu sein?

Zeuge Otto Schily: Es ist eine Erfahrung, Herr Vorsitzender, aus dem Bereich der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, dass die Sicherheitsarbeit umso erfolgreicher ist, je besser die Informationen zusammengeführt werden. Deshalb haben wir ja seinerzeit, auch zunächst mal gegen Widerstand, wie Sie sich vielleicht auch noch erinnern können - inzwischen findet das aber allgemeinen Beifall - das Terrorismusabwehrzentrum in Berlin geschaffen, in dem Erkenntnisse aus verschiedenen Sicherheitsbereichen zusammengeführt werden und analysiert werden. Ich glaube, dass das für die Frühaufklärung von terroristischen Verbrechen außerordentlich bedeutsam ist.

Es ist vielleicht in der Rückschau zu beklagen, dass wir in ähnlicher Richtung nicht auch beim Rechtsextremismus diese

Zusammenführung vorgenommen haben. Also, das, was jetzt Bundesminister Friedrich geschaffen hat mit der Zusammenführung von Informationen, glaube ich, hätte auch früher stattfinden können und wäre vernünftiger gewesen.

Aber es geht ja wie ein roter Faden durch die Berichterstattung, auch durch die Diskussionen seinerzeit mit den Sicherheitsbehörden, dass man eine rechtsterroristische Gefahr unterschätzt hat. Es kommt wiederkehrend, setzt sich übrigens in der Zeit, wie ich noch mal nachgelesen habe, nach meiner Amtszeit fort, dass dann immer steht: Rechtsterroristische Strukturen sind nicht erkennbar.

Es mag auch dazu beigetragen haben - - Es sind mir ja freundlicherweise ein paar Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Wir haben auch über die Frage geredet: Müssen wir nicht aufpassen, ob es Überschneidungen gibt zwischen der sogenannten - das ist ja eigentlich eine merkwürdige Ausdrucksweise, aber ich nehme sie jetzt mal auf - normalen Kriminalität und einer politisch motivierten Kriminalität? Auch da - da gibt es einen interessanten Vermerk in den Akten - hat es offenbar zum Teil nicht die Möglichkeiten gegeben, die Informationen so auszutauschen, dass sie zusammengeführt werden, um da ein klareres Lagebild zu schaffen. Ich habe seinerzeit auch - das ergibt sich aus diesem Vermerk - gebeten, dass man, wenn es da Hemmnisse im Informationsaustausch gibt, sich mal darum kümmert.

Um auf Ihre Frage pauschal zu antworten: Ich glaube, dass diese Gefahr unterschätzt worden ist, und, um das noch mal aufzunehmen, ich glaube, dass die Organisation, was gerade die Voraufklärung angeht, bei uns, wenn es überregional ist, zu zersplittert ist. Das ist sicherlich ein sehr weit gehender Vorschlag, mit dem ich mir keine Freunde gemacht habe.

Ich gelte ja immer als Zentralist und irgendwie dem Föderalismus nicht zugetan. Das stimmt nicht. Ich bin durchaus für den Föderalismus. Aber was bestimmte Bereiche angeht, bin ich für Zentralisierung von Frühaufklärung und auch von Ermittlungsarbeit. Dazu gehört ja auch, dass es immer einen gewissen Widerstand gegeben hat, vorsichtig ausgedrückt, eine Zurückhaltung auf der Länderebene, Zuständigkeiten an die Bundesebene abzugeben. Auch darin sehe ich eine gewisse Schwäche unserer Sicherheitsstrukturen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Thema Informationsaustausch und Kooperation, was die Sicherheitsbehörden betrifft, wird uns auch noch beschäftigen, wenn wir zu dem Thema Anschlag 2004 in der Keupstraße - -

Zeuge Otto Schily: Herr Vorsitzender, Sie merken, dass ich etwas die Grippe im Leibe habe. Wenn Sie etwas lauter sprechen würden! Ich höre heute nicht so besonders gut. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gerne. - Das Thema Informationsaustausch und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wird uns sicherlich noch beschäftigen, wenn wir über das Anschlagsgeschehen in der Keupstraße 9. Juni 2004 sprechen.

Ich würde aber gerne noch vorab auf Folgendes zu sprechen kommen: Sie haben gesagt: Man muss die Strukturen verändern. - Ich stelle mir gelegentlich die Frage, ob die Unterschätzung der Gefährlichkeit einer rechtsextremistischen Szene, von der man ja seit 20 Jahren weiß - sie hat sich sehr stark verjüngt; sie ist gewaltgeneigter geworden -, nicht auch etwas zu tun haben könnte mit einem Wahrnehmungsdefizit.

Ich frage das deshalb: Sie hatten bereits im Jahr 2000 ein Verbot von „Blood & Honour“ veranlasst. Wir wissen heute, es gab Bezüge des Trios zu Aktivisten aus diesem rechtsextremistischen Netzwerk. Einige der Unterstützer hatten dort zum Teil führende Funktionen. Sie haben also dieses Verbot verfügt. In den Folgejahren hat Ihr Haus, hat das Bundesinnenministerium festgestellt, es gibt, und zwar nicht nur lokal begrenzt, sondern überregional in verschiedenen Bundesländern, Bestrebungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene, dieses Netzwerk wiederaufleben zu lassen.

Nun hat sich zweimal, einmal 2005, einmal 2006, das Bundesinnenministerium an die Generalbundesanwaltschaft gewandt und hat darum ersucht, dass die laufenden Ermittlungsverfahren zentralisiert werden und dass die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernimmt. Das ist abschlägig beschieden worden. Haben Sie an diesen Vorgang eigene Erinnerungen?

Zeuge Otto Schily: Also, 2006 war ich nicht mehr im Amt. Dass das in 2005 geschehen ist, kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es war also jedenfalls noch zu der Zeit - -

Zeuge Otto Schily: Aber Sie können immer davon ausgehen, dass ich immer eher für Zentralisierung von Ermittlungen und Aufklärungsarbeit eingetreten bin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich den Punkt ansprechen, der im engeren Sinne natürlich auch das Thema unseres Untersuchungsausschusses berührt, nämlich die Straftaten, die nach heutigem Wissen dem NSU zugeordnet werden. Es ist manchmal schwierig. Man muss darauf achten, dass man nicht mit dem Wissen, das man derzeit hat, den Maßstab definiert für die Bewertung von früherem Handeln, aber ausgehend von den damaligen Erkenntnissen.

2000 begann eine Mordserie, der bis zum Jahre 2006 neun Menschen, jeweils umgebracht mit ein und derselben Waffe, einer Pistole der Marke Ceska, zum Opfer gefallen sind. Sieben von diesen Morden - die Opfer hatten, wie Sie und wir alle wissen, ein vergleichbares Profil: Kleinunternehmer, Geschäftsbetreiber mit einem überwiegend türkischen, in einem Fall mit einem griechischen Familienhintergrund -, sieben dieser neun Morde sind gefallen, haben sich ereignet in der Zeit, in der Sie Innenminister der Bundesrepublik Deutschland sind. Haben Sie Erinnerung daran, ob und in welcher Form Sie jemals persönlich dienstlich Kenntnis erlangt haben von dieser Mordserie?

Zeuge Otto Schily: Also, ich habe das versucht, natürlich, in Vorbereitung auf die heutige Vernehmung mir in die Erinnerung zurückzurufen. Wir haben - - Ich kann mich an einen konkreten Vorgang nicht erinnern, dass es eine Vorlage gegeben hat. In den Unterlagen, die mir zur Verfügung gestellt worden sind, finde ich eine Vorlage dieser Art nicht.

Ich weiß auch nicht, ob wir - - Sie wissen ja: Ich hatte eine ständige Sicherheitsrunde. Ich habe immer die Chefs der einzelnen Sicherheitsbehörden zu einer Lage zusammengerufen. Das waren der Chef des Bundeskriminalamtes, der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der Chef des Bundesnachrichtendienstes. Ob diese Morde dort einmal Gegenstand gewesen sind, kann ich aus der Erinnerung nicht mehr sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie haben keinen - -

Zeuge Otto Schily: Aber ich weiß natürlich auch - - Da muss ich das jetzt ähnlich sagen wie Sie: Man muss aufpassen, dass man nicht die Dinge, was man heute gelesen hat und was man jetzt noch an konkreter Erinnerung hat, durcheinanderbringt. Aber ich weiß natürlich auch aus der Lektüre dessen, was in den Zeitungen steht, dass seinerzeit diese sogenannten „Ceska-Morde“ - sie hatten ja einen sehr unglücklichen Ausdruck vorher - in erster Linie von der bayerischen Landespolizei ermittelt wurden und man da einen kriminellen Hintergrund angenommen hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hatten vor einigen Monaten - vielleicht haben Sie es gelesen - Ihren Nachfolger im Amt des Bundesinnenministers hier zu Gast, Herrn Dr. Schäuble, der als Zeuge gekommen war. In seiner Amtszeit ist ja auch an ihn die Frage herangetragen worden, jedenfalls mindestens bis auf die Staatssekretärs-ebene, ob das BKA sich stärker engagieren sollte oder könnte. 2004, das heißt in Ihrer Amtszeit, Herr Schily, hat das auch eine Rolle gespielt. Aber ich kann den Unterlagen selber jedenfalls nicht entnehmen, dass das Ihnen jemals vorgelegt worden ist oder ob das rein auf der Fachebene erörtert worden ist. Deswegen noch mal die Frage: Sie können sich jedenfalls nicht selber daran erinnern, dienstlich mit dem Thema „Morde an Migranten, begangen mit ein und derselben Waffe“ jemals kontaktiert worden zu sein oder befasst worden zu sein?

Zeuge Otto Schily: Nein. Nein. Aber ich kann Ihnen sagen: Wenn ein ähnliches Ersuchen an mich herangetragen worden wäre, dass das BKA in einer solchen Situation hinzugezogen worden wäre, hätte ich mich für das BKA ausgesprochen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist natürlich jetzt eine hypothetische -

Zeuge Otto Schily: Hypothetisch, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - Variante. Aber wo Sie es schon mal ansprechen: Hätten Sie das auch gegen den Willen der beteiligten Bundesländer getan?

Zeuge Otto Schily: Ja, das ist eine schwierige Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das habe ich mir gedacht.

(Heiterkeit)

Das scheint nämlich 2006 das Problem gewesen zu sein.

Zeuge Otto Schily: Ich hatte eine gewisse Durchsetzungskraft, wie Sie wissen; aber das hatte auch seine Grenzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bleiben wir mal bei der hypothetischen Konstruktion. Also, wenn sozusagen an Sie herangetragen worden wäre: „Da haben wir jetzt sieben Morde in verschiedenen Bundesländern; es sind verschiedene Staatsanwaltschaften, es sind verschiedene Polizeibehörden tätig im Bereich der Ermittlungen“, und Sie wären gefragt worden: „Sollte nicht das BKA da die Dinge an sich ziehen? Das wäre ja rechtlich möglich, das anzuordnen, zu verfügen“, hätten Sie das beispielsweise gegen den Willen des bayerischen Innenministers Beckstein gemacht?

Zeuge Otto Schily: Ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu meinem Freund Günther Beckstein, wie Sie wissen. Ich hätte das sicher nicht gefährden wollen. Aber wenn sich gute Argumente dafür ergeben hätten - - Es ist schwer, das jetzt im Nachhinein zu sagen. Ich will mich da auch nicht auf ein Podest stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage nur: Es ist ja ein Punkt, der uns auch - -

Zeuge Otto Schily: Wir haben ja sehr darauf Wert gelegt, dass wir im Kreise der Bundesinnenministerkonferenz im Innenverhältnis zwischen Bund und Ländern immer zu einer Einigung gekommen sind. Wir haben ja nie - - Wir haben ja keine Kampfabstimmungen dort gehabt. Wir haben immer einvernehmlich - - Das ist übrigens ein guter Grundsatz in der deutschen Innenpolitik, und insofern bin ich etwas im Zweifel, ob ich das streitig entschieden hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist in der Tat die Frage. Wir werden ja, Herr Zeuge, am Ende unserer Ausschusstätigkeit - -

auch einen Bericht haben, wo wir mögliche Vorschläge unterbreiten wollen, was Konsequenzen aus möglicherweise erkannten Defiziten oder ganz sicher erkannten Defiziten betrifft. Das ist natürlich auch eine Frage der Organisation der Zusammenarbeit, wo ich - da spreche ich jetzt nur für mich alleine - manchmal den Eindruck habe, dass manche Entscheidung weniger der Sache gedient hat als dem inneren Frieden in der Innenministerkonferenz. Aber das mag auch eine Fehl Wahrnehmung sein.

Zeuge Otto Schily: Das, Herr Vorsitzender, finde ich eine Feststellung, die ich mir nicht zu eigen machen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Das müssen Sie ja auch nicht. Deswegen habe ich es auch einleitend so formuliert. - Wenn selbst Sie sagen als, wie Sie vorhin ausgeführt haben, jemand, der eher zum Zentralismus neige, auch wenn das übertrieben gewesen sein sollte, wenn selbst Sie sagen, man habe sich immer um ein Einvernehmen bemüht, dann ist für mich durchaus auch nachvollziehbar, was Herr Dr. Schäuble hier ausgeführt hat, dass er es sozusagen am Ende nicht zu einem so hohen Streitpunkt machen wollte.

Dann stellt sich natürlich schon die Frage: Warum haben wir eigentlich im Gesetz die Möglichkeit einer Verfügung durch den Bundesinnenminister, dass das BKA bei länderübergreifenden Sachverhalten Ermittlungskompetenz bekommen kann, wenn in der politischen Realität davon in der Regel nicht Gebrauch gemacht wird, weil oftmals - wir erleben das auch bei den Ermittlungen, auch bei den staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Mordserie - dann doch auch sozusagen eigener Ehrgeiz bei den Bundesländern liegt, da zu Ermittlungserfolgen zu kommen? Das ist gewiss eine Schwierigkeit. Das war jetzt gar keine Frage, Herr Schily.

Ich möchte aber eine Frage doch noch stellen. - Ach so, vielleicht noch ergänzend: Dienstlich sind Sie nach Ihrer Erinnerung nicht befasst worden. Können Sie sich erinnern, ob Sie damals, also vor der Enttarnung dieses Trios, vor ihrem Auffliegen im November 2011, jemals aus der Zeitung oder aus der Radio- oder Fernsehberichterstattung etwas von den sogenannten - ein schlimmer Begriff; darin sind wir uns sicherlich einig - „Döner-Morden“ gehört haben?

Zeuge Otto Schily: Ja, sicher. Das war ja in den Zeitungsberichten. Das habe ich sicher wahrgenommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, ob Sie das zum Anlass genommen haben, in Ihrem Haus mal zu fragen, ob es irgendwelche Hinweise geben könnte auf einen politischen Hintergrund?

Zeuge Otto Schily: Ich sage Ihnen, Herr Vorsitzender: Ich habe keine konkrete Erinnerung daran. Ich könnte mir vorstellen, dass das im Kreise dieser, wie gesagt, Sicherheitsrunde ein Thema gewesen ist. Aber ich will da jetzt auch nicht etwas hineinspekulieren, wo mir jeder Anhaltspunkt fehlt, und ich habe auch keinerlei Unterlagen mehr darüber.

Aber wenn ich jetzt beispielsweise die - - Ich weiß gar nicht mehr, ob es so was noch gibt. Wir hatten eigentlich am Anfang eine Tagesordnung für diese Runde. Das muss sich später - - Nachdem diese Tagesordnung auch mal durchgesteckt worden ist an die Presse, habe ich das dann einstellen lassen. Da haben wir also nur spontan die Tagesordnung festgelegt.

Also, ich weiß wirklich nicht mehr, ob das irgendwann mal ein Thema gewesen ist; kann sein, kann nicht sein. Es ist ja nicht so, dass wir - - Also, sehen Sie: Diese sogenannten „Ceska-Morde“ wurden damals unter dem Stichwort „organisierte Kriminalität“ - - Auch das ist ein Thema für den Bundesinnenminister gewesen: organisierte Kriminalität. Also, insofern ist relativ wahrscheinlich, dass das auch irgendwann mal Thema der Berichterstattung war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann ich natürlich jetzt schwierig in der Hinsicht weiter nachfragen, wenn Sie ausführen, dass Sie daran keine konkrete Erinnerung haben.

Zeuge Otto Schily: Es tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Insofern ist das aus meiner Sicht an der Stelle abgeschlossen.

Dann will ich übergehen zum Ende der Fragen, die ich an Sie richten möchte zu dem Thema Anschlag in der Keupstraße, 9. Juni 2004. Wenn Sie da bitte noch mal rekapitulieren wollen: Sie haben ausgeführt, am Tag darauf, am 10. Juni 2004, hätten Sie

sich dazu öffentlich geäußert. Können Sie sich erinnern, zu welchem Zeitpunkt Sie erstmals erfahren haben, dass es in der Keupstraße am 09.06.2004 eine Explosion gegeben hat?

Zeuge Otto Schily: Nein, Herr Vorsitzender, ich kann mich daran nicht erinnern. Ich muss auch sagen: Das, was ich Ihnen hier vorgetragen habe, habe ich sozusagen rekonstruiert aus dem, was ich mir an Unterlagen beschafft habe über die Presseberichterstattung.

Ich kann mich erinnern, dass es dieses Zusammentreffen in Kehl gegeben hat. Es gibt dazu auch eine sehr ausführliche Presseerklärung seinerzeit, die, wenn ich das so sagen darf, aus meinem Hause herausgegeben worden ist, in der sehr ausführlich dargestellt worden ist, was wir damals mit Herrn de Villepin vereinbart haben. Diese Presseerklärung ist nachmittags so gegen 17 Uhr herausgegeben worden - aber soweit ich das nachvollziehen kann, war die Pressekonferenz wohl mittags -, und in dieser Pressemitteilung ist die Überschrift: „Schily und de Villepin: Deutschland und Frankreich vertiefen Zusammenarbeit bei Terrorismusbekämpfung“. Insofern lag es wahrscheinlich auch nahe, dass dann in der Pressekonferenz ich danach gefragt worden bin, ob das nun also hier ein Anschlag sei. Da habe ich nach bestem Wissen und Gewissen das mitgeteilt, was mir dazu berichtet worden ist.

Ich kann aber nicht mehr sagen, auf welche Weise ich überhaupt informiert worden bin. Ich halte es für relativ wahrscheinlich, dass das Lagezentrum mir dazu was mitgeteilt hat; es ist eigentlich die Aufgabe des Lagezentrums gewesen, mir in solchen Fällen auch eine Mitteilung zu machen. Ob das dann direkt an mich gegangen ist oder über meine Pressesprecher? Ich weiß noch nicht mal mehr, wer damals da bei mir war, ob das Frau von Stumm war oder Herr Lingenthal. Ich nehme fast an, es war Herr Lingenthal; wenn das Treffen auf dieser hochrangigen Ebene stattgefunden hat, wird es Herr Lingenthal gewesen sein. Ob Herr Lingenthal eine bessere Erinnerung an den Fall hat, kann ich nicht sagen. Es liegt natürlich auch schon eine Weile zurück.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben dazu auch in einem Filmausschnitt, den, glaube ich, die Union Ihnen nachher

noch mal vorhalten möchte, eine Äußerung von Ihnen gefunden; das ist damals immerhin in der Hauptsendung der *Tagesschau* am 10. Juni 2004 ausgestrahlt worden. Das komplette Zitat - ich will es Ihnen kurz vorhalten - lautet wie folgt:

Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu hin. Aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, sodass ich eine abschließende Beurteilung dieses Ereignisses nicht vornehmen kann.

Zeuge Otto Schily: Ja; das entspricht so auch dem, was ich aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* herausgelesen habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist im Nachhinein vielfach so interpretiert worden, dass Sie das Signal ausgesendet hätten, es könne weitgehend ausgeschlossen werden, dass es einen politischen, einen terroristischen Hintergrund gebe.

Zeuge Otto Schily: Das ist eine - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage mal: Die reine Formulierung, Herr Schily, gibt das nicht her. - Die Frage, die ich mir allerdings gestellt habe und die ich Ihnen heute stellen möchte, ist: Was hat Sie damals, zu einem Zeitpunkt, wo die Ermittlungen noch völlig ergebnisoffen gelaufen sind, wo überhaupt nicht klar ist: Was kommt am Ende dabei raus? - wenn überhaupt was dabei rauskommt -, veranlasst, sich da als Bundesinnenminister anders zu äußern als nur mit dem zweiten Satz? Also, hätten Sie gesagt: „Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen; eine abschließende Beurteilung kann ich noch nicht vornehmen“, wäre das sachlich angemessener gewesen? Das frage ich Sie mal.

Zeuge Otto Schily: Im Nachhinein haben Sie da sicherlich recht. Aber seinerzeit war das der Sachstand, der mir mitgeteilt wurde. Wenn Sie in einer Pressekonferenz gefragt werden - - Ich vermute, dieser Ausschnitt kommt auch aus dieser Pressekonferenz in Kehl. Ich kann es nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist so.

Zeuge Otto Schily: Ich glaube nicht, dass ich da sozusagen von mir aus aktiv geworden bin - dann gebe ich das wieder, was mir von den Ermittlungsbehörden mitgeteilt wird. Ich muss mich doch darauf verlassen können, dass - - Ich muss dann auch davon ausgehen, dass, wenn so eine Aussage getroffen wird von den Ermittlungsbehörden, das nicht ohne Grundlage mir so mitgeteilt wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben vorhin formuliert, das haben Sie sicherlich nicht ohne Grundlage getan.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich denn daran erinnern, in welcher Form Sie sich vor der öffentlichen Einlassung konkret informiert gehabt haben?

Zeuge Otto Schily: Ich sage Ihnen ja: Das weiß ich nicht mehr. Ich muss irgendeine Information bekommen haben, auf die ich mich ja gestützt habe, entweder - sehr wahrscheinlich, nehme ich an - aus dem Lagezentrum - - Ob das dann unmittelbar an mich gegangen ist oder ob ich das über den Pressesprecher bekommen habe, das weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ob das mündlich oder schriftlich war, ist Ihnen nicht erinnerlich?

Zeuge Otto Schily: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und wer die Quelle war, Bundeskriminalamt oder NRW, auch nicht?

Zeuge Otto Schily: Wie gesagt, sehr wahrscheinlich aus meinem eigenen - - also BMI-Lagezentrum wird es gewesen sein, vermute ich mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das war 10.06. Der Anschlag war ja, -

Zeuge Otto Schily: Einen Tag vorher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - wie wir alle wissen, am Tag vorher. Wir hatten Herrn Behrens, den damaligen Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, bereits vor

einigen Monaten hier als Zeuge. Er hat uns hier nahegelegt, dass er mit Ihnen telefoniert gehabt habe. Ich darf Ihnen einen Vorhalt machen aus dem Protokoll der Vernehmung von Herrn Behrens - das ist das Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 22. November 2012, Seite 16 -:

Aber mit Otto Schily, der damals das Bundesinnenministerium geleitet hat, habe ich in solchen Situationen immer Kontakt gehabt. Das liegt ja auch auf der Hand, wenn so etwas geschieht. Und wir werden sicher telefoniert haben. Und wer den ehemaligen Kollegen Otto Schily kennt, der weiß ja auch, wie wissbegierig und neugierig er ist in solchen Situationen ...

Zeuge Otto Schily: Kann sein, dass ich mit Herrn Kollegen Behrens telefoniert habe. Ich habe daran keine Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie können sich nicht entsinnen, dass da ein Anruf kam am 09.06., -

Zeuge Otto Schily: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - wo Sie darüber in Kenntnis gesetzt worden sind?

Zeuge Otto Schily: Aber es kann durchaus sein, dass ich sogar von mir aus angerufen habe noch mal, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Aber Sie wissen einfach nicht mehr, ob es einen Anruf gegeben hat -

Zeuge Otto Schily: - mich vergewissert habe; auch das ist möglich. Aber ich habe, wie gesagt, keine Erinnerung; es tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und, wenn es einen gegeben haben könnte, wer ihn initiiert hat?

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ihnen ist also die ganze Sache nicht in Erinnerung, dass Sie am 09.06.2004 bereits darüber Kenntnis hatten, dass es in der Keupstraße zu einer schweren Straftat gekommen ist?

Zeuge Otto Schily: Auch das kann ich Ihnen nicht sagen: ob ich schon am 09. eine Information bekommen habe oder erst am 10.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann macht es wenig Sinn - -

Zeuge Otto Schily: Also, irgendeine Information muss ich ja gehabt haben, Herr Vorsitzender; sonst hätte ich ja das auch da so nicht erklären können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich nämlich jetzt selber darauf verzichten, Ihnen da Vorhalte aus den Vorgängen zu machen, was die Landesebene und auch das BKA betrifft bzw. das BMI, weil ich davon ausgehen muss, dass Ihnen die jeweiligen Unterlagen gar nicht bekannt geworden sind. Ich habe hier - -

Zeuge Otto Schily: Nein, das - - Nein. Herr Vorsitzender, wenn ich Sie unterbrechen darf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Otto Schily: Ich habe natürlich keinen Zugang mehr. Ich nehme an, dass das Lagezentrum Aufzeichnungen hat von dem 09.06., also mein BMI-Lagezentrum.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben die Unterlagen alle; die füllen hier zwei Aktenordner, Herr Schily. Ich habe nur gerade gesagt: Es macht jetzt ja wenig Sinn, wenn ich Ihnen aus diesen Unterlagen vortrage.

Zeuge Otto Schily: Wenn ich die Bitte äußern darf: Vielleicht können Sie mir mal den Bericht des Lagezentrums zugänglich machen. Wahrscheinlich gibt es ja auch schon einen Bericht im Lagezentrum BMI vom 09.06. - weiß ich nicht -; dann würde ich da gerne mal draufgucken. Vielleicht kommt dann in meine Erinnerung zurück, ob ich das damals so wahrgenommen habe, und vielleicht geht aus dem Bericht des Lagezentrums sogar hervor, ob es dem Minister zugeleitet worden ist. Meist wird das im Lagezentrum vermerkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir können Ihnen - - Das ist die Lageübersicht

BMI vom 10. Juni 2004 für den Berichtszeitraum 09.06., morgens, bis 10.06., morgens. Da wird auf das Ereignis in Köln Bezug genommen.

Zeuge Otto Schily: Am 10. erst?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Am 10., ja. Vorher, am 09., haben wir sehr umfangreich die Berichte des Lagezentrums NRW selber.

Zeuge Otto Schily: Aber im BMI nichts?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vom BMI nicht. Dann gibt es anschließend Vermerke aus dem Bereich des Bundeskriminalamtes. Das BMI ist im Wesentlichen über E-Mails unterrichtet worden und ist dann daraufhin auch tätig geworden in unterschiedlicher Form.

Zeuge Otto Schily: Darf ich mal draufschauen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann man das mal bitte dem Zeugen aushändigen? Zunächst den Lagebericht vom 10.06., weil da etwas sehr auffällig ist.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Otto Schily: Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich darf vielleicht für die, denen es jetzt nicht wie den Abgeordneten und dem Zeugen vorliegt, kurz sagen, worum es geht: Das ist ein Papier des Bundesinnenministeriums, Lageübersicht, Berichtszeitraum 24 Stunden: 09.06., 6 Uhr morgens, bis 10.06., 6 Uhr morgens, also einen Tag nach dem Ereignis aus Köln in der Keupstraße. Da gibt es verschiedene Rubriken. Die erste Rubrik ist „Politisch motivierte Straftaten“, die zweite ist „Organisierte und allgemeine Kriminalität“, das Dritte ist „Ausländeraktivitäten“, das Vierte ist „International bedeutsame Ereignisse“ usw. Da stellt man fest, dass unter der Betreffzeile „Anschlag auf Wohn- und Geschäftshaus“ - gemeint ist Köln, Keupstraße - der Bericht über das, was in Köln am 09.06. passiert ist, schon gleich von vornherein - einen Tag später - eingeordnet worden ist in die Rubrik „Organisierte und allgemeine Kriminalität“. Das heißt, die erste Rubrik - „Politisch motivierte Strafta-

ten“ - ist leer, das aus Köln kommt auch nicht unter „Sonstige bedeutsame Vorgänge“ vor, sondern wird gleich eingeordnet im Bereich „Organisierte und allgemeine Kriminalität“ mit dem Schlusssatz: „Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen“, der sich inhaltlich nicht deckt mit der damaligen Einschätzungslage vor Ort nach den Unterlagen aus dem Land Nordrhein-Westfalen.

Herr Schily, vielleicht ganz kurz: Können Sie sich erinnern, diese Lageübersicht mal gesehen zu haben?

Zeuge Otto Schily: Also, ich habe heute keine konkrete Erinnerung; aber ich habe solche Lageübersichten natürlich häufig bekommen, und es kann gut sein, dass sozusagen auch dieser Lagebericht mir damals vorgelegt worden ist in dieser Form.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Ihnen so ein Text vorgelegt worden wäre aus Ihrem Haus, möglicherweise in dem konkreten Fall unter Zuarbeit des BKA - davon ist ja sicherlich auszugehen: dass die zugesteuert haben; das entnehmen wir jedenfalls auch weiteren Unterlagen -, und da wird eine bestimmte Straftat subsumiert in einer bestimmten Kategorie, nämlich in der Kategorie „Organisierte und allgemeine Kriminalität“, hätten Sie Anlass gehabt, zu bezweifeln, ob die Zuordnung richtig sein könnte?

Zeuge Otto Schily: Ja, wenn ich keinen Anhaltspunkt dafür - - Es ist ja hier IM NRW, BKA; das sind die Quellen, die hier genannt werden in der Übersicht. Wie Sie richtig zitiert haben, steht hier:

Erste Ermittlungen haben ergeben ...

- also, was da passiert ist -

Über Täter oder Tathintergrund liegen bisher keine Erkenntnisse vor. Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.

„... derzeit ausgeschlossen“: Da muss ich davon ausgehen, dass die beteiligten Ermittlungsbehörden einen Grund dafür gehabt haben, das da reinzuschreiben. Ich kann nicht selber Ermittlungen führen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Wir haben - das können Sie nicht wissen, wenn Sie die Unterlagen nicht kennen - den

Sachverhalt, dass in einer ersten Schnellmeldung des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, die unter anderem auch das Bundesinnenministerium erreicht hat, in der Betreffzeile noch die Rede war von einem terroristischen Gewaltakt. Diese Bezeichnung, die versandt worden ist gegen 17 Uhr, kurz nach dem Anschlag, ist revidiert worden vom LKA Nordrhein-Westfalen auf Anweisung des Lagezentrums: nicht des Bundesinnenministers oder -ministeriums, sondern des Landesinnenministeriums. Das ergibt sich eindeutig aus den Unterlagen.

Die Frage ist natürlich: Hätte man im Bereich des Bundesinnenministeriums nachfragen müssen? Es ist zum Beispiel auffällig und für mich auch nicht ganz plausibel nachzuvollziehen - - Deswegen würde ich Sie bitten, ob Sie etwas dazu sagen können, ob Sie damit jemals befasst worden sind.

Wir wissen aus den Unterlagen, dass das Landeskriminalamt - wir hatten Herrn Falk hier als Zeugen - gesagt hat, Sie hätten eigentlich bei der ersten Meldung aus Köln vermutet, es könnte einen rechtsextremistischen Hintergrund geben. Herr Falk hat wörtlich gesagt - - Haben wir das mal kurz? Das ist aus dem Protokoll der Vernehmung von Herrn - - Nein, es war Herr Maurer, Entschuldigung. Herr Maurer vom BKA ist hier vernommen worden; das ist Protokoll Nr. 41, Seiten 38 und 39. Herr Maurer hat uns hier im Ausschuss gesagt:

Von 2002 bis 2005 war ich Leiter der Abteilung Polizeilicher Staatsschutz. In diese Zeit fiel der Bombenanschlag in der Keupstraße in Köln. Ich kann mich persönlich noch sehr gut erinnern an den Tag und an meine Kenntnisnahme ... und an meine Empfindungen. Selbstverständlich habe ich sofort als ersten, fast schon vorurteilsbeladenen Reflex gedacht: Das ist ein fremdenfeindlicher Akt - was denn sonst? - ...*

Dann war Folgendes: Dann hat das BKA dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Polizeipräsidium Köln angeboten, dass Staatsschutzexperten aus dem Bereich des Landeskriminalamtes die Ermittler vor Ort unterstützen könnten. Das ist abgelehnt

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Stenografisches Protokoll Nr. 36, Seite 3.

worden. - Haben Sie davon Kenntnis erhalten?

Zeuge Otto Schily: Nicht, dass ich wüsste. Herrn Maurer kenne ich als einen hervorragenden BKA-Beamten; das will ich mal vorweg sagen. Wenn er da jetzt Zweifel hatte in der Richtung und der Meinung war, die Ermittlungen laufen in die andere Richtung, dann hätte ich allerdings auch erwartet, dass er das der Leitung des Hauses so mitteilt und dass wir dann von uns aus vielleicht etwas veranlassen. Ich wüsste nicht, dass das in dieser Richtung geschehen ist, aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich an andere Vorgänge aus Ihrer Amtszeit erinnern, in denen bei schweren Straftaten - das war ja ein Anschlag mit 22 Verletzten: einer lebensgefährlich, drei weitere schwer; eigentlich ein Wunder, dass niemand ums Leben gekommen ist - - Können Sie sich erinnern an eine ähnlich schwere Straftat, bei der ein Hilfsangebot des Bundeskriminalamtes durch ein Bundesland abgelehnt worden ist?

Zeuge Otto Schily: Jetzt spontan kann ich mich daran nicht erinnern. Aber wenn ich das - - Aber da muss ich jetzt aufpassen, ob ich das jetzt nicht auch als Ergebnis der Presselektüre sehe - - dass das Bundeskriminalamt - ich glaube, das hatten Sie mir auch schon vorgehalten - auch bei den „Ceska-Morden“ eigentlich gesagt hat, wir sollten da stärker - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das war aber nach Ihrer Amtszeit, das war 2006. 2004 hat man da noch einen anderen Kurs verfolgt.

Zeuge Otto Schily: Ach so, na gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Erstaunliche ist nur: Dann war wenige Tage später, 16.06. - - gibt es einen Vermerk des Bundeskriminalamtes - das ist, fürs Protokoll, MAT A BMI-4/57 e -, ein Schreiben des BKA an das Referat Terrorismusbekämpfung im Bundesinnenministerium, wo mitgeteilt wird, dass inzwischen die Abteilung „Organisierte und allgemeine Kriminalität“ des Bundeskriminalamtes tätig geworden sei und dort im Schwerpunkt der Ansatz „türkische organisierte Kriminalität“ verfolgt wird, was mich

insofern fachlich wundert - wenn man sich die Aktenlage anschaut -, weil bei diesem Anschlag 1 000 Zimmermannsnägel, jeweils 10 Zentimeter lang, in einem Metallkasten zur Detonation gebracht werden, massive Streuwirkung, 30 Fensterscheiben gehen zu Bruch, die 22 geschädigten Personen ganz unterschiedlicher Hintergrund, also Türken und Kurden im Wesentlichen, wo man davon ausgehen konnte: „Der Täter konnte gar nicht wissen, welche Gruppe der Bevölkerung er eigentlich genauer trifft“, also weshalb auch andere Ermittler gesagt haben: „Es spricht viel für Fremdenfeindlichkeit“, ja auch Maurer diese These vertreten hat - - dass dann gleichwohl das BKA wenige Tage später sagt: Wir ermitteln mit dem Schwerpunkt „türkische organisierte Kriminalität“.

Zeuge Otto Schily: Ich nehme nur an, Herr Vorsitzender: Wenn Herr Maurer diese klare Auffassung vertreten hat, dann wäre es ja zunächst mal auch Sache gewesen, das an die Leitung des BKA heranzutragen und dann da eine Abstimmung vorzunehmen. Wieso das dann, wie Sie jetzt mir vorhalten, an die Abteilung „Organisierte Kriminalität“ im BKA gegangen ist, das kann ich nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe nur den Eindruck - damit will ich dann auch schließen -, dass wir wie auch bei der Mordserie mit Blick auf das, was sich am 09.06.2004 in Köln ereignet hat, eine Verkettung haben von voreiligen Einschätzungen, die nach meinem Dafürhalten etwas damit zu tun haben, dass man nicht ergebnisoffen an die Ermittlungen herangetreten ist.

Ich will Ihnen folgenden Vorhalt machen und fragen, wie Sie das bewerten: Es gibt einen weiteren Vermerk - der Monat Juni 2004 ist weiter fortgeschritten -: Am 28.06.2004 schreibt ein Referatsleiter des Bundeskriminalamtes einen Sprechzettel für den BKA-Präsidenten für die nachrichtendienstliche Lage am 29.06. im Bundeskanzleramt. Vorbereitung also am 28.06. für die nachrichtendienstliche Lage am Folgetag. In diesem Vermerk - das ist MAT A BMI-4/47 e, Blatt 154¹; das war jetzt fürs Protokoll die Fundstelle - bezieht sich der BKA-Beamte auf ein Gespräch mit den Ermittlern vor Ort.

¹ Anmerkung des Sekretariats: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 154.

Zeuge Otto Schily: Und er berichtet wohin?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Er berichtet für den BKA-Präsidenten für die ND-Lage im Kanzleramt.

Zeuge Otto Schily: Ah, bei Herrn Steinmeier.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bei Herrn Steinmeier damals, genau. - Das BKA schreibt:

Das **Hinweisaufkommen aus der Bevölkerung ist gering** (ca. 70 Hinweise). Dies ist aus verschiedenen Gründen ... für das PP Köln nicht nachvollziehbar.

Dann schreibt der BKA-Beamte, warum das für das Polizeipräsidium Köln nicht nachvollziehbar sei:

Mögliche Gründe für das geringe Hinweisaufkommen könnten in einem ethnisch-kulturellen Hintergrund liegen: ...

Dann heißt es im Folgenden unter anderem:

- Regelverstöße werden innerhalb der Gemeinschaft (Familie, Stadt, Stadtteil) verfolgt und geahndet.

Wie bewerten Sie das?

Zeuge Otto Schily: Also, ich bin jetzt hier nicht als, Entschuldigung, sachverständiger Zeuge, ob dieser Polizeibeamte da eine falsche Einstellung hat. Vielleicht hat er das ein bisschen interpretiert; aber das ist eine Interpretation, die ich mir natürlich nicht zu eigen mache. Es gibt in der Tat Strukturen innerhalb auch des türkischen Bereichs - darüber hat ja auch mal eine Veröffentlichung stattgefunden -, dass man bestimmte Dinge quasi in einer Art Nebenstruktur regelt. Ich weiß nicht, ob Sie das Buch von Joachim Wagner kennen. Es mag sein, dass da diese Einschätzung mit - - Ich mache mir das natürlich nicht zu eigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber, Herr Schily, sind wir nicht gemeinsam der

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 155 f.

Meinung, dass es zu den unabdingbaren Gewährleistungen, die der Rechtsstaat erbringen muss, gehört, dass jede Straftat ergebnisoffen, unvoreingenommen, -

Zeuge Otto Schily: Bin ich mit Ihnen völlig - - Nur, wenn ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - professionell und objektiv aufgeklärt werden muss?

Zeuge Otto Schily: Herr Vorsitzender, wenn Sie schon darauf hinweisen: Ich habe mir auch ein bisschen die Mühe gemacht, über das, was da stattgefunden hat - - Dann sehe ich hier zum Beispiel einen Bericht, der damals in *Spiegel Online* veröffentlicht worden ist, 22. Juni 2004. Da steht dann Folgendes:

Völlig offen ist weiterhin auch das Motiv der Tat. Oberstaatsanwalt Rainer Wolf schließt neben einem rassistischen oder extremistischen Hintergrund auch eine Auseinandersetzung im kriminellen Milieu nicht aus.

Daraus kann ich nur die Folgerung ziehen, dass Herr Wolf, der damals die Ermittlungen geleitet hat, in alle Richtungen ermittelt hat - was seine Aufgabe war und was sicherlich auch richtig war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie das schon so ansprechen - weil das auch eine Aussage ist, die häufig zu hören oder zu lesen ist -: Glauben Sie, dass Ihre öffentliche Kommentierung der laufenden Ermittlungen vom 10.06.2004 irgendwelchen Einfluss auf die Ermittlungsarbeit gehabt haben könnte?

Zeuge Otto Schily: Nein. Ich habe ja nur einen Stand der Ermittlungen wiedergegeben; ich habe ja nicht eine eigene Interpretation vorgenommen. Ich habe ja nicht etwa gesagt: „Nach meiner Beurteilung ist das so“, sondern ich habe gesagt: „Nach dem, was die Ermittlungsbehörden mir berichtet haben, ist die Lage so und so“. Gerade aus dem Zitat, was ich gerade hier erwähnt habe, ergibt sich, dass die Leitung der Ermittlungsbehörde in alle Richtungen ermittelt hat - wie es auch richtig war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich vielleicht einen letzten Vorhalt ma-

chen, weil ich den auch sehr bemerkenswert fand. Das ist der Bericht des Lagezentrums der Polizei Nordrhein-Westfalen. Das ist die Quelle MAT A NW-6 L, Seite 5. Da schreibt also dann das Lagezentrum Folgendes:

18.56 Uhr Eingang der Patientenliste - zwei deutsche Namen; die restlichen Namen klingen türkisch

Ich frage mich, warum man das so formuliert: „zwei deutsche Namen; die restlichen Namen klingen türkisch“. Mein Eindruck ist - ich weiß nicht, ob Ihnen das ähnlich geht -: Wir haben festgestellt bei den Mordermittlungen - es gab ja diesen schlimmen Begriff „Döner-Morde“, der da auch viel zu lesen war -, dass man sich sehr darauf konzentriert hat - schon von Beginn der Ermittlungen an -, die Täter im Umfeld der Opfer zu finden, dass man gesagt hat - auch mit der Begrifflichkeit -: Da ist etwas an Straftaten geschehen, das hat mit der eigenen, mit der deutschen Gesellschaft wahrscheinlich eher wenig zu tun. Wenn ich das hier lese - „zwei deutsche Namen; die restlichen Namen klingen türkisch“, und dann: „ethnisch-kultureller Hintergrund“, „sehr wahrscheinlich ein interner Konflikt“, BKA: „Schwerpunkt türkische organisierte Kriminalität“ -: Glauben Sie wirklich - auch im Nachhinein betrachtet -, dass man völlig neutral an die Ermittlungstätigkeit herangegangen ist?

Zeuge Otto Schily: Herr Vorsitzender, es wird Ihre Aufgabe sein, das im Untersuchungsausschuss in allen Richtungen zu klären, und ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie diese Aufgabe übernommen haben.

Ich kann mich nur auf das stützen, was ich hier in den Unterlagen gefunden habe, und daraus entnehme ich, dass jedenfalls die Leitung der Ermittlungsbehörde - der Herr Oberstaatsanwalt ist ja sehr entscheidend - gesagt hat - und ich muss doch auch unterstellen, dass er das ernsthaft so formuliert hat -, dass er im Zweifel in alle Richtungen ermittelt. Ich wiederhole: „rassistischen oder extremistischen Hintergrund“ oder „Auseinandersetzung im kriminellen Milieu“. In alle Richtungen hat er ermittelt; das muss er.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hatten den Staatsanwalt ja auch hier; da gab es auch durchaus Einschätzungsunterschiede zwischen Teilen derjenigen, die im polizeilichen Bereich für die Ermittlungen zu-

ständig waren, und der Staatsanwaltschaft. Das war zum Teil divergent; das ist schon richtig. Aber gleichwohl ist es schon erstaunlich, dass man sehr früh sozusagen einen terroristischen Hintergrund ausgeschlossen hat - und das sozusagen eine Stunde nachdem man gerade mit einer entsprechenden Betreffzeile seitens des Lagezentrums darauf hingewiesen hat, die Möglichkeit bestünde.

Zeuge Otto Schily: Wissen Sie, Herr Vorsitzender, ich glaube, einen Punkt sollte man vielleicht an der Stelle erwähnen - weil mir das auch aufgefallen ist -: Offenbar hat bei der Bewertung das Fehlen eines Bekennerschreibens eine Rolle gespielt. Wie gesagt, nur aus Kenntnis dessen, was ich in der Presse danach gelesen habe: Das Fehlen eines Bekennerschreibens ist natürlich ein Indiz - aber kein sehr schwerwiegendes Indiz -, ob es nun ein terroristischer Hintergrund ist oder nicht. Zunächst mal war terroristischer Hintergrund ja: islamistisch - es konnte ja auch in der Richtung irgendwas passieren - oder eben rechtsextremistisch. Beides musste man ja in Betracht ziehen.

Ich weiß auch nicht - - Ich müsste eigentlich unterstellen, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz in dem Zusammenhang befragt worden ist. Ich weiß nicht, was das Bundesamt für Verfassungsschutz an dieser Stelle - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die sind selber auch noch tätig geworden. Also, wir hatten da sehr, sehr viele Akteure. Am Ende hat sich aber eine bestimmte Sichtweise offenkundig durchgesetzt, die nicht unbedingt faktengestützt war, um das mal so zu formulieren. Als man dann in die Richtung Rechtsextremismus gesucht hat bei einem derart schweren Anschlag, hat man maximal bis Leverkusen geschaut. Auch das ist ein Befund dieser Ausschussarbeit.

Zeuge Otto Schily: Maximal?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bis Leverkusen geschaut. Also man konnte sich gar nicht vorstellen, dass sozusagen der rechtsextremistische mögliche Täter gar nicht aus Nordrhein-Westfalen kommen könnte.

Zeuge Otto Schily: Ach so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auch bei der Mordserie, also in Thüringen, hat niemand mal nachgefragt, ob man irgendwie einschlägig bekannte Rechtsextremisten mit Sprengstoffefahrung dort kannte oder kennt.

Ich hätte jetzt an der Stelle keine weiteren Fragen an Sie, Herr Schily.

Wir haben folgenden Sachverhalt: Es findet jetzt gleich eine namentliche Abstimmung statt. Deswegen hat der Kollege von der Union, Herr Binninger, der jetzt das Fragerecht hätte, gebeten, jetzt kurz zu unterbrechen bis zum Ende der Abstimmung. Wir treffen uns hier dann umgehend wieder. Sie haben in der Zwischenzeit die Möglichkeit, sich zu erfrischen oder den Ihnen zur Verfügung gestellten Raum zu nutzen. Sie können auch gerne hierbleiben - wie Sie möchten.

Zeuge Otto Schily: Ich bleibe hier.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sehen uns gleich wieder.

Zeuge Otto Schily: Okay.

(Unterbrechung von 12.13 bis
12.44 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit dem Klingeln war unausgesprochen die Erwartung verbunden, dass die Damen und Herren doch bitte Platz nehmen wollen - das gilt auch für die Vertreter der Bundesregierung, Herr Reinfeld - oder den Saal verlassen; das können Sie sich dann aussuchen.

Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt. Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen im Ausschuss. Das Fragerecht hat zunächst für 23 Minuten die CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schily, vor Beginn meiner Vernehmung möchte ich Ihnen ausdrücklich meinen Respekt dafür zollen, dass Sie sehr selbstkritisch auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt haben, dass es eben - jetzt sinngemäß mit meinen Worten - eine Niederlage war und es ja auch Versäumnisse gab. Das ist nicht selbstverständlich. Wir hatten jetzt auch in den letzten 12 bis 14 Monaten Zeugen hier; die waren zum Teil sogar gegenteiliger Auffassung. Also, insofern ist es, glaube ich, ein gutes Zeichen, das Sie hier gesandt ha-

ben. Wir wiederum haben ja die Rolle, alle Fragen zu stellen, auch wenn wir vielleicht nicht auf jede Frage eine Antwort finden. Aber unsere Aufgabe ist es, jede Frage zu stellen und den Dingen so gut als möglich nachzugehen.

Ich möchte mit meiner Befragung drei Punkte anreißen - ich weiß nicht, ob wir alle jetzt in den ersten 23 Minuten gleich schaffen oder eine zweite Runde brauchen -: zum einen den Punkt noch einmal, den der Vorgesetzte - - der Vorsitzende, nicht der Vorgesetzte.

(Heiterkeit)

- Das hätte er vielleicht gerne, aber - -

Zeuge Otto Schily: So weit ist es noch nicht.

(Heiterkeit)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es geht um den Punkt, den der Vorsitzende schon angesprochen hat. Vor allen Dingen würde ich Ihnen gern noch mal Gelegenheit geben, dass wir hier alle den gleichen Stand haben, diesen O-Ton, den Sie damals in der *Tageschau* in Kehl gesagt haben, mal einzuspielen - dann haben ihn alle gehört - und dann über diesen Tag mit Ihnen zu sprechen, dann aber auch über die anderen Schwerpunkte in Ihrer Amtszeit, wo es um Rechtsextremismus ging - Sie hatten ja dann einige größere Vorhaben in dieser Zeit: Verbot von Blood & Honour, NPD-Verbot, Wiese, um nur ein paar zu nennen -, mit Ihnen zu sprechen.

Der letzte Punkt: Da sind Sie dann nicht richtig Zeuge; das räume ich ein. Ich will aber ähnlich wie bei Ihren Vorgängern, die hier waren - Wolfgang Schäuble, Günther Beckstein -, einfach nicht die Gelegenheit versäumen, dass wir Personen, die in Verantwortung waren im innenpolitischen Bereich, eben schon auch ein bisschen als sachverständige Zeugen fragen müssen: Was ist zu ändern? Stichwort dafür ist diese BKA-Kompetenz auch gegen den Willen, solche Dinge.

Das sind die drei Blöcke. Beginnen möchte ich mit der Frage: Köln war ein sehr herausgehobenes Ereignis, ein schrecklicher Anschlag. Aber es gab ein paar Jahre davor auch schon einen Anschlag in Köln, der heute auch dieser Gruppe zugerechnet wird, der von den Folgen her nicht ganz so schlimm war, aber doch eine Schwerverletzte

in einem Lebensmittelgeschäft. Ist Ihnen dieser Fall überhaupt jemals in Erinnerung gebracht worden von Ihren Behörden oder jetzt auch im - -

Zeuge Otto Schily: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Davor wiederum, ein knappes Jahr davor, gab es in Düsseldorf-Wehrhahn einen Anschlag, einen Sprengstoffanschlag an einer Bushaltestelle, wo auch Kinder Opfer waren. Können Sie sich an den noch erinnern?

Zeuge Otto Schily: Daran kann ich mich erinnern, ja, und zwar bin ich - - Ich glaube, das war auch in der Diskussion, woher der kommt. Ich weiß, dass es diesen Anschlag gegeben hat und dass das auch Debatte war. Aber ich weiß, ehrlich gesagt, nicht mehr, wie die Diskussion war, um welchen Hintergrund es sich da handelte. Vielleicht können Sie - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Anschlag hat dort insofern - -

Zeuge Otto Schily: Vielleicht können Sie mir einen Vorhalt machen; dann werde ich vielleicht die Erinnerung zurückholen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Ich habe es auch in dem Moment nur aus der Presse. Ich halte zwar auch lieber aus Akten vor, aber in dem Fall noch einmal eine Berichterstattung aus der *Zeit* im November 2000, wo dieser Anschlag nur ein bisschen rekapituliert wird, weil sich dann keine Spuren mehr verdichten ließen. Man war am Ende, wusste nicht: Wer könnten die Täter sein? - Er gilt bis heute als ungeklärt. Aber damals, so im ersten Eindruck, werden Sie hier zitiert - jetzt zitiere ich -:

Otto Schily kannte noch nicht alle diese Details am Tag nach der Explosion.

Aber der Bundesinnenminister sagte: „Es besteht der Verdacht eines fremdenfeindlichen Hintergrunds“, da „alle oder die Mehrheit der Opfer Ausländer“ seien.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Nach Schily wurde Joschka Fischer noch deutlicher.

Das ist jetzt hier nicht weiter relevant.

Was ich von Ihnen einfach wissen möchte: Hat für Sie der Umstand, was ja nahelegt, wenn unter den Opfern fast nur ausländische Mitbürger sind, eben eine Rolle gespielt bei der Bewertung?

Zeuge Otto Schily: Ja, offenkundig. Das kann ich jetzt nur so der Formulierung, die Sie mir vorhalten, entnehmen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wäre das in Köln, wenn es Ihnen jemand gesagt hätte in der Deutlichkeit am 10. Juni, auch naheliegend gewesen?

Zeuge Otto Schily: Dann hätte man eine ähnliche Einschätzung vornehmen können, ja, durchaus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt bin ich weit davon entfernt, zu glauben, dass der Innenminister dieses Landes der oberste Polizeisachbearbeiter ist, geschweige denn, dass er über Details besser Bescheid weiß als die ermittelnden Beamten vor Ort. Sie kriegen Informationen aus zweiter Hand, zwar sehr exklusiv, aber müssen damit eben arbeiten und sind darauf auch angewiesen. Damit wir das jetzt einfach auch mal sehen können, auch für die Öffentlichkeit, würde ich das Sekretariat bitten, dass man uns mal diesen Ausschnitt vorspielt, der - ich erläutere es ein bisschen - - Das ist doch der aus der *Tagesschau*, ja?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es gibt einen in *Report*, der ist etwas gekürzt. Ich will aber die vollständige Fassung zeigen, weil es dann auch objektiver wird. Der ist so, wie Sie es beschrieben haben, aufgenommen worden, als Sie in Kehl waren, beim deutsch-französischen Zentrum. Man sieht auch: Neben deutschen Polizisten steht auch ein französischer Gendarm hinter Ihnen. Da äußern Sie sich, und das würde ich jetzt gern vorspielen - dann haben wir es alle einmal gehört -, und dann würde ich mit Ihnen darüber gern noch mal reden.

Zeuge Otto Schily: Gern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur kurz fragen, Herr Binnerer: Das ist ein Ausschnitt aus einem Beitrag der *Tageschau*, 20-Uhr-Sendung, 10.06.2004. Wollen Sie, dass wir den gesamten Beitrag zeigen oder nur den Ausschnitt mit den Äußerungen des damaligen Innenministers?

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Wie lang ist denn der Beitrag? Das weiß ich jetzt nicht auswendig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zwei Minuten, glaube ich.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Dann zeigen wir den ganzen Beitrag. Es geht ja auch darum, den Fall noch mal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann einen Augenblick mal.

Zeuge Otto Schily: Ich sehe das jetzt da oben, ja.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Sollen wir es dunkler machen? Sehen Sie es?

(Dr. Eva Högl (SPD): Etwas tiefer, bitte!)

- Noch ein bisschen runter und ziemlich laut.

(Es wird ein Ausschnitt aus einer Fernsehsendung gezeigt)

Ich würde Sie noch mal bitten, vielleicht in der Erinnerung: Sie hatten vorhin ja in Ihrem Statement schon gesagt, dass Sie möglicherweise informiert wurden vom Lagezentrum Ihres Hauses, dem Pressesprecher - Herrn Lingenthal damals, glaube ich - oder von jemand anders; so habe ich es mir mitnotiert.

Sie machen ja am Schluss des Statements einen sehr richtigen Satz: Für eine abschließende Bewertung ist es noch zu früh. - Das ist völlig in Ordnung. Aber ich will Sie noch mal fragen: Gab es irgendetwas an dieser Information, die Sie bekommen haben, die halt auf diese Formulierung hindeutet, die Ermittlungsbehörden - - Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu? - Irgendjemand muss Ihnen da ja was - möglicherweise sehr kurzfristig am Telefon oder wo auch immer - zugerufen haben, sonst hätten Sie, glaube

ich, alleine mit Ihrer Erfahrung, sich nicht auf diesen Satz eingelassen. Können Sie noch mal versuchen, sich daran zu erinnern?

Zeuge Otto Schily: Herr Binnerer, ich kann mich da nur wiederholen, was ich heute Vormittag gesagt habe: Das ist eine Formulierung, die sich an das gehalten hat, was mir mitgeteilt worden ist. Aus dem Bild kann ich jetzt erkennen - - Ich meine, das kommt jetzt auch mit - - Ich glaube, wir haben da nebeneinander gestanden, und der Ausschnitt ist natürlich nur auf mich gerichtet, und deshalb ist das wohl auch keine Erklärung gewesen, die ich von mir aus gegeben habe, -

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Nachfrage.

Zeuge Otto Schily: - sondern die auf eine Frage zustande gekommen ist.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Aber Sie wissen jetzt auch nicht mehr, ob Sie noch mal nachgefragt haben, ob es vielleicht im Gespräch mit Herrn Behrens war, der hier ja in seiner Vernehmung gesagt hat - er wurde ja vorher zitiert -, er hätte da in solchen Fällen immer auch Kontakt gehalten mit Ihnen. Ich meine, die Hauptinformationslage war beim LKA und Lagezentrum in Nordrhein-Westfalen. Die waren mit den meisten Mann vor Ort, die wussten es zuerst, und letztendlich haben das BKA partizipiert, Ihr Lagezentrum und dann letztendlich Sie. Sie können sich nicht daran erinnern, ob vielleicht auch im Gespräch mit Behrens mal die Einschätzung von Ihnen oder die Frage an Ihren Amtskollegen fiel - ich meine, Sie waren per du -: „Wie schätzt du es ein?“?

Zeuge Otto Schily: Ich weiß gar nicht mehr, ob ich überhaupt mit ihm gesprochen habe. Es kann sein, wie gesagt. Es spricht sogar einiges dafür, dass ich ihn angerufen habe oder er mich angerufen hat; -

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Er Sie.

Zeuge Otto Schily: - das weiß ich nicht. Sie müssen sich das nur, lieber Herr Binnerer, so vorstellen: Ich war ja nun mit Herrn de Villepin - - Der ganze Tag war sozusagen mit Herrn de Villepin, und insofern glaube ich nicht, dass ich da jetzt noch große Nachfragen gehalten habe, sondern einfach

diese Erklärung so wiedergegeben habe, weil ich natürlich auch gegenüber der Presse dann auf die Frage eine Antwort geben musste.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, ich meine, der Tag, der Termin in Kehl, der hat ja einen anderen Anlass, einen anderen Schwerpunkt.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darüber haben Sie eine Pressekonferenz gemacht, und dann kommt eben in der Pressekonferenz - -

Zeuge Otto Schily: Das ist eine sehr ausführliche Presseerklärung, wenn Sie die nachlesen, sehr ausführlich. Es ist also sehr ausführlich auch mit meinem Freund Dominique de Villepin beraten worden seinerzeit, weil es ein wichtiges Treffen war. Die Zusammenarbeit war für mich immer ein sehr wichtiges Anliegen, die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung oder Kriminalitätsbekämpfung, und das Kehler Zentrum, glaube ich, das wir ja zusammen zustande gebracht haben, damals noch mit Herrn Sarkozy, hat sich sehr bewährt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn wir halt das Protokoll des Lagezentrums Nordrhein-Westfalen, das ich Ihnen gern mal aushändige, damit Sie es einfach auch mal selber sehen - - die Erkenntnisse, die dort beschrieben sind, diese Korrektur des Begriffes „terroristische Gewaltkriminalität“ schon in der zweiten Mail auf Anweisung des Innenministeriums, die Information an Sie, durch wen auch immer, und dann eben Ihre Einschätzung, basierend auf dieser Information, dann fügen sich hier halt relativ schnell am 9. und am 10. Juni so ein paar Mosaiksteine zusammen, wo man den Eindruck hat: Hier wird - ich will da niemand Absicht unterstellen - aber doch unterschwellig eine Ermittlungsrichtung zementiert oder zumindest ein eindeutiger Schwerpunkt gemacht.

Ich will einen Punkt kurz vorhalten und Ihnen das dann auch zeigen und Sie dann auch fragen, ob Sie da von Ihrem Behördenleiter - das wäre in diesem Fall der Herr Fromm - - ob er da mal berichtet hat - - Ich

zitiere es kurz, und dann lasse ich es Ihnen vorbringen.

Es ist die Lagedokumentation aus dem Lagezentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen - also auf die konnten Sie keinen Zugriff haben - vom 9. Juni, wo so fortlaufend eben dokumentiert wird: Wer ist verständigt? Wen haben wir angerufen? - Das wird ja sicher in Ihrem Lagezentrum ähnlich gemacht worden sein.

Da ist ungewöhnlich, weil man das so ganz selten erlebt, dass um 19.53 Uhr, also wenige Stunden nach der Tat, das Bundesamt für Verfassungsschutz in diesem Lagezentrum anruft und dringend mit der Bitte um Kontaktherstellung von - das ist hier geschwärzt, aber wir wissen mittlerweile, wer das war - - eines anderen Referatsleiters vom Landesamt für Verfassungsschutz. Also, da hat jemand von einer Behörde in Ihrem Geschäftsbereich so dringend sofort sein Pendant gebraucht, dass er also nicht bis zum anderen Tag warten konnte, sondern noch am Abend das Lagezentrum der Polizei bittet, den Kontakt herzustellen.

Das erfolgt dann auch. Wir haben mittlerweile eben ermitteln können: Wer waren die beiden Gesprächspartner? Es wären ja viele Einheiten denkbar. Es waren jeweils die Beschaffungsleiter Rechtsextremismus vom Bundesamt und vom Landesamt, die hier dringend miteinander telefonieren wollten.

Leider hat sich in den Vernehmungen nicht mehr ergeben, warum, was jetzt da so brisant war, weil die Zeugen sich nicht mehr so im Detail erinnern können. Aber ich lasse es Ihnen mal kurz vorbringen; das ist einfacher für Sie.

Zeuge Otto Schily: Den letzten Satz habe ich akustisch nicht verstanden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung?

Zeuge Otto Schily: Ihren letzten Satz habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Leider konnten wir dann - - Wir konnten einen Zeugen nur schriftlich vernehmen, -

Zeuge Otto Schily: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und den anderen hatten wir persönlich da. Da ließe sich von den Zeugen aus der Erinnerung heraus nicht mehr sagen: „Wir hatten spontan einen Verdacht“, was ja naheliegt. Also, wenn das Bundesamt - das ist außergewöhnlich -, ein Referatsleiter, abends noch sofort aufgrund eigener Erkenntnisse sagt: Jetzt brauche ich dringend meinen Kollegen vom Landesamt.

Etwas seltsam ist dann: Das erfährt dann Ihr Amtskollege, Herr Behrens, auf irgendeinem Wege und ruft dann selber um 21.03 Uhr im Lagezentrum an mit der - so klingt es zumindest hier - etwas ungehaltenen Frage: Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet, Bitte um Vermittlung eines Gesprächspartners?

Ich lasse es Ihnen einmal vorbringen, dass Sie es auch mal sehen können. Aber meine Frage wäre: Hat Sie darüber, dass es hier einen Kontakt gab, so früh, auch mal Präsident Fromm in den Besprechungen, die Sie ja regelmäßig gemacht haben, informiert,

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

weil für uns - das hatten wir ja vorher im kurzen Zwiegespräch - ein bisschen augenfällig wird, dass das BfV über eine sehr viel bessere Erkenntnislage verfügt hat eigentlich in diesen Monaten, als wir vielleicht gedacht haben?

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Die Zeit ist aufgeschlagen, oben, 19.53 Uhr, und dann der andere Eintrag 21.03 Uhr. Dazu können Sie nichts wissen als Zeuge, aber was mich interessiert - -

Zeuge Otto Schily: Ich kann zu dem Vorgang natürlich nichts sagen. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat Sie der Herr Fromm mal informiert darüber, dass man - -

Zeuge Otto Schily: Ich will nur sagen, Herr Binninger, von mir aus: Dass der Verfassungsschutz hier seine Meinung dazu gibt, das halte ich für völlig selbstverständlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich auch.

Zeuge Otto Schily: Ich halte das für völlig selbstverständlich, und ich gehe davon aus, dass der Verfassungsschutz, wenn er ein solches Ereignis wahrnimmt, was ja sogar regional in seiner Nähe war, und aufgrund der Schwere des Anschlags - - Ich habe seinerzeit, wenn ich dem trauen darf, was in der *FAZ* berichtet worden ist, auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Anschlag ja hätte zu Todesopfern führen können. Er war so gefährlich, dass es zu Todesopfern hätte führen können. Dann gehe ich davon aus, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sich auch dafür interessiert.

Ich kann allerdings nicht sagen, ob mich Herr Fromm dann von seiner Seite aus dazu noch mal in einer späteren Runde darauf angesprochen hat. Es ist eigentlich wahrscheinlich, dass er das getan hat. Aber ich habe daran keine Erinnerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dass sich das Bundesamt dafür interessiert hat, halte ich auch für einen völlig normalen Vorgang.

Zeuge Otto Schily: Das halte ich für völlig selbstverständlich, für einen normalen Vorgang.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es gehört sich eigentlich sogar fast, muss man sagen.

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das gehört sich sogar.

Zeuge Otto Schily: Es wäre eher ein, sagen wir mal, Verstoß gegen seine Verpflichtungen gewesen, wenn es sich nicht dafür interessiert hätte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zwei Dinge sind allerdings ungewöhnlich -

Zeuge Otto Schily: Darf ich Ihnen das zurückgeben?

Clemens Binninger (CDU/CSU): - ja -: die Uhrzeit, dieses sehr Schnelle am Abend noch, und dass es nicht irgendjemand ist vom Bundesamt für Verfassungsschutz, sondern der zuständige Referatsleiter für die

Beschaffung Rechtsextremismus. Es rufen ja nicht alle an, Links, Islamismus etc., und verlangen ihr Pendant, sondern ausgerechnet der. Deshalb wäre jetzt meine Frage gewesen, ob man Sie da im Nachhinein - durch Fromm oder Fritsche oder wer immer das gemacht hat in der Zeit - noch mal informiert hat aus Sicht der Verfassungsschützer: „Wir können was dazu beitragen“, oder irgendetwas.

Zeuge Otto Schily: Aber die beiden Herren waren auch so selbstständig und aktiv, dass sie dann notfalls das auch an den Leiter der Ermittlungsbehörden, den Oberstaatsanwalt Wolf, herangetragen hätten. Davon gehe ich aus. Da waren sie auf die Unterstützung des Ministers nicht angewiesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie selber mal erwogen, im Nachgang dann, noch mal den Tatort zu besichtigen, gegebenenfalls gemeinsam mit Herrn Behrens oder auch alleine?

Zeuge Otto Schily: Nein, nicht dass ich wüsste.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war für uns doch etwas überraschend, dass - - Ich sage mal, der Eindruck drängt sich anhand der Aktenlage auf: Nachdem Sie sich geäußert hatten, hat sich von der eigentlich zuständigen Landesseite gar niemand geäußert, weder der Innenminister noch der Ministerpräsident, zu diesem Anschlag. Wir haben die Pressedokumentationen noch mal durchforstet. Da findet man viele Äußerungen zum Thema Ladenschluss, Berufsbeamtentum reformieren, Eröffnung eines Flughafenbahnhofs - zwei Tage nach dem Anschlag - und, und, und. War das irgendwie ein Thema? Glauben Sie, dass das in den Gesprächen zwischen Ihnen/Behrens und dann auch Behrens/Steinbrück ein Thema gewesen sein könnte: „Wie gehen wir öffentlich damit um?“, weil natürlich jeder Auftritt eine besondere Bedeutung erfährt, wenn der Minister sich dazu äußert?

Zeuge Otto Schily: Also, Herr Binninger, ich weiß nicht, ob ich vor dieser Erklärung oder nach der Erklärung mit Herrn Behrens gesprochen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es muss davor gewesen sein. Wenn er sich richtig erinnert, muss es wohl davor gewesen sein.

Zeuge Otto Schily: Es muss davor gewesen sein?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Otto Schily: Na gut. Also, am 10., oder wann?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielleicht sogar am 9., schon abends, oder im Laufe des 10.

Zeuge Otto Schily: Ja. - Gut, es kann sein. Aber was dann der Inhalt war, weiß ich auch nicht. Aber jedenfalls hat sich aus dem Gespräch offenbar nichts anderes ergeben als das, was ich dann in meiner Erklärung auch so geantwortet habe. Aber meine starke Vermutung ist, dass ich mich auf das gestützt habe, was mein eigenes Lagezentrum mir mitgeteilt hat. Das hatte mir der Herr Vorsitzende ja freundlicherweise vorgehalten, und da steht eigentlich die Formulierung in etwa so drin, wie ich sie dann auch in der Presseerklärung, in dieser öffentlichen Erklärung da abgegeben habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will einen letzten Punkt machen zu diesem Thema Köln; die anderen Themen hatte ich ja angedeutet. Das war, glaube ich, auch die Unterlage, die Sie vorher zitiert haben - VS-NfD - oder zumindest angesprochen haben. Was uns dann auch etwas ratlos zurückgelassen hat, war, dass wenige Wochen nach dem Anschlag in Köln das Bundesamt für Verfassungsschutz ein sogenanntes *BfV Spezial* herausbringt, Nr. 21, Titel: „Rechtsextremismus, Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten - Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004“. Das sah so aus.

(Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU) hält Unterlagen hoch)

Wenn Sie es möglicherweise ohne Deckblatt haben, wäre es das Gleiche.

Zeuge Otto Schily: Ich habe das hier in den Unterlagen. Das wird das sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau. - Können Sie sich daran erinnern, ob man Ihnen so ein *BfV Spezial* mal separat vorgestellt hat, dem Minister, nach dem Motto: „Bevor wir das an alle Landesämter versenden und damit ja auch eine Debatte möglicherweise anstoßen, wird der Minister darüber informiert, auch über die Inhalte, die Gefahren, die drohen können, und auch die Tätergruppierungen, die wir da für denkbar halten“?

Zeuge Otto Schily: Ich habe die Gelegenheit gehabt, mir - - Aus dem Ministerium ist mir das ja zugänglich gemacht worden. Ich weiß es ehrlicherweise nicht mehr. - Tendenziell würde ich sagen: Das habe ich damals gesehen. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich meine, mit dem Wissen, das wir heute haben, fällt einem natürlich auf, dass unter der Ziffer 2.6 die Jenaer Bombenbastler ja sogar genannt werden als mögliche Täter solcher Delikte -

Zeuge Otto Schily: Ja, ja. Das ist 2.10, nicht?

Clemens Binninger (CDU/CSU): - 2.10, ja -,

Zeuge Otto Schily: Ja, 2.10, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - so - dass man in Kombination mit dem Video, das man hatte von der Tat, und Personen, die man hier nennt, ja durchaus einen erfolgreichen Ermittlungsansatz hätte generieren können, wenn man es denn so ausgewertet hätte.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Ich will zu einem letzten Punkt, Herr Schily, einfach Sie noch fragen, weil Sie ihn auch angesprochen haben in Ihrem Statement - das haben viele Zeugen hier gesagt -: Ein Maßstab für die Beurteilung der Tathintergründe, Terrorismus ja/nein, war immer die Frage: „Gibt es ein Bekenner schreiben?“, natürlich geprägt aus den Erfahrungen des Linksterrorismus.

Zeuge Otto Schily: Und des islamistischen Terrorismus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und des islamistischen Terrorismus. - Aber hier in diesem Dossier wird auf eine Entwicklung, also eine Erkenntnislage BfV, die es eigentlich dann hätten besser wissen müssen - - Im Jahr 2004 wird auf eine Gruppierung und einen Strategieansatz der Neonazis aus England verwiesen, „Combat 18“, der eben unter anderem so Prinzipien hat wie führerloser Widerstand, Agieren in Kleinstgruppen, keine Bekennung. Insofern ist das Wesensmerkmal oder eher das Alleinstellungsmerkmal von rechtsextremistischen Anschlägen gerade keine Bekennung.

Das wurde aber vom BfV nie so offensiv und offensichtlich transportiert, dass die Polizei dieses Wissen auch hatte. Aber würden Sie mir zustimmen, dass man mit diesem Wissen einfach auch die Dinge heute anders bewerten muss oder diese Schablonenhaftigkeit, ohne Bekennung gibt es wahrscheinlich keinen Terrorismus, nicht zu halten ist, damals schon nicht zu halten war?

Zeuge Otto Schily: Die war damals sicher schon eine zu enge Betrachtungsweise; da würde ich Ihnen ohne Weiteres zustimmen. Ich kann mich jetzt täuschen, Herr Binninger; dann bitte ich um Nachsicht. Aber meine Erinnerung ist so, dass ich glaube, dass die Verfassungsschutzbehörden zu dem Schluss gekommen sind, dass ähnliche Strukturen wie dieses Combat - wie heißt das? -

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Combat 18“.

Zeuge Otto Schily: - „Combat 18“ es in Deutschland nicht gegeben hat. Aber ich weiß es nicht mehr genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist, sagen wir mal so, die Analyse insgesamt, dass man sagt: Wir haben keine Anzeichen für terroristische Strukturen; es gibt einige Gruppen, die halten wir für gefährlich. - Aber auch da schien mir: Diese Blaupause - wie sieht es auf den anderen Phänomenbereichen aus? - hat man zu sehr übertragen als Maßstab. Man hat immer den Kopf einer Bewegung gesucht und die Organisations-

struktur, die es hier offensichtlich eben nicht gibt bei den Rechten.

Zeuge Otto Schily: Ja. Wissen Sie, ich hatte ja den Vermerk schon angesprochen vom 14. September 2003. Vielleicht darf ich auf den auch noch mal zurückkommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, gerne.

Zeuge Otto Schily: Das ist mir natürlich jetzt im Nachhinein auch aufgefallen. Da finden Sie auf der Seite 10 einen ganz interessanten Vermerk; der betrifft ja eigentlich den Fall „Wiese“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Otto Schily: Da habe ich folgenden Absatz gefunden. Es gab eine Diskussion übrigens auch mit dem Kollegen Beckstein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Braune RAF.

Zeuge Otto Schily: Ist das schon braune RAF oder so was? - Dann gibt es hier einen sehr interessanten Absatz. Ich darf das mal zitieren. Ich nehme an, dass er Ihnen vorliegt, also vom 14. September; der ist auch von mir abgezeichnet und ist mir auch unmittelbar vorgelegt worden. Da steht:

In der Presse wird angeführt, dass es im Rechtsextremismus sehr wohl ein potentiell Unterstützerfeld gebe. Hierzu wird auf drei Bombenbauer aus Thüringen verwiesen, die seit mehreren Jahren „abgetaucht“ seien und dabei sicherlich die Unterstützung Dritter erhalten hätten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das waren sie ja.

Zeuge Otto Schily:

Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Personen auf der Flucht sind und - soweit erkennbar - seither keine Gewalttaten begangen haben. Deren Unterstützung ist daher nicht zu vergleichen mit der für einen

bewaffneten Kampf aus der Illegalität.

Im Nachhinein muss ich schon sagen: Wenn man den Vermerk vor Augen hat und dann, sagen wir mal, die Zeit danach - - ob man dann nicht mal gesagt haben sollte: Na ja, Moment, wir sagen zwar „soweit erkennbar keine Gewalttaten begangen haben“, aber ob man dann mal geprüft hat: „Könnten die denn als Täter infrage kommen?“, das ist die Frage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wobei ich das für einen kühnen Schluss natürlich damals gehalten habe, auf der einen Seite zu sagen: Die sind untergetaucht, die haben wir vom Radar verloren, aber wir wissen, dass sie nur begrenzt Unterstützer hatten.

Zeuge Otto Schily: Eben, dann hätte man ja - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das geht ja eigentlich gar nicht.

Zeuge Otto Schily: Dann muss man auch in die Unterstützerszene mal hineinschauen, um dann auch zu sehen: Wo sind die? - Ich glaube, dass, sagen wir mal, der Fahndungsdruck hier nicht genügend war, was diese Gruppe angeht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich bin mit meinem Zeitkontingent durch.

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich bin mit meinem Zeitkontingent in der Runde durch. Deshalb muss ich - -

Zeuge Otto Schily: Ich finde es wichtig, den Hinweis: Der Fahndungsdruck war hier erkennbar zu gering, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Otto Schily: - auf diese Gruppe bezogen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht noch fürs Protokoll zur Ergänzung: Der Vermerk, aus dem der Minister eben zitiert

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/42, Blatt 218

hat, ist verfasst worden vom damaligen Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Das ist Herr Fritsche, der derzeit beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium ist. - Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Schönen guten Tag, Herr Schily! - Ich setze fort, und ich möchte auch zunächst mal anschließen an das, was Herr Binninger zu Beginn gesagt hat, und mich auch noch einmal ganz ausdrücklich bei Ihnen bedanken dafür, dass Sie bereits im April 2012 im *Tagesspiegel* und auch heute in Ihrer einführenden Erklärung die politische Verantwortung für diese schwerwiegenden Fehler übernommen haben als damaliger Bundesinnenminister und auch eingeräumt haben, dass es schwerwiegende Fehler gegeben hat und schwerwiegende Irrtümer bei der Einschätzung, sowohl der Mordserie und der Sprengstoffanschläge als auch bei der Verfolgung des untergetauchten Trios.

Herr Binninger hat das schon erwähnt; ich möchte das aber auch noch mal voranschicken: Wir hatten hier schon viele Zeugen; aber die meisten haben sich überhaupt nicht in der Lage gesehen, einzuräumen, dass es Fehler gegeben hat, sondern gesagt, dass es selbstverständlich überhaupt keine Fehler gegeben hat. Sie waren auch der Einzige, der politische Verantwortung übernommen hat. Das haben andere Zeugen, die wir hier hatten, die auch aus der politischen Ebene waren oder sind, leider nicht vermocht. Also, insofern, dafür möchte ich mich bedanken; denn das ist für unsere Aufklärungsarbeit wichtig.

Wir haben hier die Aufgabe - das möchte ich auch vorausschicken -, an Fehlern zu arbeiten. Das hat nichts damit zu tun, dass wir selbstverständlich die Arbeit der Sicherheitsbehörden wertschätzen, und wir wissen, an wie vielen Stellen auch gute Arbeit geleistet wurde. Aber es ist, glaube ich, sonnenklar - Sie haben das ja auch zum Ausdruck gebracht -, wenn so eine Bande 14 Jahre untertaucht, zehn Menschen ermordet, Sprengstoffanschläge begeht, dass Fehler gemacht worden sein müssen; anders geht es nicht. Deswegen gibt es auch diesen Ausschuss.

Herr Schily, ich möchte auch auf drei Themen zu sprechen kommen, auch noch mal kurz Keupstraße. Dann möchte ich auch noch mal auf die Mordserie zu sprechen kommen und dann noch mal die Ein-

schätzung des Rechtsextremismus insgesamt während Ihrer Amtszeit.

Zu der Keupstraße noch mal, zu der Äußerung, die Sie gemacht haben, die wir eben gehört haben, die in der *Tagesschau* auch wiedergegeben wurde. Das ist ja auch schon jetzt - -

Sie sind dazu ja schon umfassend befragt worden, wie es dazu kam; aber ich möchte einen Punkt gerne noch mal von Ihnen wissen: Wenn Sie in so einer Situation schnell eine Äußerung machen müssen bei so einer Pressekonferenz, wo es eigentlich um was anderes geht - Sie werden gefragt, Sie bekommen dann Informationen aus dem Lagezentrum oder von Ihrem Pressesprecher -, ist es üblich, dass Sie diese Informationen dann auch eins zu eins weitergeben, oder haben Sie sich normalerweise einen eigenen Eindruck verschafft oder ein eigenes Bild gemacht, bevor Sie zu so einer Äußerung kommen?

Zeuge Otto Schily: Also, wenn das jetzt ein Vorgang gewesen wäre, auf den ich mich hätte länger vorbereiten können, hätte ich sicher vielleicht noch zusätzliche Informationen eingeholt. Aber, Frau Kollegin, versuchen Sie mal, sich in mich hineinzusetzen zu dem damaligen Zeitpunkt. Ich war vorbereitet auf diese Zusammenkunft mit Herrn de Villepin; das war ein sehr umfassendes Themenfeld, was wir da bearbeitet haben. In diese Situation spielte dann dieses Ereignis hinein, und da habe ich mich nur in der Lage gesehen, das so wiederzugeben, den Sachstand wiederzugeben, so wie er mir von den Ermittlungsbehörden mitgeteilt worden ist, und habe einen neuen hinzugefügt - das war sozusagen meine eigene Hinzufügung -: Der Zeitpunkt ist noch viel zu früh, um hier zu einer abschließenden Beurteilung zu gelangen. - Ich glaube, das kann man heute natürlich auch kritisch sehen. Das würde ich niemandem verdenken, wenn er das kritisch sieht; vielleicht sollte ich es auch kritisch sehen. Aber in der damaligen Situation schien mir das das gebotene Verhalten.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie bei der weiteren Diskussion über den Sprengstoffanschlag in der Keupstraße mal den Eindruck, dass Ihre Äußerung die Ermittlungen in eine falsche Richtung gelenkt hätte oder hätte lenken können oder - -

Zeuge Otto Schily: Diese Frage habe ich schon gegenüber Herrn Vorsitzenden Edathy beantwortet. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass das in dieser Richtung irgendeine Auswirkung hatte. Das kann man schon aus den Äußerungen von Herrn Oberstaatsanwalt Wolf herauslesen. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Ermittlungen zu lenken; ich bin als Minister nicht dazu da - das kann ich mir auch gar nicht zumuten und darf ich mir auch gar nicht zumuten -, etwa in die Ermittlungen hineinzuwirken. Das muss in voller Objektivität geschehen. Aber ich muss mich auch darauf verlassen können, wenn mir von meinem Lagezentrum, wie ich vermute, dass es der Fall gewesen wäre, ein Ermittlungsstand in dieser Form mitgeteilt wird, dass das nicht irgendwie eine falsche Darstellung ist, sondern dass ich mir das auch so zu eigen machen darf oder jedenfalls so weitergeben darf.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie ist das dann weitergegangen? Also, Sie hatten sich geäußert, -

Zeuge Otto Schily: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - und die Ermittlungen begannen, und wie Herr Oberstaatsanwalt Wolf gesagt hat, wurde ja angeblich in alle Richtungen ermittelt.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie haben Sie sich denn weiter informieren lassen? Haben Sie in Ihr Haus die Bitte gegeben, Ihnen fortlaufend zu berichten, haben Sie nachgefragt?

Zeuge Otto Schily: Ich nehme an - wie gesagt, auch das habe ich versucht gegenüber dem Herrn Vorsitzenden darzustellen -, ich vermute, dass wir in der Sicherheitsrunde darüber auch gesprochen haben. Aus den Unterlagen habe ich im Nachhinein - also den Unterlagen, die mir zur Verfügung gestellt worden sind - festgestellt, dass mir eine Unterlage nicht vorgelegt worden ist seltsamerweise; warum, weiß ich aber nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Es war eine Leitungsvorlage von dem zuständigen Referat.

Zeuge Otto Schily: Eine Leitungsvorlage, die dann auf dem Wege - -

Dr. Eva Högl (SPD): Die hat Sie nicht erreicht. Wir hatten heute Morgen Frau Hammann als Zeugin da, die Referatsleiterin. Die hat Sie nicht erreicht, weil die Vorgesetzten von Frau Hammann, also der Abteilungsleiter und die anderen Unterabteilungsleiter -

Zeuge Otto Schily: Nein, das hätte keine - -

Dr. Eva Högl (SPD): - der Meinung waren, Sie wüssten das schon und würden den Sachverhalt schon kennen. Herr Schily, wir haben in den Unterlagen nichts gefunden, dass Sie fortlaufend unterrichtet wurden. Können Sie sich noch daran erinnern, dass Sie mal nachgefragt haben oder dass Sie vielleicht - -

Zeuge Otto Schily: Also, ich gehe davon aus, dass ich nachgefragt - - Also, was ich hier sehe auf dieser Vorlage, die mir nicht vorgelegt worden ist: -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: - Die Vorlage wurde seitens UAL P1, AL P als nicht erforderlich angesehen und deshalb an P II zurückgegeben.

Aber interessant ist auch ein anderer Vermerk, der mir da auch vorgelegt worden ist, der zwar ein bisschen ruppig ist in der Formulierung, wie das manchmal wohl im Hause stattgefunden hat - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung -, vom 14. Juni. Da steht ja:

... die Vorlage hat mich bereits wieder erreicht und läuft jetzt auf Sie und Herrn Sander zur Kenntnisnahme zu. Dann nichts wie ab in die Registratur.

Na, gut.

Wir sollten den Vorgang aber weiter mitverfolgen um mögliche Anzeichen für einen doch irgendwie gearteten staatschutzrelevanten Hintergrund frühzeitig zu bemerken.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 109.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, Herr Schily, danach habe ich heute Morgen Frau Hammann gefragt; das ist die Absenderin dieser E-Mail, das ist die Referatsleiterin gewesen. Die Auskunft von Frau Hammann war, dass haargenau nichts unternommen wurde, um den Sprengstoffanschlag weiter im Hinblick auf einen staatschutzrelevanten Hintergrundzusammenhang zu untersuchen. Sie selbst hat das als „schildkrötenhaft“ bezeichnet, wie dieser Vorgang Sprengstoffanschlag im Innenministerium behandelt wurde, und hat diesen Fehler auch eingeräumt. Aber deswegen frage ich Sie ja noch mal als den politisch Verantwortlichen - Sie haben die Verantwortung ja übernommen -, ob Sie denn mal nachgefragt haben und in Ihrem Haus mal gesagt haben: Hier aber bitte umfassende und fortlaufende Information über den Sprengstoffanschlag.

Zeuge Otto Schily: Also, der Ausdruck „schildkrötenhaft“ ist mir nicht geläufig.

Dr. Eva Högl (SPD): Der war uns auch nicht geläufig bis heute Morgen.

Zeuge Otto Schily: So, ich gehe davon aus, dass wir darüber diskutiert haben in diesen Sicherheitsrunden; aber konkrete Erinnerungen habe ich daran nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist Ihnen das wieder in Erinnerung gekommen, als Sie dann im November 2011 gehört haben, dass auch dieser Sprengstoffanschlag von dem Trio, das sich NSU nannte, verübt wurde?

Zeuge Otto Schily: Nein, nein. Ich habe da keine konkrete Erinnerung; es tut mir leid.

Dr. Eva Högl (SPD): Dieser Sprengstoffanschlag war doch sicherlich, wenn Sie auf Ihre Amtszeit schauen, aber auch auf die deutsche Geschichte insgesamt, ein sehr gravierendes Ereignis in der Sicherheitspolitik.

Zeuge Otto Schily: Richtig, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie eine Erklärung dafür, dass so ein schlimmer Sprengstoffanschlag so aus dem Blick rutscht dann letztendlich? 22 zum Teil schwer verletzte Personen, 800 Zimmermannsnägel mit 10 Zentimeter Länge. Haben

Sie dafür eine Erklärung, warum das so wegrutscht aus dem Fokus?

Zeuge Otto Schily: Ja, wissen Sie, es werden hier Ermittlungen geführt. Es ist eine Erfahrungstatsache, wenn Ermittlungen irgendwo, wenn ich das mal so sagen darf, im Nirwana landen, dann nimmt natürlich die Aufmerksamkeit ab, wenn man keine klare Erklärung hat, aus welchem Hintergrund ist diese Tat begangen worden. Im Nachhinein muss man sagen: Die Ermittlungslage war ja für die Ermittlungsbehörden eigentlich erstaunlich gut, -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, absolut.

Zeuge Otto Schily: - weil es ja dieses Zufallsvideo gab. Natürlich kann man sich heute auch die Frage stellen - das geht ja zurück auf die Befragung durch Herrn Binninger -: Warum hat man nicht eigentlich mal da versucht, einfach mal querbeet zu gucken, was könnte denn da sein?

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Schily, der Versuch ist unternommen worden sogar und dann aber abgelehnt worden später von der BAO „Bosporus“. Es gab übereinstimmende Zeugenaussagen, und dann wurde gesagt: „Wir wollen doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen“, und damit ist leider ein Vergleich zwischen dem Sprengstoffanschlag in Köln und der Mordserie nicht zustande gekommen. Wir waren hier sogar der Auffassung, dass das ein Wendepunkt hätte sein können sogar nach Köln, also, wenn man das richtig eingeschätzt hätte.

Zeuge Otto Schily: Wissen Sie, es gibt eine alte kriminalistische Erkenntnis: Der Modus Operandi ist ein wichtiger Punkt. Das weiß ich heute auch nur aus der Presse, aus den nachträglichen Presseberichterstattungen, dass ein Fahrrad immer eine Rolle gespielt haben soll. Also, auch das ist dann ein Bezugspunkt. Das spricht aber alles für die These, dass eben solche Ermittlungen dann weniger wahrscheinlich in die Sackgasse laufen, wenn man eine zentrale Instanz dafür einsetzt, um solche Ermittlungen zu führen, Frau Kollegin.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Binninger hat mir signalisiert, dass er eine Zwischenfrage

stellen möchte. Da der Vorsitzende unaufmerksam ist, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein.

(Heiterkeit)

Dr. Eva Högl (SPD): - sage ich mal: Ja, bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur noch mal darauf hinweisen, dass die Aufnahme von Bildern während der laufenden Sitzung nicht zulässig ist. Das gilt auch für Frau Lau von der *Zeit*, die offenkundig während der laufenden Sitzung ein Bild vom Zeugen gemacht hat und das ins Internet gestellt hat. Das ist definitiv unzulässig. Keine Bild- und Filmaufnahmen während der laufenden Sitzung!

Das Wort für eine Zwischenfrage hat der Kollege Binninger.

Zeuge Otto Schily: Aber ich freue mich, dass Frau Lau hier im Saal ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir freuen uns alle, wenn Frau Lau da ist; aber auch für Frau Lau gelten die Regeln, die ich nicht ohne Grund zu Beginn der Sitzung hier vorgestellt habe.

Zeuge Otto Schily: Danke schön.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schily, Sie haben gerade - deshalb meine Zwischenfrage - etwas angesprochen, was Sie ja auch in Ihrem Statement gesagt haben: Es ist nicht gelungen, den Täterhinweis „zwei Radfahrer am Tatort“ bei einer Mordserie zu verknüpfen mit dem Täterhinweis „zwei Radfahrer am Tatort“ bei 14 Banküberfällen in Sachsen und in Thüringen.

Ich wollte Sie jetzt nur fragen - - Ich glaube, es war in Ihrer Amtszeit, als versucht wurde, mit den Ländern genau dafür, für diese Verknüpfungsmöglichkeiten, so eine Art Fallanalysedatei zu installieren. Die hätte 70 Millionen gekostet, 35 der Bund, 35 die Länder, und es ist wie immer gescheitert am lieben Geld. Könnten Sie dazu, wenn Sie es noch präsent haben - es müsste in Ihrer Amtszeit gewesen sein -, noch zwei Sätze sagen? Die Notwendigkeit dieser Datei treibt mich so um.

Zeuge Otto Schily: Ich kann mich leider nur dunkel erinnern. Sie sind auf der richtigen Spur; aber ich weiß es leider konkret nicht mehr. Vielleicht kann man das irgendwie aus den Akten noch herauskristallisieren, dass es solche - - Es gab aber auch - das muss ich auch sagen - eine Diskussion über die Datenbestände und wie die geführt werden. Sie wissen, wir hatten ja einige Probleme mit INPOL-Neu; es war ja nicht so ganz einfach, auch ein ziemlicher Rückschlag am Anfang. Dann habe ich aber dafür jemanden gewinnen können, der später dann Innenstaatssekretär in Hessen wurde. Den hat Herr Koch mir leider abgeworben; aber er war ein hervorragender Mann. Den Namen habe ich auf den Lippen, aber im Alter lässt das Namensgedächtnis nach.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Herr Lemke.

Zeuge Otto Schily: Herr Lemke, genau, ein hervorragender Mann, der dann dieses INPOL-Neu-System auf die Beine gestellt hat. Da gab es auch ein paar, sagen wir mal, Reibungen auch mit Bayern, die ihre eigenen Systeme lieber installieren wollten. Ob das dann bei Fallanalysen also negative Auswirkungen hatte, kann ich nicht mehr sagen, aber möglicherweise. Vielleicht können wir das gemeinsam noch mal herausfinden. Ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis. Woran das gescheitert ist? Natürlich, ich bin ja auch jemand, der nicht nur im Bundesinnenministerbereich war; ich habe ja viel auch in Strafverfahren früher als Anwalt gearbeitet. Wenn man das heute sich so ansieht - ich will niemandem da zu nahe treten -, aber möglicherweise sind doch auch kriminalistisch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, um das mal vorsichtig auszudrücken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Högl - -

Zeuge Otto Schily: In der Zusammenführung, meine ich, von Tatbeständen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Högl fährt fort.

Dr. Eva Högl (SPD): Den Eindruck haben wir hier bisher auch gewonnen in unserer Arbeit, die wir hier seit einem Jahr machen,

und das ist keine schöne Erkenntnis, nicht, wenn man das so festhalten muss.

Zeuge Otto Schily: Wobei - damit auch hier kein falscher Eindruck entsteht -: Ich bin voller Hochachtung für das, was Polizeibeamte leisten. Ich kann nur sagen: Ich habe hervorragende Erfahrungen gerade mit Herrn Ziercke und mit Herrn Falk - zwei herausragende Polizeibeamte -, deren Arbeit ich sehr, sehr hoch zu schätzen weiß. Das will ich an der Stelle nur sehr deutlich betonen.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage zur Keupstraße. Herr Schily, Sie haben vorhin auf die Frage von Herrn Binninger, ob Sie mal am Tatort waren, geantwortet, dass Sie da nie waren. Können Sie uns noch mal sagen, was Sie abgehalten hat, da mal hinzufahren und sich das anzuschauen?

Zeuge Otto Schily: Also, ich müsste jetzt mal schauen - ich habe auch leider keinen Kalender mehr von 2004 -, was ich damals getan habe, wo ich dann nach Kehl hingefahren bin und was sich da nicht ergeben hat oder ergeben hat. Es ist auch nicht so, dass ich - - Herr Binninger hat diesen anderen Fall erwähnt.

Dr. Eva Högl (SPD): Mit den Kindern an der Bushaltestelle, genau, in Düsseldorf.

Zeuge Otto Schily: Ich kann mich erinnern, dass ich da auch hingefahren bin. Ich bin einmal zu einer - - Das war eine Geste gegenüber der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf nach dem Brandanschlag auf die Synagoge. Da bin ich damals, ich glaube, sogar mit Bundeskanzler Schröder, hingefahren.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, ja.

Zeuge Otto Schily: Aber sonst bin ich nicht häufig bei solchen Ereignissen gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. Weil ich das weiß, dass Sie damals da waren mit Bundeskanzler Schröder und danach ja auch etwas in Gang gesetzt wurde - Aufstand der Anständigen usw. -, habe ich das noch mal hier nachgefragt.

Herr Schily, zur Mordserie noch mal: In Ihre Zeit - das ist schon erwähnt worden - als Bundesinnenminister fallen sieben der zehn Morde.

Zeuge Otto Schily: Hm.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich möchte Sie noch mal danach fragen - es ist auch schon angesprochen worden -, wie Sie darüber sich haben informieren lassen, wie sehr Sie das interessiert hat. Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement erwähnt, dass Sie mit Günther Beckstein auch befreundet sind, jedenfalls sich gut verstanden haben. Günther Beckstein war ja hier auch als Zeuge.

Zeuge Otto Schily: Sie können ruhig sagen: befreundet.

Dr. Eva Högl (SPD): Bitte?

Zeuge Otto Schily: Sie können ruhig sagen: befreundet.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay, dann sage ich: befreundet. Günther Beckstein - das ist ja sehr erstaunlich, und das lässt uns auch gar nicht in Ruhe, dieser richtige Riecher von Herrn Beckstein, wie ich das immer bezeichne - hat ja nach dem ersten Mord an Enver Simsek in Nürnberg auf den Zeitungsartikel geschrieben: Ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar?

Zeuge Otto Schily: Hm.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich bezeichne das als den richtigen Riecher. Haben Sie mit Günther Beckstein mal über die Mordserie gesprochen am Rande eines Treffens oder sich mal ausgetauscht? Es gab ja fünf Morde in Bayern.

Zeuge Otto Schily: Das kann sein; aber ich kann mich daran nicht erinnern.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie mal mitbekommen, dass Herrn Beckstein das sehr beschäftigt hat, dass das für ihn ein wichtiges Thema war?

Zeuge Otto Schily: Kann sein.

Dr. Eva Högl (SPD): Mögen Sie uns erzählen, ob Sie vielleicht im Nachhinein, nach

dem November 2011, sich mit Herrn Beckstein mal darüber ausgetauscht haben?

Zeuge Otto Schily: Nein, nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Gar nicht. - Wenn Sie sagen, dass Sie sich daran nicht erinnern können und an die Mordserie auch nicht - Sie haben ja vorhin gesagt, die „Ceska-Mordserie“ kam natürlich mal vor; aber Sie haben keine sehr präzise Erinnerung daran -, was kam denn für eine Erinnerung daran, als Sie das im November 2011 erfahren, dass es so eine rechtsterroristische Gruppe gab, die diese Morde begangen hat? Kamen dann Erinnerungen an die Mordserie aus Ihrer Zeit als Bundesinnenminister zurück?

Zeuge Otto Schily: Ja, in dem Sinne, was damals auch darüber berichtet wurde. Sie müssen auch, Frau Kollegin, sich daran erinnern, dass in der Öffentlichkeit auch sehr viel spekuliert wurde. Ich bin regelmäßiger Leser des Magazins *Der Spiegel*, wie Sie vielleicht auch.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: Da wurden ja allerlei Spekulationen angestellt, was der Hintergrund sein konnte. Manchmal ist es sogar, dass die Medien einen besseren Zugang zu Informationen haben als selbst unsere Verfassungsschutzbehörden; das kommt vor. Dann ist es übrigens auch Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden oder der Polizeibehörden, dem nachzugehen. - So, das ist sozusagen das Erinnerungsbild, was ich damit verbinde.

Dr. Eva Högl (SPD): Für diese Runde ist meine Befragungszeit zu Ende. Wir machen in der nächsten Runde weiter. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Schily, ich möchte doch noch mal auf die Zitate bzw. die Aussagen Ihrerseits direkt am 9. zurückkommen. Im *Kölner Stadt-Anzeiger* - das findet sich in MAT A GBA 3 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Ausgabe vom 10. meinen Sie?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die Ausgabe vom 10., ja. Da steht:

Ersten Ermittlungen zufolge hatte der Anschlag keinen terroristischen Hintergrund. Das hatte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am Donnerstag bestätigt.

Weiter heißt es, zwei Sätze weiter:

Die Ermittler in Köln schlossen am Donnerstag auch ein fremdenfeindliches Motiv aus.

Warum?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur ganz kurz fürs Protokoll: Das ist die Ausgabe vom 12.06., und sie bezieht sich auf die Ausführungen während der Pressekonferenz vom 10.06.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das ist MAT A GBA 3/0003.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jawohl.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum - -

Zeuge Otto Schily: Herr Abgeordneter, Sie wissen doch - - Das ist ja dankenswerterweise auf Vorschlag von Herrn Binninger hier gerade mal dargestellt worden, das, was ich gesagt habe, nicht, was der *Kölner Stadt-Anzeiger* dann vielleicht daraus gemacht hat. Ich weiß das auch, dass hier der *Kölner Stadt-Anzeiger* dann das in dieser Form veröffentlicht hat. Ich lese den *Kölner Stadt-Anzeiger* nicht. Also, das ist eine sehr verkürzte und vielleicht sogar nicht ganz korrekte Darstellung dessen, was ich gesagt habe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sprachen - -

Zeuge Otto Schily: Wir sind ja in der erfreulichen Situation, dass hier durch diese Fernsehaufnahme, die mir heute das erste Mal vorgespielt worden ist, wir eine sehr authentische Darstellung von dem haben, was ich gesagt habe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sprachen im *Tagesspiegel* vom 19. April

2012 davon, dass es ein schwerwiegender Irrtum gewesen sei, die Aussage damals.

Zeuge Otto Schily: Ein schwerwiegender Irrtum ja - Entschuldigung, dass ich das sage -, aber der Ermittlungsbehörden. Ich habe diesen, wenn Sie so wollen, schwerwiegenden Irrtum dann auch in meine Erklärung aufgenommen. Ja, sicher, das wissen wir ja heute, dass es ein schwerwiegender Irrtum war.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn nach der Veröffentlichung vom *Kölner Stadt-Anzeiger*, den Sie ja offensichtlich gelesen haben - -

Zeuge Otto Schily: Nein, ich habe den damals bitte - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn - -

Zeuge Otto Schily: Entschuldigen Sie bitte, ich wüsste nicht, dass ich den damals gelesen habe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn dem Eindruck dann widersprochen, und haben Sie ein Dementi rausgegeben?

Zeuge Otto Schily: Was für ein Dementi?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dahin gehend, dass es doch wohl keinen Abschluss eines fremdenfeindlichen Motivs gab.

Zeuge Otto Schily: Ich habe das erklärt, was Sie hier gerade - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Danach haben Sie nichts mehr erklärt?

Zeuge Otto Schily: Ich wüsste nicht, dass ich danach irgendwelche öffentlichen Erklärungen abgegeben habe. Ich könnte mich nicht daran erinnern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aus dem *Tagesspiegel* vom 22.11. letzten Jahres, 2012, lese ich Ihnen einen Absatz vor.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Der schreibt:

Der Ex-Minister gab einerseits zu, es sei ein Fehler gewesen, dass bei den Ermittlungen nach dem Anschlag in Köln

- ich zitiere jetzt; der *Tagesspiegel* zitiert Sie -

„aufkommende Argumente“

- Ende Ihres Zitats -

zu einem fremdenfeindlichen Hintergrund

- jetzt werden Sie wieder zitiert -

„immer wieder verworfen wurden“.

Woher kamen denn die „aufkommenden Argumente“, die der *Tagesspiegel* über Sie zitiert?

Zeuge Otto Schily: Nein, nein, nein. Ich habe nun erfreulicherweise den genauen Wortlaut, wobei ich mich damals zunächst mal auch geirrt habe; das muss ich Ihnen sagen. Es kam eine spontane Anfrage von dem Herrn Jansen, der sehr verdienstvoll sich nur um diese Dinge kümmert.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das sehe ich auch so.

Zeuge Otto Schily: Er hatte mir eine sehr kurze Frist gesetzt, und ich bin damals irrtümlich davon ausgegangen, dass es eine gemeinsame Erklärung gegeben hätte mit Herrn Behrens, was sich als falsch erwiesen hat, wie Sie wissen. Ich kann Ihnen aber gerne vorlesen, was ich seinerzeit dem Herrn Jansen mitgeteilt habe:

Sehr geehrter Herr Jansen,

Ihre Anfrage erreichte mich heute während meiner Rückreise nach Berlin leider erst zu einem Zeitpunkt, in dem mir die Einhaltung Ihrer kurzen Rückäußerungsfrist von zweieinhalb Stunden nicht mehr möglich war. Wie Sie richtig schreiben, beruhte die gemeinsame Erklärung von Fritz Behrens und mir

- das war, wie gesagt, ein Irrtum meinerseits aufgrund der Anfrage -

auf einem Bericht der Ermittlungsbehörden, in dem es hieß, ersten

Ermittlungen zufolge gebe es keinen terroristischen Hintergrund.

Inzwischen wissen wir, dass das ein schwerwiegender Irrtum war. Dafür, dass wir der NSU-Terrorgruppe nicht früher auf die Spur gekommen sind, tragen ich und die Länderinnenminister die politische Verantwortung. Für meine Person nehme ich allerdings in Anspruch, dass ich mich frühzeitig leider vergeblich für eine bessere Vernetzung der Informationen zwischen Bundeskriminalamt und Landeskriminalämtern sowie zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern für Verfassungsschutz und für eine wesentliche Verstärkung der Bundeskompetenzen eingesetzt habe.

Nach wie vor vertrete ich die Auffassung, dass die Landesämter für Verfassungsschutz in das Bundesamt für Verfassungsschutz eingegliedert werden sollen. Die föderale Zersplitterung des Verfassungsschutzes führt zu erheblichen Informationsdefiziten und Effizienzverlusten, die die Abwehr und Aufklärung von Straftaten überregional agierender Terrorgruppen jedenfalls erheblich erschweren. Auch die Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes zur Bekämpfung von terroristischen Straftaten sollten erweitert und verstärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen (?)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Von wann ist das?

Zeuge Otto Schily: Das ist meine Antwort, die ich am 19. April 1912 [sic!] - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich sagte gerade: *Tagesspiegel* vom 22.11.2012. Noch mal das Zitat:

Der Ex-Minister gab einerseits zu, es sei ein Fehler gewesen, dass bei den Ermittlungen nach dem Anschlag in Köln

- jetzt werden Sie zitiert -

„aufkommende Argumente“

- Zitatende -

zu einem fremdenfeindlichen Hintergrund

- jetzt werden Sie wieder zitiert -

„immer wieder verworfen wurden“.

Zeuge Otto Schily: Ich weiß nicht - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das hat mit der Erklärung, die Sie gerade vorgelesen haben, weil es ein halbes Jahr später war, nichts zu tun.

Zeuge Otto Schily: Ja, ich habe mit Herrn Jansen nicht noch mal gesprochen. Ich habe nur diesen - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dann würde mich mal interessieren, wieweit, weil wir haben jetzt auch auf dem *Tagesschau*-Ausschnitt - -

Zeuge Otto Schily: Es ist ja interessant, dass etwas hier hineininterpretiert wird, was ich nie gesagt habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe nur nicht ganz, Herr Wolff - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich habe aus öffentlichen Quellen zitiert.

(Serkan Tören (FDP): Wenn ein Journalist in Anführungszeichen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einen Augenblick bitte, einen Augenblick. Das können wir sicherlich klären. - Also, wir wissen aus den Unterlagen - das deckt sich auch mit der Darstellung des Zeugen -, dass am 20. April ein Artikel erschienen ist im *Tagesspiegel* -

Zeuge Otto Schily: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - mit Zitaten, die sich decken mit dem, was Herr Schily vorgetragen hat, bis auf die Teile zum Thema „Struktur der Sicherheitsbehörden und Kooperation“. Davon hat Herr Jansen nichts aufgegriffen.

Zeuge Otto Schily: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber er hat die anderen Teile aufgegriffen. Jetzt stellt sich natürlich die Frage völlig zu Recht aufgrund des Vorhaltes des Kollegen Wolff mit Blick auf einen Artikel, der im November

erschienen ist, ob Sie zwischen April und November noch mal Kontakt zu Herrn Jansen gehabt haben.

Zeuge Otto Schily: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wo auch immer Herr Jansen dann auch entsprechend dieses Zitat her hat, er hat Sie an der Stelle jedenfalls zitiert. Deswegen würde mich mal trotzdem interessieren - -

Zeuge Otto Schily: Wollen wir Herrn Jansen hören?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nehmen Sie mal - - Das bleibt jetzt im Raum stehen.

Zeuge Otto Schily: Nein, das bleibt nicht im Raum stehen, Herr Abgeordneter. Ich habe mit Herrn Jansen nicht noch einmal gesprochen. Wenn er mir hier irgendetwas unterstellt, dann weise ich das zurück.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich habe nur aus dem *Tagesspiegel* zitiert.

Mir geht es jetzt noch um einen wesentlichen Punkt, -

Zeuge Otto Schily: Bitte sehr.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - weil wir eine ganze Reihe von Anhaltspunkten in der Keupstraße hatten. Herr Kollege Binninger hat die Videoaufnahmen angesprochen, auch das Umfeld in der Keupstraße. Wir haben auch auf dem *Tagesschau*-Ausschnitt gesehen: Keine Chance für Hass und Gewalt. - Wir wissen, dass die Opfer in der Keupstraße sehr früh und sehr deutlich sich artikuliert haben, dass ein rassistischer Hintergrund hier bestehen muss. Mich würde interessieren - ob das jetzt „aufkommende Argumente“ sind oder nicht -, wieweit Sie dieses berücksichtigt haben, später auch.

Zeuge Otto Schily: Herr Abgeordneter, ich habe ja dargestellt, dass ich eine konkrete Erinnerung an den gesamten Vorgang nur noch sehr unzureichend habe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das ist traurig.

Zeuge Otto Schily: Darf ich aussprechen?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Bitte schön.

Zeuge Otto Schily: Ich gehe selbstverständlich davon aus bei der Schwere dieses Anschlags, dass das auch Thema unserer Besprechungen in der Sicherheitslage war und dass selbstverständlich dabei auch alles einbezogen wurde, was an zusätzlichen Informationen an uns herangetragen worden ist. Es war ja im Übrigen auch so, Herr Abgeordneter: Wir können ja auch mal die Frage stellen - vielleicht können Sie der Frage auch mal nachgehen oder können wir gemeinsam der Frage nachgehen -, ob dieser Anschlag dann auch Thema im Innenausschuss des Deutschen Bundestages gewesen ist. Ich weiß es nicht; ich kann es nicht mehr sagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, Herr Schily, wir werden selbstverständlich alle Fragen klären.

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir werden alle Fragen klären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es war nicht Thema im Innenausschuss.

Zeuge Otto Schily: Es war nicht Thema im Innenausschuss.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Vorsitzender!

Zeuge Otto Schily: Insofern ist auch offenbar von der parlamentarischen Seite da keine Initiative noch mal an mich herangetragen worden, dass ich mich noch stärker mit dem Thema beschäftigen soll.

(Zuruf des Abg. Serkan Tören
(FDP))

- Wie bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören hat nicht das Wort. Der Zeuge hat eben eine Frage beantwortet. Noch hat die FDP-Fraktion das Fragerecht, und Herr Wolff fragt. - Bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Für mich ist an der Stelle noch die Frage - einfach Ihre Einschätzung -: Was halten Sie denn von dem Vorschlag, dass in Zukunft, wenn Opfer sich dahin gehend äußern, dass sie rassistische Motive vermuten, dann die Polizei entsprechend in diese Richtung ermittelt und die Opfer auch im Hinblick darauf, dass sie dies vermutet haben, entsprechend regelmäßig informieren muss?

Zeuge Otto Schily: Also, ich habe ja auch häufig als Anwalt Nebenkläger vertreten, wie Sie vielleicht wissen. Ich finde die Stärkung der Opferrechte - sie war auch übrigens ein Anliegen der rot-grünen Bundesregierung; wir haben da auch einiges voranbringen können - - Selbstverständlich muss im Übrigen - das ist aber, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit, die man überhaupt nicht besonders herausstellen sollte - eine Polizei auch in ihre Überlegungen einbeziehen, was sozusagen aus den Opferkreisen an sie herangetragen wird. Das versteht sich doch von selber. Ich wüsste nicht, dass das eine besondere kriminalistische Methode ist, die wir erst neu entwickeln müssten. Das gehört zu den normalen Obliegenheiten eines Polizeibeamten, dass er das mit einbezieht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Der Umgang - -

Zeuge Otto Schily: Er muss sich ja erkundigen, er muss auch das Umfeld - - Ich muss auch davon ausgehen, dass das stattgefunden hat, dass Polizeibeamte im Umfeld sich erkundigen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sehr vorsichtig ausgedrückt: Der Umgang mit den Opfern war in dem gesamten Komplex mehr als verbesserungsbedürftig.

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mehr als verbesserungsbedürftig, sogar fast beschämend. - Herr Kollege Tören würde gern noch eine Frage stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber das müssen wir dann - -

Zeuge Otto Schily: Dazu kann ich keine Aussage treffen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war keine Frage, Herr Zeuge, das war eine Feststellung des Abgeordneten Wolff. Damit ist das Fragezeitkontingent der FDP für diese Runde auch erschöpft.

Wir kommen dann zur Befragung durch die Linksfraktion. Frau Vizepräsidentin Pau hat das Wort.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, Herr Schily, ich kann an der Stelle direkt anknüpfen. - Aber vorneweg: Es ist ja schon mehrfach gewürdigt worden, dass Sie am 19. April 2012 die politische Mitverantwortung übernommen haben. Das will ich ausdrücklich auch tun, habe ich auch öffentlich getan. Allerdings müssen wir uns, denke ich, alle klar machen, dass wir das Ausmaß des individuellen Leids sowohl der Angehörigen der Opfer, aber auch derjenigen darüber hinaus, die unschuldig ins Visier der Ermittlungsbehörden gerieten, sicherlich nur bruchstückhaft überhaupt selbst verdeutlichen können.

Ich sage das gerade auch deshalb vorneweg: Der Ausschuss ist ja nicht nur gehalten, zu untersuchen, was war, und es aufzuklären, sondern wir haben den ausdrücklichen Auftrag, Schlussfolgerungen für den Bereich der Sicherheitsarchitektur vorzuschlagen, für den Bereich, den ich immer gern Präventionsarchitektur nenne, aber eben auch darüber hinaus; das geht in die Richtung, die der Kollege Wolff eben genannt hat.

Frau John sitzt heute wieder hier in der Runde. Die Ombudsfrau für die Angehörigen der Opfer hat uns schon in einem sehr frühen Stadium unserer Untersuchungen den Vorschlag mit unterbreitet, dem britischen Beispiel zu folgen, dass wir tatsächlich vorschreiben, dass von Amts wegen bei schwerwiegenden Straftaten gegenüber Bürgern mit ausländischen Wurzeln eben auch nach einem rassistischen Motiv geschaut wird, was offensichtlich nicht nur bei dem Bombenanschlag, über den wir heute den ganzen Tag reden, sondern eben auch in der Mordserie nur in einem ganz kleinen Zeitfenster getan wurde, und dies auch nicht konsequent. Das könnte für mich zu den Schlussfolgerungen gehören.

Nach dem Eindruck der bisherigen Befragung will ich Ihnen eigentlich gar keine Frage stellen, sondern möchte ich Ihnen etwas vor-

tragen, genau zu diesem Thema. Mir ist heute früh ein Brief einer Anwohnerin der Keupstraße zugegangen. Ich möchte das hier auszugsweise Ihnen und damit auch der Öffentlichkeit vortragen:

Am 9. Juni 2004 war ich mit meinem siebenjährigen Sohn zu Hause. Ich hörte einen lauten Knall und dachte, es sei ein Erdbeben. Ich ging ans Fenster und sah Menschen hin und her rennen und hörte ihre Schreie. Weil ich nicht wusste, was ich tun sollte, blieb ich in meiner Wohnung. Nach zwei Stunden stürmte plötzlich die Polizei ohne Klingeln meine Wohnung. Sie brachen zwei Türen auf und durchsuchten meine Wohnung.

Wie ich später erfuhr, wurde auch die Wohnung meines Mannes, von dem ich damals getrennt lebte, auf dieselbe Weise durchsucht. Die Polizei sagte mir, dass ich bzw. mein Mann verdächtigt werden, eine Bombe gelegt zu haben. Als Grund gaben sie an, dass ich Kurdin sei und deswegen verdächtigt werde, mit der PKK zu tun zu haben. Bei vielen meiner Bekannten und Freunde wurden auch die Wohnungen durchsucht. Stundenlang durfte ich mich nicht bewegen. Mein Sohn musste ebenfalls unbeweglich bei mir sitzen.

Die gesamte Wohnung wurde von der Polizei auf den Kopf gestellt. Irgendwann gingen die Beamten wieder. Die beiden aufgebrochenen Türen sind nie von der Stadt ersetzt oder repariert worden.

Das Gleiche ist bei vielen kurdischen Familien und vielen anderen Anwohnern auf der Keupstraße geschehen. Die Begründungen waren wahlweise PKK, Geldwäsche, Drogenhandel und viele andere Gründe. Nur Nazis als Täter wurden ausgeschlossen.

In den Jahren danach haftete das Stigma der Verdächtigung an mir und meiner Familie. Seit diesem Tag bis heute leiden ich und mein Sohn unter Angstzuständen. Drei Jahre lang habe ich wegen dem Schock der Bombe und dem darauffolgenden Polizeiüberfall in meiner Wohnung eine Therapie gemacht, mein Sohn zwei Jahre lang. Wir haben Angst vor der Polizei und davor, dass wieder

jemand in die Wohnung einbrechen könnte.

Ehemalige Bekannte und Nachbarn gingen damals und in den folgenden Jahren auf Abstand zu mir und meiner Familie. Obwohl die meisten Bewohner der Keupstraße genau wie ich dachten, dass so eine schreckliche Tat nur von Neonazis begangen worden sein konnte, vermuteten dennoch viele: Wo Rauch ist, muss auch Feuer sein. Selbst Freundschaften zerbrachen. Erst als seit Ende 2011 klar wurde, wer wirklich hinter den Anschlägen steckte, nämlich deutsche Nazis, kommen die Menschen langsam wieder auf mich zu. Ich selber habe nur aus der Zeitung erfahren, wer die wahren Täter sind. Von offizieller Seite gab es keine Benachrichtigung.

Der Brief endet dann mit den Sätzen:

Ich schreibe Ihnen, weil man etwas tun muss. Sonst kann morgen wieder dasselbe passieren. Wenn so etwas wie die Bombe und diese schlimmen Verdächtigungen heute mit uns Ausländern gemacht werden kann, dann kann es morgen auch demokratischen Deutschen passieren. Ich möchte wissen, ob es darüber ein Bewusstsein gibt.

Die Polizei hat bei unschuldigen Menschen ihre Wohnung und ihr Leben auseinandergenommen. Ich wüsste gern, wie viele Naziwohnungen 2004 durchsucht worden sind.

Letzter Satz dann in diesem Brief:

Ich wünsche mir, dass wir endlich als Teil dieser Gesellschaft gesehen werden. Das wünsche ich mir.
(?)

Nun haben wir nicht die Protokolle der Polizeieinsätze hier. Das heißt, ich kann mich jetzt nur auf diesen Brief stützen, der mir heute zugegangen ist, wo mir auch aufgetragen wurde, das zu den Unterlagen unseres Ausschusses hinzuzugeben, unter den notwendigen Vorkehrungen, dass wir den Namen jetzt hier nicht öffentlich breittreten. Aber ich finde, das gehört in unseren Bericht bzw. in unsere Ermittlungen hinein und auch zu den Fragen, welche Schlussfolgerungen wir für die Zukunft zu ziehen haben, sowohl im politischen Raum, aber natürlich auch im

täglichen Tun der Ermittlungsbehörden und darüber hinaus. - Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, damit ist auch die Zeit der Linksfraktion in dieser Runde abgelaufen.

Petra Pau (DIE LINKE): Das dachte ich mir.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank für die Ausführungen.

Zeuge Otto Schily: Aber wenn Sie mir erlauben, noch zwei Sätze zu sagen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, Frau Pau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schily, bitte.

Zeuge Otto Schily: Dieser Brief ist sehr eindrucksvoll, und ich gebe Ihnen recht: Die Polizei muss sich darum kümmern, auch in ihren eigenen Reihen zu prüfen, was da nicht stattgefunden hat. Ich habe in meinem Eingangsstatement ja gesagt: Eines der bitteren Ergebnisse dieses ganzen Zusammenhanges ist, dass auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Unparteilichkeit und die Verantwortlichkeit gegenüber ihnen stark gelitten hat.

Ich könnte Ihnen aus eigener Erfahrung dazu auch noch einiges sagen, was jetzt unmittelbar mit dem NSU-Fall gar nichts zu tun hat. Ich will das jetzt hier nicht erweitern. Aber ich kenne einen Fall, der mir berichtet worden ist, jetzt auch in jüngster Zeit, ein Tötungsdelikt an einem deutschen Mitbürger türkischer Herkunft, wo man sich von der polizeilichen Behandlung bis nachher auch zur justiziellen Behandlung - da muss ich sogar die Gerichte einbeziehen - die Frage stellen muss, wie das eigentlich in einer rechtsstaatlichen Demokratie geschehen kann. Für mich ist diese Erfahrung wirklich bitter, weil ich für mich in Anspruch nehme, dass ich wirklich dafür sorgen wollte, dass die Verbesserung der Situation der Mitbürger mit Migrationshintergrund etwas ist, was wir erreichen wollen. Ich glaube, wir haben auch einiges erreicht auf dem Gebiet, mit dem Staatsangehörigkeitsrecht. Das ist ein solcher Rückschlag, der sich aus diesem Brief dokumentiert. Den müssen wir wirklich sehr ernst nehmen, und ich hoffe, dass es im

Rahmen Ihrer Arbeit gelingt, da auch einige neue Perspektiven zu eröffnen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Abgeordnete Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Kollege Schily, von Ihnen haben wir ja gelernt, im Gerichtssaal hart, aber fair zu befragen. Deswegen beginne ich mit dem Fairen. Der Vorhalt, den die FDP-Fraktion eben gemacht hat, die Äußerung von Frank Jansen aus dem November 2012, bezog sich ganz offensichtlich auf die Befragung des Exministers Behrens hier bei uns. Da steht der Exminister, aber davor ist nur von Herrn Behrens die Rede, und Herr Behrens hat hier auch dieses Zitat gesagt, dass fremdenfeindliche Motive immer verworfen wurden. Also, ich bitte, das nachzuprüfen und zu sagen, ob das von Ihnen auch so ausgeräumt werden kann.

Dann habe ich eine Vorfrage, Herr Kollege Schily. Sie sind ja auch gefragt worden, ob Sie einer Übertragung Ihrer Aussage hier auf dem Fernsehsender Phoenix zustimmen. Da wir immer, wenn es um die Frage Fernsehübertragung aus Untersuchungsausschüssen geht, vorgehalten bekommen: „Schily - nie wieder! Zehn Stunden Visa-Ausschuss - nie wieder!“, würde mich das einfach mal interessieren. Vielleicht kann man dieses Trauma bei einigen hier in der Runde ja abbauen. Waren Sie denn einverstanden mit der Aufnahme heute oder haben Sie sich dazu schriftlich geäußert?

Zeuge Otto Schily: Herr Kollege Wieland, es tut mir leid, aber das war mir jetzt gar nicht gegenwärtig. Ich dachte, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich kann das aufklären.

Zeuge Otto Schily: - ich sollte hier nur der Aufnahme des Protokolls zustimmen. Aber dass hier Phoenix noch aufnehmen wollte - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Herr Zeuge, ich kann den Sachverhalt, damit das nicht für Irritationen sorgt, folgendermaßen aufklären: Alle Zeugen bekommen einen

Bogen, auf dem sie notieren können, ob sie einverstanden sind, dass eine Fernsehübertragung stattfindet, oder ob sie sich dagegen aussprechen. Es gab diesbezüglich von Ihnen, Herr Schily, keinen Rücklauf. Es ist aber auch nicht erbeten worden, dass Sie sich diesbezüglich votierend verhalten, weil wir im Zuge der Obleutebesprechung am Mittwoch dieser Woche festgestellt haben, dass es an der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Ausschuss mangelt, weil nicht eine ausreichende Zahl von Fraktionen bzw. von Abgeordneten, die von Fraktionen gestellt werden, damit einverstanden war, dass hier übertragen wird. Nachdem das klar war, dass die zweite Hürde schon nicht überwunden werden könnte, nämlich das notwendige Quorum von zwei Dritteln im Ausschuss, ist dann auch davon abgesehen worden, Sie zu befragen, ob Sie einer möglichen Fernsehübertragung Ihrer Vernehmung zustimmen oder nicht. - Herr Wieland, haben Sie noch Fragen an den Zeugen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, selbstverständlich habe ich Fragen. Das war ja nur eine Vorfrage, Herr Vorsitzender.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Den Vordruck hat er ja aber offenbar bekommen. Oder liege ich da falsch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber nicht ausgefüllt zurückgesandt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, deswegen frage ich ja.

Zeuge Otto Schily: Kollege Wieland - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann ja seiner Aufmerksamkeit, zumal grippekrank, entgangen sein.

Zeuge Otto Schily: Es kann sein, Herr Kollege, dass mir das entgangen ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wären Sie denn einverstanden gewesen, wenn Sie es gelesen hätten?

Zeuge Otto Schily: Von mir aus können Sie - - Sie wissen, ich habe gewisse Erfahrungen damit, Herr Wieland. Also, von mir aus kann auch Phoenix hier - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ein echter Quotenbringer, wenn ich das mal so sagen darf.

Zeuge Otto Schily: Na, das ist - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Sie waren es jedenfalls; das waren Sie im Visa-Ausschuss.

Zeuge Otto Schily: Ich glaube, die Gelegenheit - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann haben wir das geklärt. - Nun komme ich zu dem unangenehmeren Teil der Fragen, die ich stellen muss.

Herr Schily, wir haben das im Wortlaut gehört, was Sie gesagt haben. Das war eine Fernsehübertragung. Deswegen sage ich es noch einmal:

Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu.

Sie sagen: Möglicherweise war es die Lageübersicht meines Ministeriums, Berichtszeitraum von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr morgens, die mich dazu gebracht hat. - Von dieser Lageübersicht will ich schon seit langem wissen, wer sie eigentlich geschrieben hat. Vielleicht erfahren wir das noch. Aber auch in dieser Lageübersicht - ich darf Ihnen das noch einmal zitieren; ich weiß nicht, ob es noch vorliegt - steht der Satz:

Über Täter oder Tathintergrund liegen bisher keine Erkenntnisse vor.

Dann kommt der nächste Satz:

Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.

Diese Sätze widersprechen sich; das werden Sie auch so sehen. Wenn ich nichts weiß über Täter oder Tathintergrund, dann kann ich doch wohl auch nichts ausschließen. Oder liege ich da nun völlig falsch?

Zeuge Otto Schily: Die Logik kann ich nicht nachvollziehen, Herr Kollege Wieland. Es kann natürlich einen partiellen Ausschluss geben: In der Richtung sehen wir keinen, wie gesagt, terroristisch mit jedem jeweiligen

Hintergrund, ob islamistisch oder rechtsextrémistisch, wie immer man das jetzt sieht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn gleichzeitig gesagt wird: „Über Täter oder Tathintergrund liegen keine Erkenntnisse vor“, und Sie dann sagen, dies hat mich veranlasst, zu sagen: „Die vorliegenden Erkenntnisse gehen in Richtung kriminell und gehen nicht in Richtung terroristisch“, dann ist es doch kein Weitertransport dieser Lageübersicht.

Zeuge Otto Schily: Doch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist das Gegenteil dessen, was in der Lageübersicht steht - keine Erkenntnisse -, und Sie sprechen von Erkenntnissen, die vorliegen.

Zeuge Otto Schily: Aber es steht da „derzeit ausgeschlossen“, entschuldigen Sie bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, terroristischer Hintergrund.

Zeuge Otto Schily: Genau.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Von kriminell steht selbst da nichts drin, in der Lageübersicht. - Nein, von kriminell steht da nichts.

Zeuge Otto Schily: Ja, gut, irgendeinen Hintergrund muss es ja haben. Es war ja kein Unfall, Herr Wieland.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auch terroristische Anschläge sind kriminell, Herr Wieland.

Zeuge Otto Schily: Richtig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das führt uns nun wirklich nicht weiter. Wir haben hier bei jedem Tatort, wir haben bei der „Ceska-Mordserie“ immer das Problem: Es kann eine Spur in Richtung organisierter Kriminalität sein, und es kann eine Spur in Richtung Fremdenfeindlichkeit sein. Der frühere Bundesinnenminister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es im Landtag von Nordrhein-Westfalen und auch im Bundestag kein Thema der Erörterung war.

Nun halte ich ihm aber vor, dass auch Abgeordnete und andere natürlich, wenn sie immer lesen und wenn sie es von dem zuständigen Minister hören, dass in Richtung kriminelle Hintergründe ermittelt wird, selber natürlich ein Bild bekommen: Hier ist etwas, hier gibt es Hinweise, hier findet man etwas, hier wird man fündig. - Das wurde auch in der Medienstrategie der Sicherheitsbehörden bewusst so verabredet, gesteuert und bis zum Schluss durchgehalten. Ich weiß, dass Journalisten selbstkritisch sind und sagen: Warum haben wir nicht mehr hinterfragt? - Ich finde auch, dass Parlamentarier selbstkritisch sein sollten. Ich bin es selber. Aber ich akzeptiere nicht, ich akzeptiere wirklich nicht, dass der zuständige Minister seine falsche Wortwahl mit Erkenntnissen, die ihm irgendwie zugetragen worden sein müssen, rechtfertigt, und für diese Erkenntnisse haben wir keine Anhaltspunkte. Wir haben sie weder im Faktischen, noch haben wir jemanden gehört, der in Köln das so gesagt hat, noch finde ich es im Wortlaut dieses sozusagen einzigen Dokumentes, was in der Sache - derzeitiger terroristischer Ausschluss - wirklich zu weit geht. Ungeklärt ist, wer das warum aufgeschrieben hat. Aber bitte schön: Noch nicht einmal da steht etwas von Hinweisen ins Kriminelle, und noch nicht einmal da steht, dass Hinweise überhaupt vorliegen.

Zeuge Otto Schily: Also, Herr Kollege Wieland, das war jetzt mehr ein Plädoyer und wahrscheinlich keine Fragestellung. Aber ich - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein längerer Vorhalt, zugegeben, ja.

Zeuge Otto Schily: Ist in Ordnung, ist in Ordnung. Das mag ja Ihre Beurteilung sein. Sie haben das so verstanden und interpretieren das so.

Ich nehme jetzt einmal die Berichterstattung von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Juni. Da steht Folgendes mit der Überschrift „Allgemeindeliktischer Hintergrund“:

Nach etwa zwanzig Stunden Ermittlungen hat sich für die Kölner Polizei das Bild verfestigt, für das es schon früh Hinweise gab. Für die Explosion, die am Mittwoch nachmittag den nördlichen Kölner Stadtteil Mülheim kurz von 16 Uhr aus

seinem geschäftigen Rhythmus riß, gibt es offenbar keinen terroristischen Hintergrund.

Wie Oberstaatsanwalt Rainer Wolf am Fronleichnamstag mitteilte, der in Köln wie in Nordrhein-Westfalen Feiertag ist, wird „ein allgemeindeliktischer Hintergrund“ in Erwägung gezogen. Das bestätigte auch Bundesinnenminister Otto Schily am Donnerstag im baden-württembergischen Kehl. Die Machart des Anschlags sei so gewesen, daß es auch viele Tote hätte geben können, sagte Schily. Für ein abschließendes Urteil sei es allerdings noch zu früh.

Jetzt nehme ich gerne Ihre Kritik auf. Wenn Sie damals Bundesinnenminister gewesen wären, hätten Sie es offenbar besser gemacht. Ich wünsche Ihnen viel Glück auf dem Wege; vielleicht schaffen Sie es mal.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin nicht auf dem Weg, Herr Schily.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie sind, wenn Sie nicht auf dem Weg sind - - Auf jeden Fall ist der Kollege Wieland - -

Zeuge Otto Schily: Darf ich gerade zu Ende reden?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wird jetzt gerade ausgebremst vom Vorsitzenden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, nein. Der Zeuge kann sich noch äußern, die Grünen nicht.

(Heiterkeit)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Typisch, ja.

Zeuge Otto Schily: Ich denke, ich habe damals die Mitteilung so formuliert - nun mag man mich heute dafür kritisieren; das muss ich in aller Demut auf mich nehmen -, wie ich es damals verstanden habe, dass also zunächst einmal ein terroristischer Hintergrund nicht in Betracht kommt. Ich war aber vorsichtig genug, hinzuzufügen, man könne in dem Zeitpunkt überhaupt noch nichts abschließend beurteilen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Satz war richtig, ja.

Zeuge Otto Schily: Immerhin erkennen Sie das an, dass dieser Absatz noch richtig war.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Otto Schily: Wenn ich dann den weiteren Verlauf sehe, Herr Kollege Wieland, und da ich auch weiß, dass Abgeordnete sich nicht nur an dem orientieren, was ein Minister sagt - das sollten sie auch nicht nur -, wenn ich dann sehe, dass der Oberstaatsanwalt - ich habe das jetzt schon mehrfach auch auf Fragen des Herrn Vorsitzenden gesagt - in alle Richtungen ermittelt hat, dann werden das auch Abgeordnete vielleicht zur Kenntnis genommen haben können und nicht etwa jetzt sagen: Na ja, da hat jetzt ex cathedra der Bundesinnenminister etwas erklärt, und das ist jetzt die Wahrheit; die gilt jetzt für alle Wochen und Monate danach. - Das war ein Satz ganz am Anfang, und die Ermittlungen haben gerade an dem Punkt begonnen. Da werden Sie doch nicht glauben, dass gerade ein Bundesinnenminister an einem Tag eine Mitteilung dieser Art macht, dass damit sozusagen die Ermittlungen abgeschlossen sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit der Grünen ist bei weitem, um fast 40 Prozent, überzogen worden.

(Dr. Eva Högl (SPD): Er hat doch angespart!)

Deswegen nur zur Orientierung: Ich will nur, weil ja ein Vorhalt aus der Lageübersicht gemacht worden ist und das den öffentlichen Äußerungen des Ministers in Kehl gegenübergestellt worden ist, noch einmal kurz daraus zitieren, also Lageübersicht vom 10. Juni. Da heißt der letzte Satz: „Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.“ Das beruht auf Informationen, die vom Land Nordrhein-Westfalen an das BKA übermittelt wurden.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist ein falscher Vorhalt; dem widerspreche ich!)

- Gut, dann will ich - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagen Sie immer so!)

- Okay.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Land Nordrhein-Westfalen hat lediglich darum gebeten, in der Kommunikation nicht weiter von einem terroristischen Anschlag zu sprechen! Es hat nicht gesagt: „Wir schließen aus“, sondern hat gesagt: „Es soll offen sein“!)

- Dann stellen wir vielleicht Folgendes fest - wenn das auch strittig sein sollte, Herr Wieland, erheben Sie bitte Einspruch -: Ich gehe davon aus, dass die schriftliche Lageübersicht vom 10. Juni 2004 nicht vom Bundesinnenminister erstellt worden ist. In dieser Vorlage des BMI, die nicht vom Minister erstellt worden ist, heißt es: „Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.“ Wenn das die Informationsgrundlage für den Minister war, dann erscheint es mir nicht unplausibel, wenn, wie wir es in der *Tageschau* in dem Beitrag gesehen haben, der Minister wörtlich gesagt hat:

Die Erkenntnisse deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund,

- dann hat er es ergänzt -

sondern auf ein kriminelles Milieu.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich beanstande - -)

- Herr Ströbele!

Dass es sich um einen Anschlag gehandelt hat und damit um eine Straftat und damit um kriminelles Handeln, ist doch völlig unstrittig.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, darf ich mit Ihrem Vorhalt - -)

- Herr Ströbele, Sie haben sofort die Möglichkeit, das zu tun. Da müssen wir dann noch einmal in die Textexegese hineingehen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Ich stelle nur jedenfalls fest, dass aus der schriftlichen Lageübersicht sich die Einschätzung ergibt - nicht vom Innenminister vorgenommen, möglicherweise ihm aber inhaltlich zugeleitet -: kein terroristischer Hintergrund. Insofern muss man - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! Die habe ich ihm so vorgehalten!)

- Ja, das ist ja in Ordnung.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die müssen Sie nicht noch einmal vorlesen!)

Da müssen Sie halt nur gucken, wie Sie dann den Vorwurf daraus ableiten, dass sich der Innenminister darauf verlassen hat, dass Informationen, die ihm gegeben werden, zutreffend sind. Das müssten wir dann ausdiskutieren.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich auch den Satz davor vorgehalten habe, den Sie ausgelassen haben, Herr Verteidiger des Innenministers! - Stephan Stracke (CDU/CSU): Im Zweifel fragen wir den Zeugen, ja! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender!)

- Herr Ströbele und dann die zweite Berliner Runde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich aber einen Satz hinzufügen? - Sie haben zwar recht, dass das LKA in Düsseldorf zunächst davon gesprochen hat: kein terroristischer Zusammenhang. - Aber es kommt ja eine Berichtigung - die ist heute immer wieder vergessen worden -, auch vom 09.06. Da steht - ich zitiere wörtlich -:

die im bezug genannte lageerstmeldung wird korrigiert. bisher liegen keine hinweise auf terroristische gewalttaten vor. nach bisherigen erkenntnissen handelt es sich um einen anschlag unter verwendung von usbv ...

Das heißt, Sie sagen immer, ohne diese Korrektur, die da ist - - Die gehört dazu, weil sie einige Minuten später oder eine kurze Zeit später vom Landeskriminalamt selber rausgegeben worden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit unterstützen Sie ja genau das, was ich gesagt habe, Herr Ströbele, -

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundestelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 60.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - weil die Korrektur bezog sich auf die Erstmeldung. Die Erstmeldung war „terroristischer Anschlag“, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und das ist zurückgenommen worden, nicht durch das BMI, sondern von der herausgebenden Stelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herausgebende Stelle war das LKA. Da ist dann nicht mehr die Rede gewesen vom terroristischen Anschlag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und dann ist sozusagen weiter informiert worden. Wir kommen zur zweiten Berliner Runde.

Zeuge Otto Schily: Entschuldigung, darf ich noch eine kurze Zwischenbemerkung machen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte, Herr Schily.

Zeuge Otto Schily: Herr Kollege Wieland, wenn Sie den Vorsitzenden als meinen Verteidiger apostrophieren: Sehen Sie mich hier als Beschuldigten?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Otto Schily: Na, dann. Das wollte ich nur festgestellt wissen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zeugenbeistand!)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine Äußerung im politischen Raum.

Zeuge Otto Schily: Ja, gut. Nur, ein Verteidiger ist normalerweise tätig für einen Angeklagten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, wenn Sie Ihr Mikrofon ausmachen würden, dann könnte Herr Wieland seines anmachen und sich entschuldigen.

(Heiterkeit)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke nicht daran, mich zu entschuldigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das habe ich auch nicht erwartet.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine Äußerung im politischen Raum, in dem wir hier sind, und das ist bei Untersuchungsausschüssen gang und gäbe - hier bisher noch nicht, hier wirklich bisher noch nicht -, dass die jeweilige Partei ihren Amtsträger verteidigt, im nichttechnischen Sinne. So war es gemeint. Das war heute eine Premiere.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, das ist eine Unterstellung, die ich ausdrücklich zurückweisen möchte. Wenn Sie sich vielleicht die Frage noch mal vor Augen halten, die ich Herrn Schily gefragt habe, dann werden Sie feststellen, dass meine Linie auch heute hier gilt, dass ich sachgemäß und auch sachangemessen Zeugen befrage entsprechend unserem Untersuchungsauftrag, unabhängig davon, ob und welches Parteibuch sie haben. Was aber schon meine Aufgabe ist - wenn Sie hier Vorhalte machen und das mit einer gewissen Intention verbinden -: dass ich dann noch mal die Gelegenheit gebe, deutlich auch für das Protokoll die einschlägigen Zitate nebeneinanderhalten zu können. Das ist dann letztendlich auch meine sachleitende Aufgabe als Vorsitzender, die sich aus dem Untersuchungsausschussgesetz ergibt. Vielleicht wollen wir eine Beratungssitzung machen; da können wir das diskutieren. Ansonsten würde ich vorschlagen, die Zeugenbefragung fortzusetzen. Dann hätte jetzt aber nicht Ihre Fraktion das Wort, sondern die CDU/CSU-Fraktion.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich mache noch einen Hin-

weis. Sie haben genau die Zitate wiederholt, die ich dem früheren Innenminister vorgehalten hatte. Sie wollten eine andere Interpretation hiermit in den Raum setzen. Das hatte mit Befragung durch den Vorsitzenden gar nichts zu tun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich halte es für sachdienlich und auch im Interesse der Aufklärung, wenn man hier objektiv mal festhält, dass die inhaltliche Aussage in der schriftlichen nachrichtendienstlichen Lage identisch war mit dem, was der Bundesinnenminister am 10. Juni öffentlich erklärt hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade nicht!

(Aydan Özoğuz (SPD): Könnt ihr das beenden? - Sönke Rix (SPD): Das nervt jetzt!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur zweiten Berliner Runde. Ich bin nicht der Verteidiger von Herrn Schily; das haben wir schon mal festgehalten. - Das Fragerecht hat die Unionsfraktion - das haben wir auch schon festgehalten -, und das Wort hat der Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schily, ich möchte Sie - das Thema Köln haben wir abgearbeitet - jetzt noch zu zwei Dingen in Ihrer Amtszeit befragen, einmal zum Thema Verbot von rechtsextremistischen Gruppierungen, wo es ja eines gab in Ihrer Amtszeit, das von „Blood & Honour“, und dann die Frage V-Leute, auch im Zusammenhang mit dem NPD-Verbot, aber auch davor und danach, weil ja das bei uns auch ein großes Thema ist. Beim Einsatz von V-Leuten auf diesem Feld - das sage ich immer als Bewertung - standen Aufwand und Risiko in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn. Ich meine, das Instrument ist notwendig, aber da haben wir Bedarf.

Aber zunächst mal zu den Verboten. Wissen Sie noch aus Ihrer Erinnerung, was damals für Sie besonders prioritär war - von Ihrem Haus sicher vorgetragen, BfV -, „Blood & Honour“ zu verbieten? Wie war damals die Faktenlage? Weil wir heute wiederum erkennen müssen, dass ein Teil dieser „Blood & Honour“-Gruppierung, vor allen Dingen aus Sachsen, zum engeren Unterstützernumfeld des Trios gehörte. Also,

was hat zum „Blood & Honour“-Verbot geführt, sofern Sie das jetzt noch wissen aus der Erinnerung her?

Gleich eine Anschlussfrage: Danach gab es keine durchgeführten Verbotsverfahren mehr. Gab es noch Überlegungen, oder hat man das auf der Strecke dann nicht mehr in dem Maße verfolgt, oder gab es keine Anhaltspunkte mehr? Das fällt auf, dass es dann nachher keines mehr gab in Ihrer Amtszeit.

Zeuge Otto Schily: „Blood & Honour“, Herr Kollege Binninger, war eine Organisation, die in massiver Weise nazistische und antisemitische und rechtsextremistische Propaganda betrieben hat. Wir haben dieses Verbotsverfahren vor diesem Hintergrund für geboten gehalten, auch um ein Zeichen zu setzen.

Meiner Erinnerung nach wurde auch die Jugendorganisation da mit einbezogen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, „White Youth“.

Zeuge Otto Schily: „White Youth“, ja. - Ich kann Ihnen sagen, dass mir diese Frage, dass mir so ein Schmutz, der wirklich da verbreitet wird aus der rechtsextremistischen Szene, immer eine besondere Sorge war. Ich bin ja einmal so weit gegangen und habe mich mit irgendeiner Internetszene angelegt, dass man offensiv gegen Websites vorgehen soll, die antisemitische und neonazistische Propaganda vertreiben.

Ich habe mal Gelegenheit genommen - ich glaube, es war sogar in Köln unmittelbar oder in Berlin; ich weiß es nicht mehr genau -, da haben mir Beamte des Verfassungsschutzes solche Dinge vorgespielt. Ich kann Ihnen nur sagen: Es hat mich so mit Abscheu und Entsetzen erfüllt, was da abläuft. Wenn man sich vorstellt, dass diese Art von Propaganda auch in die Jugendszene hineinkommt - dann habe ich gesagt: Das können wir nicht einfach so hinnehmen. Das betrifft eben den Hintergrund „Blood & Honour“ und „White Youth“, aber eben auch eigentlich meine Intention - - Ich bin damit gescheitert; es ging dann irgendwie nicht, die ganze Internetszene war da in Aufruhr. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man das offensiv betreiben müsste, solche Webseiten einfach aus dem System herauszunehmen. Zum Teil geschieht das wohl erfreulicher-

weise durch die Provider; aber es reicht meiner Meinung nach immer noch nicht aus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben wir beim „Blood & Honour“-Verbot ja leider auch erleben müssen, dass -- Die Leute sind natürlich noch da, die dieses Gedankengut haben; sie agieren weiterhin. Dann gab es aus Ihrem Haus ja mehrfach und auch vom BKA-Vizepräsidenten Falk den Versuch - da waren Sie dann nicht mehr im Amt, als darüber jetzt entschieden wurde -, dass man dagegen wieder vorgehen muss, auch einheitlicher Ermittlungen beim GBA.

Aber meine Frage an Sie wäre: Brauchen wir nicht zu einem Verbot weitere Maßnahmen, weil wir sonst den Erfolg gar nicht garantieren können? Es ist dann zwar plakativ verboten; aber die Leute sind noch da, das Material ist noch da, und deren Agieren ist möglicherweise auch noch da. Also, reicht ein Verbot allein, oder müssten nicht dann auch auf der Strecke Folgemaßnahmen sein?

Zeuge Otto Schily: Nein, ein Verbot reicht nicht allein. Es ist ein Vollzug natürlich erforderlich, und auch die weitere Beobachtung ist erforderlich von denen, die sich vielleicht in die Illegalität zurückziehen. Aber Sie wissen ja auch, weil Sie das NPD-Verbotsverfahren hier angesprochen haben, es ist immer ein Argument: Na ja, was passiert denn beim Verbot, die Leute sind ja nach wie vor da, und dann sind sie in der Illegalität, und da kann man sie nicht mehr so gut beobachten. - Das halte ich für kein tragendes Argument. Das ist meine Überzeugung.

Dann haben Sie die Frage der V-Leute angesprochen. Das ist ein heikles Thema. Ich habe damit zum Teil, wie Sie wissen, auch sehr negative Erfahrungen machen müssen.

Das kehrt dann wieder zu der Frage der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zurück. Ich glaube eben auch, dass die zersplitterte Struktur zwischen Bund und Ländern da auch zu erheblichen Schwierigkeiten führt. Ich kann nicht verhehlen, dass ich den Eindruck hatte im Zusammenhang des NPD-Verbotsverfahrens, dass es einen gewissen Wettbewerb gab zwischen Landesamt und Bundesamt, wer nun die meisten V-Leute hat, und man gegenseitig die Karten verdeckt hielt und sich auch nicht informiert

hat. Das ist alles ein sehr unhaltbarer Zustand.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es damals schon Überlegungen, das zu reformieren?

Zeuge Otto Schily: Darf ich gerade noch zwei Sätze vielleicht daran? Ich gehe dann sofort auf Ihre Frage ein. - Ich halte den Ausdruck „V-Leute“ auch für verfehlt, weil das den Eindruck erweckt, als ob diese Personen ein besonderes Vertrauen verdienen. Das ist, glaube ich, nicht der Fall; sondern der bessere Ausdruck wäre der neutrale Ausdruck „Informanten“. Dass man solche Informationszugänge braucht, das halte ich nach wie vor für geboten, sowohl was den Extremismus angeht als auch was die kriminelle Szene angeht. Aber der Ausdruck „V-Leute“ ist verfehlt. Vielleicht muss man da auch zu anderen Gegebenheiten, zu anderen Konstruktionen kommen, als es bisher der Fall war, auch mit der Art Verpflichtung, was es da so alles gegeben hat.

Es ist ja zum Teil der Eindruck entstanden, als ob sozusagen die V-Leute Bestandteil -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mitarbeiter der Behörden wären, ja.

Zeuge Otto Schily: - oder Mitarbeiter der Behörde sind. Nun könnte man ja auf die Ausdrucksweise einer anderen Organisation dann, die ich jetzt hier lieber nicht erwähne -- Sie wissen, dass eine frühere staatliche Ordnung hier einen Ausdruck gewählt hat, der ja auch eine Rolle spielte. Der wäre aber nun ganz, ganz falsch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn damals nach dem NPD-Verbotsverfahren, Herr Schily, als ja die Rolle der V-Leute mit dazu geführt hat, dass die Klage gar nicht erst angenommen wurde und die ganze Malaise deutlich wurde, auch in Ihrer Amtszeit noch mit den Innenministern oder im Verfassungsschutzverbund Überlegungen, zu sagen: „Wir müssen das jetzt reformieren; wir brauchen einen gewissen Überblick, wer zumindest zahlenmäßig wen wo hat“?

Zeuge Otto Schily: Ja. Ich denke auch, dass sich da einiges verbessert hat, hoffentlich jedenfalls. Jedenfalls war das der An-

satz. Für alle Beteiligten war das Scheitern des NPD-Verbotsverfahren ja ein Debakel sondergleichen, wobei in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings immer unberücksichtigt bleibt, dass eine Minderheit des Senats -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Vier - vier!

Zeuge Otto Schily: - das Verfahren gestoppt hat. Die Mehrheit des Senats war der Meinung, das NPD-Verbotsverfahren hätte durchgeführt werden sollen. Das wird in der öffentlichen Wahrnehmung leider ausgespart. Das ist da hinzuzufügen. Aber gut, ich will das alles nicht - - Ich habe mich vergeblich bemüht, da bestimmte Dinge auch darzustellen. Auch wenn man übrigens ein paar Dinge da herausgenommen hätte aus der Begründung, die mit V-Leuten in Verbindung gebracht wurden, wäre die Begründung ausreichend gewesen. Aber auch das ist ja seinerzeit von der Minderheit des Senats nicht anerkannt worden. Also ich glaube schon, dass man da einiges in Bewegung gebracht hat.

Ich bin aber der Überzeugung - das wiederhole ich zum dritten Mal -: Wir wären besser beraten, den gesamten Verfassungsschutz bundesweit zu organisieren über das Bundesamt mit einzelnen Abteilungen. Wir brauchen keine 16 Landesämter für Verfassungsschutz. Es gab ja einen anderen alternativen Ansatz, wenigstens die Landesämter zusammenzulegen. Ich glaube aber, die richtige Lösung ist die radikale. Es geht ja um den Schutz unserer grundgesetzlichen Ordnung. Das ist eben nicht nur Saarland oder Baden-Württemberg oder so. Das muss dann auch von einer Bundesorganisation verteidigt werden, und von ihr müssen die entsprechenden Aufgaben wahrgenommen werden. Ich werde damit kein Gehör finden, aber ich will es hier trotzdem noch mal zum Ausdruck bringen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die Debatte hält ja noch an, und wir sind ja da auch nicht am Ende des Diskussionsprozesses. Ich wäre da anderer Meinung als Sie; aber darum geht es jetzt heute nicht.

Mich würde mal interessieren, Herr Schily: Warum gab es nach dem erfolgreichen Verbot von „Blood & Honour“ mit „White Youth“ und dem dann aus den bekannten Gründen gescheiterten Verbots-

antrag gegen die NPD in Ihrer Amtszeit kein durchgeführtes Verbotsverfahren mehr, zum Beispiel Stichwort HNG, Hilfsorganisation nationaler - -

Zeuge Otto Schily: Wie heißt die?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die HNG, die jetzt verboten wurde, eine ganz kleine neonazistische Vereinigung, die immer auch schon im Visier des Verfassungsschutzes stand, die wurde jetzt erst verboten.

Aber für mich wäre die grundsätzliche Frage: Gab es keinen Bedarf mehr, war die Faktenlage zu schlecht, oder war es auch ein bisschen geprägt von der Erfahrung des NPD-Verbots, dass man da vorsichtiger ranging?

Zeuge Otto Schily: Nein, das glaube ich nicht, dass etwa da Zurückhaltung geübt worden wäre, weil das NPD-Verbotsverfahren gescheitert ist. Wir haben das NPD-Verbotsverfahren, wie Sie wissen, nicht wieder aufgelegt, weil wir natürlich uns nicht noch mal eine blutige Nase holten wollten. Inzwischen haben sich ja die Dinge etwas gewandelt. Selbst der damalige Bundesverfassungsrichter Hassemer sieht die Dinge vielleicht heute etwas anders, hoffentlich jedenfalls. Vielleicht ist auch die gesamte Faktenlage noch anders. Ich hoffe jedenfalls, dass man das durchsetzt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also es war keine Auswirkung des NPD-Verbots, dass man gesagt hat, man müsse ein bisschen vorsichtiger sein?

Zeuge Otto Schily: Nein. Mir sagt jetzt HNG auch gar nichts, ehrlich gesagt. Dieses Kürzel sagt mir überhaupt nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist die Hilfgemeinschaft nationaler Gefangener. Das ist sozusagen eine Betreuungsorganisation für einsitzende Rechtsextremisten gewesen, die sie sozusagen noch mal bestärkt hat, an ihrem antidemokratischen Kurs festzuhalten.

Zeuge Otto Schily: Ja, es tut mir leid, aber ich habe an diese Organisation im Moment keine Erinnerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wobei wir auch heute wissen, dass das Trio ja seine Einstiege bei der Radikalisierung und in Teilen seines Netzwerkes auch über diese Gefangenenbetreuung gefunden hat. Das wissen wir heute aus den 90er-Jahren; da haben die gezielt zu ausgesuchten einsitzenden Rechtsextremisten Kontakt gehalten, Briefe geschrieben, sie besucht; und das war ein Netzwerk, das sich dann auch später etabliert hat.

Zeuge Otto Schily: Aber ich könnte mich auch nicht erinnern, dass es dazu eine Vorlage gegeben hat, indem man gesagt hat: „Wir müssen das prüfen“, oder: „Entscheiden Sie, Herr Minister! Sollen wir die verbieten?“ Sie wissen, ich wäre immer eher fürs Verbot zu haben gewesen, glaube ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe noch zur „Ceska-Mordserie“, so wie sie damals hieß, eine Frage, und danach würde der Kollege Schuster Ihnen noch zwei, drei Fragen stellen.

Zeuge Otto Schily: Bitte schön.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei dieser „Ceska-Mordserie“ war irgendwann im Jahr 2006 - das ist nach Ihrer Amtszeit, aber die Frage hat trotzdem einen konkreten Bezug - eine sehr hohe Belohnung ausgelobt. Die Bayern, Günther Beckstein, haben viel Geld in die Hand genommen oder veranlasst, der Bund hat sich daran beteiligt. Es ging, glaube ich, in der Summe dann um - was waren es am Ende? Die Bayern wissen es immer auswendig - 600 000 Euro Belohnung für Hinweise in dieser Mordserie. Hinweis aufkommen verwertbar mit Taterkenntnissen: null. Wir haben uns immer gefragt, warum in einer Szene - jetzt mal unterstellt, es hätte noch irgendjemand von diesen Taten gewusst außer den dreien, was wir heute alle nicht sicher beantworten können - sich dann niemand gemeldet hat.

Könnte es ein Grund sein - und das ist meine Frage -, dass wir in diesen Milieus, wo es um Mord geht, um schwerste Verbrechen, eventuelle Mitwisser nicht über eine Geldsumme zur Aussage bewegen können, sondern über eine Kronzeugenregelung? Da hätte ich Interesse, wie Sie das einschätzen, weil wir da auch den politischen Streit hatten oder Diskurs, wie man es nennen will: „Brauchen wir eine umfassende Kronzeugen-

regelung?“, wenn man jetzt auch von den Erfahrungen dieser Serie ausgeht, es meldet sich niemand, immer unterstellt, es gab jemanden, der was gewusst hätte. Also: Wäre das ein besseres Instrument als hohe Belohnungen?

Zeuge Otto Schily: Herr Kollege Binninger, soweit ich das aus dem weiß, was ich so darüber gehört habe, was Mafiastrukturen angeht, nutzen Belohnungen nichts, aber, wie Sie richtig sagen, eine Struktur, was Kronzeugen angeht, wobei man nach meiner Meinung eine Differenzierung vornehmen muss: Das ist ja auch eine Belohnung, Kronzeuge, nicht?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Otto Schily: Wenn die Belohnung ein Tauschgeschäft ist gegen eine bestimmte Aussage vor Gericht, halte ich sie für problematisch, weil die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen dann doch mit einem großen Fragezeichen zu versehen ist. Es heißt: Du wirst für die Aussage ja bezahlt.

Ganz etwas anderes ist es, wenn ich jemandem eine Belohnung zukommen lasse, der zur Aufklärung einer Straftat etwas beiträgt. Also nehmen wir jemanden, der zu einem Waffenversteck führt oder zum Versteck eines Beschuldigten, eines Gesuchten, nehmen wir mal an, eines Mafiabosses. Wenn jemand da einen Hinweis gibt, der könnte sich da befinden, dann, finde ich, sollte man eine solche Regelung haben.

Jetzt bin ich ein bisschen überfragt, weil ich mich nicht darauf vorbereitet habe, wie die jetzige Lage ist. Gewisse Möglichkeiten gibt es ja heute schon nach der Strafprozessordnung in diese Richtung, glaube ich. Aber das müsste ich mir selber noch mal vor Augen führen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das wäre jetzt mehr die Bewertung zurück gewesen, ob es damals - -

Zeuge Otto Schily: Aber in der Tendenz haben Sie recht, dass, wenn man solche Strukturen aus der organisierten Kriminalität vor sich hat, eher jemand, dem auch ein gewisser Schutz gewährt wird, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hinterher!

Zeuge Otto Schily: - eine andere Identität usw., dann dazu beiträgt, so eine Aufklärung zustande zu bringen. Wie gesagt, die Grenze sehe ich dann in Belohnung gegen Zeugenaussage vor Gericht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gut. - Jetzt hat Kollege Schuster noch zwei, drei Fragen; dann wären wir mit unserem Fragekontingent durch.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schily, Sie haben sich genauso betroffen hier geäußert wie der Ministerpräsident a. D. und damalige Innenminister Beckstein; er hat sich hier auch so geäußert. Da Sie ihn aber jetzt selbst - ich weiß es natürlich nur aus der Presse - hier als guten Freund bezeichnet haben, drängt sich mir die Frage auf: Er war einer der ganz wenigen in Leitungsfunktionen, also in herausgehobener Leitungsfunktion, der ein richtiges Gespür entwickelt hat, dass es sich hier vielleicht um eine rechtsterroristische Tat handeln könnte, und aktiv Einfluss genommen hat, auch in diese Richtung zu ermitteln. Das haben wir sogar auf Dokumenten so wiedergefunden. In der BAO, die ja im Bereich Bayern lief, gab es sogar deswegen auch Richtungsstreit: Ist es nun die OK-Theorie oder ist es eben das andere?

Da er so aktiv da mit involviert war, habe ich mir die Frage gestellt, ob Sie vielleicht, wenn Sie mit Herrn Behrens da keine Erinnerung haben, sich erinnern können, dass Herr Beckstein mit Ihnen mal über diesen Fall gesprochen hat. Hat er Ihnen mal in irgendeiner Weise eine Andeutung gemacht, was es auch sein könnte? Hat er vielleicht darauf hingewiesen, dass der Fall eine größere Bedeutung hat, als er so in der normalen Bürokratie jetzt bearbeitet wurde?

Zeuge Otto Schily: Sie meinen jetzt die „Ceska-Morde“?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Otto Schily: Daran kann ich mich nicht erinnern. Das hätte mich ja alarmiert, wenn er mir gesagt hätte, Moment mal, da vermute ich jetzt mal einen rechtsextremistischen Hintergrund. Ich weiß nicht, ob er das auch öffentlich gesagt hat.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein!)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein, er hat nicht „Ceska-Mordserie“ gesagt; aber er hat als einer der Ersten, wenn nicht sogar als Erster, deutlich in die Richtung orientiert, auch seine Mitarbeiter: Prüft mal, ob das nicht auch ausländerfeindlich sein könnte!

Zeuge Otto Schily: Also, ich kann mich nur erinnern, dass Herr Beckstein im Zusammenhang mit „Wiese“, dieser Gruppe „Kameradschaft Süd“, schon mal auch von der braunen RAF gesprochen hat. Aber dass er im Zusammenhang mit den „Ceska-Morden“ irgendwo gesagt hat: „Wir prüfen auch einen Verdacht, dass das einen rechtsextremistischen Hintergrund hat“, das ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl hat eine Zwischenfrage, wenn der Kollege Schuster einverstanden ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Schuster, vielen herzlichen Dank. - Ich möchte nur ganz gerne das - Sie verzeihen bitte, Herr Schuster - korrigieren: Herr Beckstein hat nicht von einem rechtsterroristischen Hintergrund gesprochen, er hat auch seine Behörden nicht angewiesen, in diese Richtung zu ermitteln, sondern er hat auf dem Zeitungsartikel, nachdem Enver Simsek gestorben war - die acht Schüsse auf ihn sind am 9. September 2000 abgegeben worden; er ist dann später im Krankenhaus gestorben -, am 13. September 2000 notiert mit grüner Tinte: „Ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar?“ Und sechs Jahre später, nachdem neun Menschen ermordet worden waren, nach dem letzten Mordopfer Halit Yozgat in Kassel hat Herr Beckstein wieder auf den entsprechenden Zeitungsartikel, den er gelesen hat, notiert: „Könnte bei den Türkenmorden Fremdenfeindlichkeit das Motiv sein?“ Ich hatte das eben ja auch schon angesprochen: Herr Beckstein hatte den richtigen Riecher. Ich wollte nur, Herr Schuster, das noch mal klarstellen, wie Herr Beckstein da reagiert hat und wie er sich eingelassen hat. - Danke schön.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist auch gemeint. - Deswegen hatte ich jetzt die Hoffnung, dass Sie sagen: Mit Herrn Behrens habe ich jetzt nichts in Erinnerung. Sie sind ein Innenminister, der mir auch aus dem aktiven Leben

noch sehr bekannt ist, der da jetzt, glaube ich, nicht Erinnerungslücken hat. So wirken Sie nicht. Ich glaube jetzt eher - jetzt kommt meine zweite Frage; sie führt dazu hin - -

Zeuge Otto Schily: Ja, darf ich nur mal, weil Sie das so - - Das ist ja jetzt sehr konkret, was die Frau Kollegin Dr. Högl da angesprochen hat. Ich meine, wenn also in einem Fall auf einem Zeitungsartikel notiert wird und der Minister schreibt so was drauf, dann würde ich sagen: Dann muss die Ermittlungsbehörde dem auch nachgehen. Das weiß ich nicht, ob das dann geschehen ist. Also, auf einem Zeitungsartikel ein Fragezeichen zu machen - Entschuldigung -, ist ja zunächst mal sicher sehr wichtig. Also, wenn das von meiner Seite so gewesen wäre, hätte ich diesen Zeitungsartikel in das Haus gegeben und gesagt: Hören Sie mal zu, jetzt müssen Sie mal schauen, ist das nicht - - Oder ich hätte in der Sicherheitsrunde gefragt: Sagen Sie mal, gibt es dafür auch einen rechtsextremistischen Hintergrund oder einen ausländerfeindlichen?

Das würde mich natürlich interessieren, ob der Kollege Beckstein dann in dieser Weise das weitergegeben hat. Ich kann mich nicht erinnern, dass er sozusagen mich mal angesprochen hat: Na, es könnte, also da müssen wir dann - - Dann wäre ja auch - - Wissen Sie, wenn das so gewesen wäre, dann hätte ich gedacht: Na ja, da müssen wir mal sehen, ob wir nicht Bundesbehörden und Landesbehörden doch noch mal kurzschließen und dann in diese Richtung ermitteln.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, er hat das so weitergereicht. Ich will gar nicht auf das hinaus, damit Sie keine Sorge haben. Ich fange jetzt nicht an, dauernd die Bayern zu loben; darum geht es gar nicht.

Zeuge Otto Schily: Sie können gern die Bayern loben. Sind Sie bayerischer Abgeordneter?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will auf was ganz anderes hinaus.

Zeuge Otto Schily: Ich bin sehr dafür, dass Sie die Bayern loben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will auf was ganz anderes hinaus.

Zeuge Otto Schily: Bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Diese Frage, Herr Schily, habe ich schon mehreren - ich sage einmal - obersten Leitungskräften gestellt.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Bei Ihnen stelle ich sie besonders gerne, weil ich Sie in Erinnerung habe als jemanden, der, wenn es drauf ankam, keine Hierarchie kannte und bis unten - -

Zeuge Otto Schily: Richtig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So. - Was mich schon seit Monaten interessiert, ist: Wenn Sie heute so betroffen sind, wie bewerten Sie auch als Minister - ich habe diese Aufgabe nie gemacht - die Tatsache, dass fast alle politischen Leitungsträger, übrigens egal, welcher Fraktion sie angehören, hier letztlich zum Ausdruck bringen: „Ich bin ja hier nicht der erste Polizist. Das lief unter mir. Das müssten doch die Behörden in meinem Verantwortungsbereich - - Da muss ich mich doch drauf verlassen“? Das höre ich seit Monaten. Das gilt auch in der Tagesroutine, wenn man Minister ist, mit Sicherheit unglaublich oft. Ich stelle mir jetzt die Frage - weil Sie so selbstkritisch sind, da hätte ich gern Ihre Antwort mal -: Sieben Morde quer durch Deutschland, eine Waffe, x Kriminalpolizisten, die einfach nicht zu einer Lösung kommen - was muss passieren, bis das bis zu Ihnen „hocheskaliert“ wird? Das ist ja keine Schuldzuweisung an Sie. Es ist ja teilweise gar nicht „hocheskaliert“ worden; heute Morgen haben wir das ja mitbekommen.

Zweite Frage: Würden Sie heute sagen, vielleicht die eine oder andere politische Leitungsaufgabe beiseitelegen und in bestimmten Fällen das tun, wobei ich Sie oft erlebt habe? Da muss - ich sage es mal jetzt salopp - Chef selbst durchgreifen, ob jetzt in einem Unternehmen, in einer Behörde oder in einem Ministerium. Das gilt jetzt für Generalbundesanwaltschaft, das gilt für Regierungspräsidien, das gilt für Ministerien. Ich

suche noch nach dem, der sagt: Das ist Chefsache, sieben Morde ungeklärt, eine Waffe, ganz Deutschland. - Das waren natürlich nicht nur Sie. Ich erhoffe mir jetzt nur mal Ihre Einschätzung dazu.

Zeuge Otto Schily: Also, wissen Sie, es gab ja Morde auch im Mafiamilieu, dem italienischen Mafiamilieu, wie Sie wissen. Ich glaube, das war irgendwo in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Duisburg!)

Das kommt in der Tat nicht bis an den Minister ran normalerweise, zumal wenn das auf der Landesebene ermittelt wird. Das mag aber auch -- Ich muss da Verständnis für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben: Die sehen den Minister als jemanden, der die politischen Vorgaben zu geben hat, der auf der politischen Ebene zu agieren hat, aber in die operative Arbeit normalerweise nicht einbezogen ist.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel geben, was jetzt mit Ihrem ganzen Untersuchungsgegenstand nichts zu tun hat, aber das mir in diesem Zusammenhang in Erinnerung geblieben ist und wo ich eigentlich versucht habe, ein bisschen dem entgegenzuwirken. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran noch erinnern. Es gab - das war ganz zu Anfang meiner Amtszeit - einen Erpressungsfall zulasten der Bundesbahn. Wir wussten damals nicht genau: War das ein Einzeltäter oder eine Gruppe? Der fing erst mal an, und die verfügten offenbar über Fachkunde, die brachten schon einen Güterzug zum Entgleisen, und dann fingen die an, an der ICE-Strecke zu manipulieren. Ich hatte natürlich den schrecklichen Unfall des ICE-Zuges da noch vor Augen, und ich habe schlaflose Nächte gehabt, dass sich so ein Ereignis aufgrund dieser Erpresser wiederholen könnte.

Die Haltung eigentlich meines Ministeriums ist: Der Minister muss das nicht sehen. Ich bin rein zufällig auf diesen Vorgang gestoßen und habe dann gesagt: In diesem Fall kommt alles auf den Ministerisch. Wir haben dann auch eine ganze Menge an Vorsorgemaßnahmen getroffen; das ist dann der Öffentlichkeit weitgehend verborgen geblieben. Wir haben Grenzschutzbeamte von der Grenze abgezogen, um die Schienenstränge zu überwachen, und was wir da alles gemacht haben. Zum Schluss hat das BKA sehr gute Arbeit

geleistet und diesen Erpresser gefasst. Es ging um eine Einzelperson. Der ist inzwischen zu lebenslänglich verurteilt worden.

Das ist für mich so ein Beispiel, dass es die Tendenz gibt im Hause, nicht alles an den Minister rankommen zu lassen. Und die eine Vorlage -- Darüber hat offenbar, wie Sie gesagt haben, die Frau Hammann heute Vormittag auch schon berichtet, dass die Vorlage, was das Kölner Attentat angeht, gar nicht mehr an mich weitergegeben worden ist. Da muss ich vielleicht selbstkritisch sagen, dass ich vielleicht an der Stelle zu wenig aktiv geworden bin. Das können Sie mir heute vorhalten. Den Vorwurf muss ich mir dann gefallen lassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit der Union ist erschöpft. Dann wäre jetzt wieder die sozialdemokratische Fraktion am Zuge. - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Schily, ich habe noch drei Fragen zu dem Thema „Einschätzung des Rechtsextremismus“. Sie haben ja deutlich gemacht, dass Sie da engagiert waren.

Ich möchte noch einmal auf etwas zu sprechen kommen, was Herr Binninger vorhin angesprochen hat, nämlich die Einschätzung des damaligen Vizepräsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Fritsche, aus dem September 2003 - Sie selber haben es auch thematisiert - unter expliziter Bezugnahme auf die drei Bombenbauer aus Jena, die untergetaucht waren, und dann das Ergebnis, dass die drei nichts tun, dass die ungefährlich sind und bisher keine Gewalttaten begangen haben. Sie haben das ja jetzt auch gesehen im Zuge Ihres Aktenstudiums und so. Ich möchte Sie einfach mal fragen: Das hat Sie ja nie erreicht; das ist bis zur Ebene der Unterabteilungsleiter gegangen.

Zeuge Otto Schily: Nein, diese Vorlage hat mich erreicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Die hat Sie nicht erreicht, nicht? Oder doch?

Zeuge Otto Schily: Nein, nein, diese Vorlage war aus 2003.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, genau. Die haben Sie jetzt gesehen.

Zeuge Otto Schily: Nein, nein. Die hat mich damals auch erreicht. Warten Sie mal!

Dr. Eva Högl (SPD): Ach so, okay. Dann habe ich das überhört.

Zeuge Otto Schily: Die ist sogar von mir abgezeichnet.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann haben wir das jetzt korrigiert.

Zeuge Otto Schily: Die ist am 14. September von mir abgezeichnet.

Dr. Eva Högl (SPD): Aha, alles klar.

Zeuge Otto Schily: Und zwar ist die mir sogar unmittelbar vorgelegt worden. Ich sehe da nicht das Zeichen von Herrn Diwell, dem Staatssekretär.

Dr. Eva Högl (SPD): Aha, alles klar. Dann hatte ich das vorhin überhört. Gut, dass ich noch mal nachgefragt habe. Dann haben wir das jetzt klargestellt.

Ich möchte ganz gerne von Ihnen noch mal wissen: Können Sie sich erklären, wie Herr Fritsche dazu gekommen ist, damals so eine Fehleinschätzung zu machen? Wir haben ihn das auch gefragt; er war ja hier als Zeuge, er ist ja jetzt Staatssekretär.

Zeuge Otto Schily: Welche Fehleinschätzung?

Dr. Eva Högl (SPD): Diese Fehleinschätzung, dass die drei Untergetauchten bisher keine Gewalttaten verübt haben. Ich habe Herrn Fritsche auch gefragt, als er hier als Zeuge war: Wie kamen Sie denn zu dieser Einschätzung? Wie konnten Sie das so feststellen? Denn auch da hatte ja Herr Beckstein, wenn man das jetzt im Nachhinein betrachtet, den richtigen Riecher; denn er hatte ja anlässlich des „Wiese“-Verfahrens die Frage aufgeworfen: Gibt es so was wie eine braune RAF? Das war ja, im Nachhinein betrachtet, natürlich von Herrn Beckstein auch in die richtige Richtung gefragt.

Haben Sie eine Erklärung dafür, wie das vom Bundesamt für Verfassungsschutz von Herrn Fritsche als Vizepräsidenten so falsch eingeschätzt werden konnte?

Zeuge Otto Schily: Nein. Ich wüsste aber nicht, dass Herr Beckstein bei allem Anerkennen des richtigen Riechers, wie Sie sagen, etwa gesagt hat, diese Gruppe da ist - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, er hat die allgemeine Frage damals formuliert anlässlich des „Wiese“, des vereitelten Sprengstoffanschlags: Gibt es eine braune RAF?

Zeuge Otto Schily: Das bezog sich meiner Meinung nach auf die „Kameradschaft Süd“.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Otto Schily: Das hat er schon sozusagen als Nukleus, glaube ich, einer Roten Armee Fraktion gesehen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, und daraufhin - -

Zeuge Otto Schily: Und das ist ja auch sehr ausgiebig diskutiert worden, hat zu einem Verfahren beim Generalbundesanwalt geführt, ist in dem Bundesverfassungsschutzbericht aufgenommen worden, ist hier mir ausführlich dargelegt worden. Da kommt eben dieser Passus, über den ich jetzt auch wieder gestolpert bin; aber da wird - ich weiß nicht, was Herr Fritsche dazu gesagt hat, der aber ein sehr tüchtiger Beamter ist -, na ja, „soweit erkennbar“ - - Ja, gut. Ich glaube eben, dieses „soweit erkennbar“ ist so eine salvatorische Formulierung; da hätte man sich vielleicht um Stärke und Erkennbarkeit bemühen müssen. Also, ich glaube, nach allem, was ich heute weiß - das ist mir aber damals nicht so, glaube ich, berichtet worden -, dass der Fahndungsdruck auf diese Gruppe viel zu gering war, viel zu gering. Das ist eben, was mich auch sehr irritiert in diesem Vermerk, wenn man das mal genau liest: Man sagt, es gibt ein Unterstützerfeld, das unterstellt man ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: Dann muss man doch in dieses Unterstützerfeld, auch im Sinne des Fahndungsdruckes. Das ist eigentlich die logische Folgerung.

Dr. Eva Högl (SPD): Und was uns hier auch aufgefallen ist, ist, dass das theoretisch

sche Wissen vorhanden war über bestimmte Dinge, also: „Es könnten sich kleine Gruppen bilden aus der rechtsextremen Szene, einen bewaffneten Kampf machen“, oder dass es keine Bekennerschreiben gibt. Also, dieses theoretische Wissen, das damals auch schon vorhanden war - das ist ja auch in entsprechenden Darstellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz nachzulesen -, ist nicht in Zusammenhang gebracht worden mit dem, was man tatsächlich hatte, nämlich einer untergetauchten kleinen Gruppe von Rechtsextremen. Und das ist ja - -

Zeuge Otto Schily: Mein Eindruck ist: Es war eine Fehleinschätzung dieses Gefahrenpotenzials. Diese Gruppen - so eben auch diese Kleingruppe, die hier genannt wird - hat man eigentlich - glaube ich nach alledem, was ich da nachvollziehen kann - immer mehr so gesehen, dass die mehr „harmlosere Dinge“ machen, dass sie mal irgendwie eine Bombenattrappe oder scheußliche Nazi- und antisemitische Propaganda machen oder mal einen Brandanschlag machen. Aber dass diese Gruppe in der Lage ist, Kapitalverbrechen zu begehen, das hat man nicht gesehen.

Dr. Eva Högl (SPD): Sicherlich eine der maßgeblichen Fehlerquellen, dass man das nicht richtig beobachtet hat, nicht richtig analysiert hat und zu falschen Konsequenzen gekommen ist.

Ich möchte Sie gerne mal fragen, daran anknüpfend - -

Zeuge Otto Schily: Darf ich noch einmal dazwischen gehen?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: Ich weiß nicht, ob man inzwischen nachträglich eigentlich ein Bewegungsbild von dieser Gruppe hat, Mundlos, Bönnhardt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Das weiß ich auch nicht.

Zeuge Otto Schily: Gar nichts. Das wäre ja interessant zu wissen, mal ein Bewegungsbild von denen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

(Zuruf von der FDP: Das weiß keiner!)

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Wir wissen nicht, wo die Waffe war!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat nach wie vor die SPD-Fraktion. Da sind wir uns ja einig. - Bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Das mit dem Bewegungsbild können wir nicht klären. Aber, Herr Schily, noch einmal zu dem Thema Verharmlosung von Rechtsextremismus oder dessen nicht richtige Einschätzung.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir hatten den 11. September 2001, einschneidend für die gesamte Sicherheitspolitik. Da haben Sie sich ja auch engagiert. Meine Frage ist, ganz deutlich gefragt: Ist das Thema Rechtsextremismus auch im Zuge der Bekämpfung des islamistischen Terrors nach dem 11. September 2001 etwas von der politischen Agenda oder aus dem Blickwinkel gerutscht?

Zeuge Otto Schily: Nein, aber die Gefahr ist eben nicht so hoch eingeschätzt worden wie die des islamistischen Terrorismus. Das Gefahrenpotenzial aus dem islamistischen Terrorismus wurde sehr hoch eingeschätzt, auch zu Recht, ja. Man muss ja an dieser Stelle auch einmal sagen: Da haben unsere Sicherheitsbehörden hervorragende Arbeit geleistet.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: Alle Anschlagspannungen, die aus dem islamistischen Terrorbereich stattgefunden haben, sind durch Frühaufklärung vereitelt worden. Zum Teil hat der Kommissar Zufall auch ein bisschen geholfen. Aber da haben die Sicherheitsbehörden hervorragende Arbeit geleistet.

Aber dass man den Rechtsextremismus als solchen nun praktisch beiseitegelegt hat, kann ich nicht sehen. Für uns war das ein großes Thema in der rot-grünen Bundesregierung. Das gilt für beide Partner, sowohl für die Grünen als auch für die SPD. Ich

glaube, dass wir uns auch weiter in der Richtung bemüht haben. Es war dann auch eine Debatte, zum Beispiel: Wie sollen rechtsextremistische Gewalttaten eingestuft werden? Sie wissen, dass das auch ein Thema zwischen Bund und Ländern war: Wie kann man das noch präziser fassen, damit das nicht - -

Bei manchen Dingen gab es eine Tendenz, das eher so in die allgemeine Kriminalität einzuordnen. Auch darum haben wir uns bemüht, und wir haben auch versucht, eben auf verschiedene Weise dagegen vorzugehen, dass hier nicht so befreite Zonen, wie das von der neonazistischen Szene genannt wurde, entstehen usw., also auch im präventiven Bereich, im kriminalpräventiven und auch im allgemeinpräventiven Bereich den Rechtsextremismus zurückzudrängen. Das war für mich immer eine ganz wichtige Hauptaufgabe. Sie können mir aus meiner Biografie glauben, dass mir das sehr ernst war.

Dr. Eva Högl (SPD): Die Frage ist halt: Woran lag es, dass der Rechtsextremismus von den Sicherheitsbehörden so unterschätzt wurde?

Zeuge Otto Schily: Ich glaube nicht, dass der - -

Dr. Eva Högl (SPD): Das betrifft ja sowohl die Polizei als auch den Verfassungsschutz.

Zeuge Otto Schily: Nein, nein; da muss ich Ihnen widersprechen. Ich glaube nicht, dass der unterschätzt worden ist in seiner Bedrohung. Es ist nur das Ausmaß der Bedrohung nicht erkannt worden: Das ist eine solche Gruppe.

Ich finde, wir müssen auch vorsichtig sein. Wer aus dem Rathaus kommt, ist ja immer klüger.

Dr. Eva Högl (SPD): Das haben schon mal Zeugen hier zu uns gesagt. Aber ich komme jedenfalls nicht aus dem Rathaus.

(Zurufe)

- Ja, ja, ich weiß. - Wir bemühen uns hier wirklich im Untersuchungsausschuss, Herr Schily - das sage ich gerne noch einmal -, nicht mit dem Blick von heute - heute sind wir alle miteinander klüger, ob wir aus dem Rathaus kommen oder nicht - darauf zu gucken,

sondern wir versuchen, uns hineinzusetzen - deswegen haben wir auch Sie als Zeugen -: Wie war es damals?

Zeuge Otto Schily: Das ist auch aller Ehren wert. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Aufgabe leisten. Da möchte ich noch mal auf den Brief, den Frau Pau da zitiert hat, zurückkommen. Wir sind es den Opfern schuldig, dass das also wirklich rückhaltlos aufgeklärt wird.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Otto Schily: Ich kann Ihnen nur wünschen, dass Ihnen diese Aufklärungsarbeit vollständig gelingt.

Dr. Eva Högl (SPD): Da brauchen wir noch viel Unterstützung. - Ich habe eine letzte Frage noch zu dem Thema Einschätzung, Einstellung und so.

Zeuge Otto Schily: Bitte schön.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement auch von den Strukturen gesprochen, Föderalismus und so. Ich habe manchmal schon gesagt: Die Mörderbande hat sich den Föderalismus zunutze gemacht. Das ist ein bisschen böse, ja; aber durch den Föderalismus ist viel verhindert worden an Informationsaustausch.

Ich will jetzt mal einen ganz anderen Punkt ansprechen, nämlich die Frage der Einstellung. Also, Rechtsextremismus nicht so ernst genommen, wie es notwendig gewesen wäre, ist der eine Punkt. Aber der andere Punkt ist etwas, was mich beschäftigt: das Thema Einstellung zu den Opfern, sowohl bei den Sprengstoffanschlägen in Köln als auch bei den neun Mordopfern mit Migrationshintergrund; die Polizistin Michèle Kiesewetter nehme ich da etwas aus. Aber wenn Sie darauf schauen, wie Polizeiarbeit auch möglicherweise von Vorurteilen gelenkt war - Stichwort kriminelles Milieu, falsche Verdächtigungen und so -: Wie beurteilen Sie das? Sie haben sich darüber ja sicherlich auch Gedanken gemacht.

Mich hat der richtige Riecher von Beckstein so verblüfft, der das erste Mordopfer in Nürnberg kannte, den Blumenhändler, und der Kontrast zu dieser Distanz zu den anderen Opfern auch beim Sprengstoffanschlag in der Keupstraße, über den wir

heute schon viel gesprochen haben: Keiner fährt hin, kriminelles Milieu wird vermutet, PKK-Hintergrund. Ich möchte Sie gerne einmal fragen, wie Sie das einschätzen.

Zeuge Otto Schily: Ich kann das natürlich ohne Kenntnis sozusagen dessen, wie die Ermittlungen geführt worden sind, nur schwer beurteilen. Aber das, was mir hier heute zum Teil vorgehalten worden ist und was ich gehört habe, um noch mal auf den Brief zurückzukommen, das ist natürlich erschreckend und in hohem Maße unsensibel, und es mögen da auch ein paar Vorurteile eine Rolle gespielt haben.

Es ist aber auch manchmal so, dass, wenn man sich erst einmal sozusagen auf einer bestimmten Schiene befindet - man muss ja auch den Polizeibeamten sehen -, um es vorsichtig zu sagen, vielleicht ein Tunnelblick entsteht. Es ist jetzt schwierig. Ich mache mich da auch nicht jetzt zu dem, der das jetzt von der höheren Warte zu beurteilen hat; das steht mir gar nicht zu. Ich weiß, wie schwierig es Kriminalbeamte haben, aus einem großen Puzzle von vielen Einzeltatbeständen dann zu einem Ergebnis zu kommen.

Das habe ich ja eingangs auch gesagt. Wenn man sich einmal vorstellt: Wir haben hervorragende Polizeien, wirklich, auch hervorragende Kriminalpolizeien, und es gibt große Erfolge auch in der Beharrlichkeit von Kriminalbeamten, die einen bestimmten Tatverdacht äußern. Gerade vor diesem Hintergrund ist es natürlich erschreckend, dass über einen so langen Zeitraum diese Dinge nicht ermittelt worden sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Diese Einschätzung teilen wir hier ja auch, nachdem wir uns über ein Jahr lang damit befasst haben. Trotzdem haben wir hier solche schrecklichen Fehler der Polizei oder so absurde Ermittlungsmethoden wie die, dass in Nürnberg und München eine Dönerbude aufgebaut und betrieben wird - Sie haben davon gehört - oder ein Hellseher aus dem Iran eingeflogen wird.

Zeuge Otto Schily: Ein Hellseher ist natürlich wirklich - -

Dr. Eva Högl (SPD): Das sind die Dinge, mit denen wir hier zu tun haben. Aber ich danke Ihnen da für Ihre Einschätzung.

Zeuge Otto Schily: Ich meine, da muss man, wenn ich das noch mal sagen darf - - Das gilt natürlich dann auch in besonderem Maße für diejenigen, die die Ermittlungen führen, die Führungsaufgaben haben; denn man soll da zuallerletzt den kleinen Polizeibeamten jetzt hier vor Augen haben. Vielmehr bietet sich in allererster Linie die Frage an diejenigen an, die die Führungsaufgabe hatten in einer solchen Ermittlungsgruppe. Sie müssen dafür sorgen, dass die notwendige Sensibilität an den Tag gelegt wird.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank.

Zeuge Otto Schily: Bitte schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat jetzt die FDP das Fragerecht. Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Schily, wenn ich das richtig sehe, wurde in unserem Fall nichts an Sie herangetragen, weder bei der „Ceska-Mordserie“ noch beim Anschlag in der Keupstraße. Sie sprachen davon: Das war keine Chefsache. - Sie sprachen eben gerade von der Führungsaufgabe. Da möchte ich schon mal wissen: Aber der Fall el-Masri war Chefsache?

Zeuge Otto Schily: Ich fürchte, das gehört jetzt nicht zum Untersuchungsausschuss, Herr Kollege.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die FDP hat keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Herr Schily, ich würde Sie gern zu Folgendem fragen: Im Jahresbericht 2004 des Bundesamtes für Verfassungsschutz finden wir unter der Überschrift „Rechtsextremistische Bestrebungen“ auf Seite 41 folgende Beschreibung:

Insbesondere im - Anfang 2004 neu eingerichteten - deutschsprachigen Forum der britischen Homepage „combat18.org“ stellen deutsche Rechtsextremisten wiederholt strafrechtlich relevante Beiträge ein, darunter diverse Gewaltaufrufe.

Ein Nutzer mit dem Pseudonym „Germanwarrior88“ schreibt beispielsweise in einem Eintrag vom 14. Januar 2004: „Hi, ich benötige ein paar Anleitungen, für Rohrbomben etc., egal was, Hauptsache, es knallt. Ich will mit meinen Kameraden ein paar Bomben bauen und zum Beispiel eine Punkerhütte zerstören oder einen Türkenladen. Für Links oder Anleitungen wäre ich dankbar.“

Der Forumsteilnehmer „AusländerRaus“ suchte Mittäter für eine gewaltsame Aktion gegen eine Person, von der er unter anderem Fotos und Telefonnummern veröffentlichte, und schrieb dazu: „Den sollte man gleich doppelt töten.“ An anderer Stelle forderte er: „Ein zweites Rostock-Lichtenhagen muss her.“

Das alles ist in einem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der zumindest nach meinem Kenntnisstand ja auch immer sozusagen vom Innenminister mit vorgestellt wird.

Zeuge Otto Schily: Richtig.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Können Sie sich irgendwie erklären - das schließt ein bisschen an die Frage der Kollegin Högl an -, warum angesichts dieser Aussagen - das haben wir ja jetzt hier schon festgestellt - eigentlich niemand auf die Idee gekommen ist, dass das nicht nur aufgeschrieben wird, sondern tatsächlich auch in die Tat umgesetzt wird?

Zeuge Otto Schily: Also, ich gehe schon davon aus, dass dieser Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder die Informationen, die diesen Aussagen da zugrunde gelegen haben, auch den entsprechenden Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt worden sind und zu entsprechenden Ermittlungen geführt haben - das kann ja nicht anders sein; das kann man ja alles möglicherweise schon in Richtung von Anschlagplanungen klassifizieren -, mindestens aber bei den Verfassungsschutzbehörden diese Fragen noch mal näher beleuchtet worden sind. Es werden ja auch bestimmte Personen benannt, wie Sie gerade zitiert haben. Dass man das dann wiederum nicht mit den Vorgängen, die heute der NSU zugeordnet werden, in Verbindung gebracht hat, ist sicher zu

beklagen. Aber ich kann nicht beurteilen, warum das nicht geschehen ist.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ich frage dann noch mal konkreter nach und gehe dazu in das Jahr 1998.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Die drei haben sich gerade in der Illegalität eingerichtet, sind also untergetaucht. In den Akten des BMI finden wir einen Sprechzettel für die PKK-Sitzung am 27. Mai 1998 zur „Entwicklung rechtsextremistischer Gewalttäter in 1997 - mögliche terroristische Ansätze?“. Das ist MAT A BMI-4/53, Blatt 213 f. Da wird auf den Bombenfund in der Garage in Jena verwiesen; die Namen der drei tauchen auf. Weitere Fälle von erheblichen Rohrbomben- und Waffenfunden bei Neonazis in Berlin, Sachsen und Brandenburg werden da auch genannt. Dann folgt eine Bewertung; sie lautet:

Rechtsextremisten legen ihre Sprengstoff- und Waffenbestände meist nicht im Rahmen einer klaren Strategie an oder mit dem Ziel, zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Personen anzugreifen. Sie rüsten sich vielmehr für einen ungewissen „Tag X“ und erliegen oftmals auch allein der Faszination von Waffen und Sprengstoff.

So ähnliche Einschätzungen finden wir halt immer wieder in den Berichten an nachgeordnete Behörden.

Jetzt haben Sie mehrmals gesagt, Sie können sich nicht erinnern, dass in nachrichtendienstlichen Lagen explizit darauf Bezug genommen worden ist. Haben Sie vielleicht trotzdem nach dem Vorhalt jetzt eine Erinnerung, dass sozusagen aus dem Sprechzettel für das Parlamentarische Kontrollgremium die drei Namen auftauchen, auftaucht, dass Nazis sich Waffen beschaffen, und teilen Sie oder haben Sie damals die Einschätzung geteilt, dass sie wahrscheinlich abwarten und nichts machen werden? Wie sind Sie, wenn Sie diese Einschätzung geteilt haben, zu dieser Auffassung gekommen, also: „Da haben wir Leute, die sammeln Waffen“?

Zeuge Otto Schily: Von wann war diese Vorlage?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): 98.

Zeuge Otto Schily: Welches Datum?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Vom 27. Mai 1998.

Zeuge Otto Schily: Da war ich nicht im Amt.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Da waren Sie noch nicht Innenminister. - Okay, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das dürfte Herr Kanther gewesen sein, wenn ich es recht in Erinnerung habe.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ein kleiner Unterschied!)

Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Abgeordnete Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kollegin, ich habe darüber auch schon dauernd nachgedacht. Aber ich war da noch nicht im Bundestag und auch noch nicht im PKG, weil das in dem halben Jahr vorher war.

Ich habe zwei Fragen. Das eine ist: Sie sind ja bereits nach „Combat 18“ gefragt worden. Wir wissen, auch aus Befragungen hier vor dem Ausschuss, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz dieser Spur damals sehr intensiv nachgegangen ist. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sogar Bomben, die von „Combat 18“ in London gelegt worden sind, Nagelbomben, mit der Zusammensetzung der Bombe in Köln verglichen, hat dann Schlussfolgerungen gezogen, die Kölner sei professioneller hergestellt -

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die Kölner Bombe sei professioneller hergestellt worden als die in London -, -

Zeuge Otto Schily: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und hat, weil für das Bundesamt für Verfassungsschutz offenbar im-

mer deutlicher wurde, dass da ein rechtsextremer Hintergrund ist, dann offenbar sogar Ermittlungen im Raum Köln angestellt: Wer kommt in Betracht als Täter? Es hat den einen Riesenfehler gemacht, dass sie nur nach Köln-Süd und nicht in die ganze Bundesrepublik geguckt haben, wer in Betracht kommt.

Ist Ihnen von diesem ganzen Vorgang, der sich ja über Monate hingezogen hat und sehr intensiv betrieben worden ist, irgend etwas bekannt geworden? Also, Sie haben ja selber gesagt, es gab Gespräche in Sicherheitslagen. Ist Ihnen da irgendwann einmal dazu berichtet worden: „Die sind voll darauf, da kommen eigentlich nur Rechtsextreme in Betracht, wir sehen auch die ganzen Parallelitäten zu den Anschlägen in London usw.“?

Zeuge Otto Schily: Es spricht vieles dafür, dass das auch dann von Herrn Fromm oder von Herrn Fritsche, je nachdem, wer dabei war, vorgetragen worden ist. Aber ich habe keine Erinnerung daran.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Erinnerung?

Zeuge Otto Schily: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann komme ich noch auf Ihre zweite Erinnerung. Hier ist ja viel diskutiert worden, wie Sie sich geäußert haben, dieses eine Interview, das wir hier gesehen haben, und da stand sehr viel, auch Unterschiedliches, nachher in Zeitungen. Das ist alles diskutiert worden.

Zeuge Otto Schily: Moment! Was jetzt? Welches Interview meinen Sie jetzt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Otto Schily: Welches Interview meinen Sie?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Interview in der *Tageschau*.

Zeuge Otto Schily: Ach so, das, was wir hier gesehen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wir vorhin gesehen haben; deswegen zeige ich dort hoch.

Zeuge Otto Schily: Das war kein Interview, sondern es war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu will ich Sie aber gar nicht mehr fragen - dazu ist schon genug gefragt worden -, sondern ich will an etwas ganz anderes anschließen, was Sie gesagt haben: Das Allererste, was ein Kriminalist macht, was vielleicht auch ein Bundesinnenminister macht, ist, dass er sich anguckt: Wie war das Opus Operandi?

Zeuge Otto Schily: Modus Operandi!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Modus Operandi. - Wie sind die vorgegangen? - Haben Sie das mal daraufhin analysiert, nach den Anfangsinformationen, die Sie hatten? Also erstens, dass in einem türkischen Geschäfts- und Wohnviertel - so steht das schon am 09.06., also schon am Tattag, auch in den ersten Berichten - die Opfer, die Verletzten, auch der Schwerverletzte ganz, ganz überwiegend - bis auf zwei, glaube ich - Menschen türkischer Abstammung sind. Auch wie das Ganze sehr ungezielt, also mit diesen Zimmermannsnägeln, gemacht worden ist. Es richtet sich ja nicht gegen eine konkrete Person, sondern ist ungezielt. Das kam ja auch in dem Fernsehbeitrag vor.

Ich frage also, ob Sie allein von diesen wenigen Indizien, die am Anfang da waren, darauf gekommen sind, dass man doch mindestens mal nachgucken muss, ob die Täter oder der Täter nicht im rechten Milieu anzusiedeln sind; man wusste ja nicht, ob es mehrere sind.

Zeuge Otto Schily: Ich kann nur wiederholen, dass ja offenbar das - - Wenn man mal unterstellt, dass mir auch berichtet worden ist, dass ja die Staatsanwaltschaft, wie gesagt, in alle Richtungen ermittelt hat, auch rechtsextremistisch, auch terroristisch - - Modus Operandi, Herr Kollege Ströbele, ist ein bisschen etwas anderes als das, was Sie jetzt dargestellt haben, was Indizien angeht. Modus Operandi würde heißen, festzustellen: Was ist da für eine Sprengstoff-

einrichtung, was ist für ein Sprengstoff verwendet worden? Das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nägel.

Zeuge Otto Schily: Ja, die Nägel, ich weiß. Aber auch: Welcher Sprengstoff? Wie ist dieser Sprengstoff hingebraucht worden? Da spielt dieses Fahrrad eine Rolle. Das ist alles Modus Operandi. Da ist die Frage, ob man da nicht Vergleichstatbestände aus anderen Zusammenhängen hätte sehen können. Das ist die Frage, die sich mit Recht heute stellt. Aber ich bin nun nicht derjenige gewesen, jedenfalls in der damaligen Situation, der sich mit diesen kriminalistischen Fragen auseinandergesetzt hat. Das habe ich nicht, sondern das war nun Aufgabe der Ermittlungsbehörden. Und ich glaube, man darf das auch nicht - - Wenn ein Minister nicht mehr darauf vertrauen kann, dass Ermittlungsbehörden, sagen wir mal, diese Dinge ordnungsgemäß und verantwortungsvoll angehen, dann wird die Sache ja schwierig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mal unabhängig von der Einschätzung, die Ihnen vorgelegt worden ist: Sie haben sich sicher auch selber Gedanken gemacht und gedacht: Was kann denn hinter diesem schrecklichen Anschlag sein? Was kann das Motiv sein, was kommt da in Betracht? - Es ist ja nicht nur so, dass die Leute dort vor Ort, die da nachher demonstriert haben, oder das Bundesamt für Verfassungsschutz auf die Idee kamen, da muss etwas Rechtes dahinter sein, etwas Fremdenfeindliches, sondern von den Opfern, von der Zielrichtung dieses Anschlages her - ich sage nicht, von daher ist das bewiesen; natürlich nicht - spricht doch etwas dafür, dass man sagt, da muss man mal genau nachgucken.

Zeuge Otto Schily: Herr Ströbele, schauen Sie sich diesen Lagebericht noch mal an, den des BND, der vermutlich die Grundlage dessen war. Da ist eine ganz knappe Darstellung. Das ist ein Absatz. Ich werde in einer Pressekonferenz, die ein ganz anderes Themenfeld vor sich hat, mit der Frage konfrontiert und hatte dazu diese Informationen. Nun habe ich diese Informationen weitergegeben. Was sich dann daraus ergeben hat, was ich dann da vielleicht noch

für Überlegungen hatte oder nicht, das kann ich heute nicht mehr wiedergeben.

Möglicherweise haben wir in dem Leitungskreis dann auch gesagt: Es muss in alle Richtungen ermittelt werden, vielleicht spricht einiges für einen rechtsextremistischen Hintergrund. - Aber das ist ja dann auch nicht mehr in irgendeiner öffentlichen Äußerung noch mal artikuliert worden. Ich bin auch nicht mehr darauf angesprochen worden. Wie gesagt, es ist auch nicht mehr in irgendeinem Ausschuss oder in irgendeinem anderen Gremium - auch nicht von den Grünen, die sich ja auch immer sehr an die Spitze gestellt haben, wenn es darum ging, rechtsextremistische Fragen zu diskutieren - noch mal zur Sprache gebracht worden. Man musste in einem solchen Zusammenhang, wenn man weiß, dass in alle Richtungen ermittelt wird, darauf vertrauen, dass die Ermittlungsbehörden zu den richtigen Ergebnissen kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, da will ich aber noch mal eine Frage nachschieben. Nun sind Sie bei einer Pressekonferenz, wo es eigentlich um etwas ganz anderes ging, -

Zeuge Otto Schily: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mehr oder weniger überraschend auf die Frage angesprochen worden. Aber vielleicht lag sie nahe, weil das ja ein Tagesereignis vom Tag vorher gewesen ist.

Zeuge Otto Schily: Das lag insofern nahe, weil wir ja da auch über polizeiliche Zusammenarbeit gesprochen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Da sind Sie auch zu diesem konkreten Beispiel angesprochen worden, und da hatten Sie relativ dürftige Informationen - das sagen Sie ja selber -, den kurzen Lagebericht hier.

Zeuge Otto Schily: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liegt es da nicht nahe, dass man sich anschließend vielleicht für diese Sache mehr interessiert als für sonstige normale Routinesachen: „Darauf bin ich schon angesprochen worden, dazu habe ich schon

eine Äußerung gemacht, da habe ich schon gesagt, na ja, wir wissen es auch nicht genau, aber offenbar spricht nichts dafür, dass das einen terroristischen Hintergrund hat“? Liegt es nicht nahe, dass Sie gerade dann danach besonders sensibel auf entsprechende Meldungen reagiert und gesagt haben: „Aha, jetzt habe ich das dazu gehört, jetzt habe ich das gehört, das geht doch immer mehr in die Richtung, es liegt doch nahe, dass das Motiv fremdenfeindlich ist oder türkenfeindlich oder was auch immer, aber jedenfalls in diese Richtung“?

Also, es wundert mich, dass Sie da nicht darauf gekommen sind und dann vielleicht wie Herr Beckstein mal tätig geworden sind, so in die Richtung: Guckt doch da mal genauer nach. Haben wir da nicht Erkenntnisse? - Spätestens da hätte man ja dann auf die Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz kommen und sagen müssen: Die haben doch da etwas. Kann man das ein bisschen ausweiten? Ist da was dran?

Zeuge Otto Schily: Wir bewegen uns jetzt im Bereich der Spekulation, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, erinnern Sie sich?

Zeuge Otto Schily: Ich habe wirklich keine konkrete Erinnerung mehr, was in den Tagen danach geschehen ist, wo ich da gewesen bin, ob es noch mal Thema in dieser Sicherheitsrunde war, was wahrscheinlich ist. Dann wird es sicherlich auch so gewesen sein, dass man gesagt hat, dass aufgrund dessen, was Sie jetzt dargestellt haben, durchaus ein rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Hintergrund in Betracht gezogen werden muss, was die Staatsanwaltschaft ja auch durchaus getan hat, wie ich immer nur wiederholen muss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das haben Sie ja gar nicht - -

Zeuge Otto Schily: Wenn ich jetzt unterstelle, dass mir das berichtet worden ist, wie die Staatsanwaltschaft da vorgeht, dann kann ich ja eigentlich auch sagen: Es ist ja alles in allerbesten Ordnung, dass so in der Richtung ermittelt wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen es nicht mehr?

Zeuge Otto Schily: Was wollen Sie da jetzt aus mir noch herausholen, wenn ich fragen darf?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum man auf diese eigentlich doch naheliegende Überlegung nicht gekommen ist: „Da konzentrieren wir jetzt unsere Fahndung in diese Richtung“, die ja nicht nur für die Opfer nahelag, wie wir gesehen haben, auch schon bei den Demonstrationen, sondern auch für mindestens einen wichtigen Teil der Sicherheitsbehörden, Bundesamt für Verfassungsschutz, warum man da nicht nach Parallelschlägen oder Vorfällen geguckt hat.

Zeuge Otto Schily: Ich weiß nicht mehr, wer es mir vorgehalten hat, Herr Ströbele - ich glaube, es war Frau Kollegin Dr. Högl, oder war es Herr Binninger -, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sich auch selber gemeldet hat. Es melden sich sogar zwei Beamte aus dem Bereich Rechtsextremismus. Es wird sozusagen von der Bundeseite, was unsere Kompetenz angeht, in die Ermittlungen etwas hineingegeben, wo man sagt, das verstärkt den Verdacht in Richtung Rechtsextremismus. Dann kann ich jetzt nur vermuten, dass mir das vielleicht berichtet worden ist. Vielleicht ist es mir auch nicht berichtet worden. Aber jedenfalls hat die Bundeseite ja genau das getan, was Sie jetzt verlangen, Herr Ströbele.

Da sehe ich nun wirklich nicht, worauf Sie jetzt da hinauswollen. Ich könnte jetzt ja anfangen zu fabulieren, und sagen: Ja, das ist mir da in den Kopf gekommen oder nicht gekommen oder wir haben darüber gesprochen. - Es ist mir nicht mehr in Erinnerung; es tut mir leid. Wenn Sie ein besseres Gedächtnis an die Tage haben, dann nehme ich das voller Bewunderung zur Kenntnis. Sie waren ja, wenn ich mich recht erinnere, auch seinerzeit Abgeordneter. Oder nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Otto Schily: Sie kennen mich auch eine Weile. Ich wüsste nicht, dass Sie

mich mal angesprochen und gefragt haben: Lieber Herr Schily, was ist denn nun?

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat sich nicht getraut!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Abgeordnete hat eigentlich nicht die Informationen, die der Innenminister hat.

Zeuge Otto Schily: Sie sagen doch, es war alles offene Information.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich jetzt.

Zeuge Otto Schily: Entschuldigen Sie, Sie sagen, das waren alles offene Informationen, man kannte den Hintergrund usw. Also, ich meine, wenn Sie meinen, das war also eine Frage, die jetzt ich in besonderer Weise noch mal hätte artikulieren sollen, standen Ihnen alle meine Türen offen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eines muss man natürlich sagen: Was nicht offene Information war, das waren die ersten Meldungen des Lagezentrums, terroristische Gewaltkriminalität, die dann wieder zurückgeholt worden ist. - Entschuldigung, die erste Meldung LKA, die vom Lagezentrum dann zurückgeholt worden ist. Das konnte die Öffentlichkeit nicht wissen. Das ist so.

Zeuge Otto Schily: Nur, Herr Vorsitzender, ich kenne die Lageberichte des LKA auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, eben. Das ist ja der Punkt.

Zeuge Otto Schily: Ich habe einen Lagebericht - - Ich vermute wirklich sehr stark, dass das die Grundlage war, der Lagebericht des BMI, den Sie mir vorgelegt haben; denn an diesen Lageberichtstyp kann ich mich noch genau erinnern. Von denen habe ich viele gesehen. Manchmal habe ich sie auch ein bisschen durchgeblättert, ehrlich gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, haben Sie noch Fragen?

Zeuge Otto Schily: Gerade noch mal den Hinweis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Otto Schily: Die bezieht sich genau auf BKA. Die Quelle des Lagezentrums ist BKA und LKA. - LKA, glaube ich. Nicht? - Ja. Das ist die Information, die ich gehabt habe. Dann ist es weitergegangen wie immer. Die Bundesseite - Frau Dr. Högl hat freundlicherweise darauf hingewiesen - hat offenbar sehr deutlich auch die Frage verstärkt: Ist das nicht ein rechtsextremistischer Hintergrund? Wenn ich jetzt mal unterstelle - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... (akustisch unverständlich) ist das weder an die Polizei noch an die Staatsanwaltschaft gelangt.

Zeuge Otto Schily: Wie bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist weder an die Polizei noch an die Staatsanwaltschaft gelangt.

Zeuge Otto Schily: Ich weiß nicht, warum das nicht dahin gelangt ist. Warum ist das nicht an die Staatsanwaltschaft gelangt?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich weiß es auch nicht. - Herr Ströbele, was meinen Sie jetzt genau?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nur eine Bemerkung zu meinem - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war nur eine Bemerkung.

Zeuge Otto Schily: Was ist nicht an die Staatsanwaltschaft gelangt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel die ganzen Ermittlungen, die das Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht hat.

Zeuge Otto Schily: Ich dachte aber - - Sie hatten mir doch einen Vorhalt gemacht, Herr Vorsitzender, dass da eine Frage gestellt worden war: Warum schaltet sich der Verfassungsschutz ein? - Das spricht doch eigentlich dafür, dass die da Verbindung aufgenommen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das BKA hat auch Staatsschutzexperten angeboten, was nicht angenommen worden ist. Das gehört nun auch dazu.

Die Frage ist, Herr Ströbele: Gibt es noch weitere Fragen zum Sachverhalt, die von Ihrer Seite an den Zeugen zu richten wären?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist nicht der Fall. - Besteht noch Bedarf für eine weitere Berliner Runde? - Das ist auch nicht der Fall.

Herr Schily, dann stelle ich fest: Wir sind am Ende Ihrer Zeugenbefragung angekommen. Ich bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben. Wie angekündigt, erhalten Sie das vorläufige Protokoll mit der Möglichkeit, es zu überprüfen.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Resttag. Das gilt natürlich auch für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss, die Mitarbeiter und die Öffentlichkeit.

(Schluss: 15.16 Uhr)